

Die Angst in Frankreich vor Deutschland als Motor der europäischen Integration

– besonders im Hinblick auf die deutsche Wiedervereinigung und den Vertrag von Maastricht –

Eine landeskundliche Arbeit in deutscher Sprache

Diplomarbeit

im Studiengang Übersetzen

angefertigt an der

Fachhochschule Köln - Fachbereich Sprachen

Betreuer: Dr. H.-W. Schneiders

vorgelegt von Anne-Kristin Krämer
aus Bochum

Datum der Abgabe: 11. Januar 1999

Danksagung

Mein Dank gilt Jörg Beiner für seine Unterstützung und Herrn Daniel Nitze für gemeinsame Arbeitstage.

Danke auch an Peter „Mephisto“, der mir seinen Laptop lieh, Sandra Ziegler, die mir ihren Drucker zur Verfügung stellte, und Dr. Axel Riemann, der mir bei der Wahl des Themas behilflich war.

Vor allem aber danke ich Frau Ursula Kleff, die mich immer wieder ermutigt hat, meinem Instinkt zu vertrauen.

Anne-Kristin Krämer im Januar 2001

EN PLANTANT LE CHÊNE DES ÉTATS-UNIS D'EUROPE

Ô nature, il s'agit de faire un arbre énorme,
Mouvant comme aujourd'hui, puissant comme demain,
Figurant par sa feuille et sa taille et sa forme
La croissance du genre humain!

IL s'agit de construire un chêne aux bras sans nombre,
Un grand chêne qui puise avec son tronc noueux
De la nuit dans la terre et qui force cette ombre
A s'épanouir dans les cieux!
Il s'agit de bâtir cette oeuvre collective
D'un chêne altier, auguste, et par tous conspiré,
L'homme y mettant son souffle et l'océan sa rive,
Et l'astre son rayon sacré!
Afin qu'il soit robuste, invincible, suprême
Et qu'il n'ait peur de rien au bord de l'infini!
Afin qu'étant bâti par les destructeurs même.
Des maudits même qu'il soit béni!
Afin qu'il soit sacré pour la mer sa voisine,
Que sa rumeur s'effeuille en ineffables mots,
Et qu'il grandisse, ayant la nuit dans sa racine,
Et l'aurore dans ses rameaux!
Oh! qu'il croisse! qu'il monte aux cieux où sont les flammes!
Cet arbre en qui, pieux, penchés, vidant nos âmes,
Nous mettons tout l'homme futur...

21 juillet 1870

Victor Hugo: Les Quatre Vents de l'Esprit (Auszüge).

Verzeichnis der im Text verwendeten Abkürzungen

CED	Communauté Européenne de Défense
EAG	Europäische Atomgemeinschaft (Euratom)
EC	European Community/European Communities
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion)
EP	Europäisches Parlament
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
EU	Europäische Union
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft Communauté Européenne de l'Énergie Atomique
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWI	Europäisches Währungsinstitut
EWS	Europäisches Währungssystem
EWU	Europäische Währungsunion
EZB	Europäische Zentralbank
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GG	Grundgesetz
NATO	North Atlantic Treaty Organization, Nordatlantikvertrag-Organisation
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OEEC	Organization for European Economic Cooperation (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa)
PCF	Parti communiste français
PS	Parti socialiste

RDA	République Démocratique Allemande
RPR	Rassemblement pour la République
TOM	Territoires d'outre-mer
UDF	Union pour la démocratie française
UNO	United Nations Organization
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
WEU	Westeuropäische Union
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
ZJIP	Zusammenarbeit in der Justiz- und der Innenpolitik

1. Ein Wort zuvor, zwei Begriffe und deutsch-französische Geschichte vor 1945

1.1. Einleitung

Victor Hugo erwies sich mit eingangs zitiertem Gedicht¹, das er vor mehr als hundert Jahren schrieb, als Visionär mit Weitblick. Wir sind weit gegangen auf dem Weg der europäischen Integration, und vielleicht wird es wirklich in naher Zukunft die „Vereinigten Staaten von Europa“ geben.

Deutsche und Franzosen haben dazu viel beigetragen. Sie gelten als „Motor der europäischen Integration“, und immer wieder wird das deutsch-französische Tandem beschworen. Durchweg positiv sind die damit verbundenen Assoziationen: mehr als 50 Jahre Frieden in Europa, nicht zuletzt durch die deutsch-französischen Bemühungen um die europäische Integration, die – zumindest vorerst – im 1992 ratifizierten Maastrichter Vertrag kulminieren. Der Weg zur Politischen Union und vor allem zur Währungsunion ist eingeschlagen.

Aber ist dies nicht nur die halbe Wahrheit? Ein Tandem, ein Motor sollen sie sein, die ungleichen Partner in Europa, das deutsch-französische „(W)Ehepaar“². Dies läßt die Frage offen, welche jeweiligen Motive Frankreich und Deutschland bewegten, als sie sich der europäischen Einigung verschrieben und welche Ziele sie heute verfolgen. Daß jeder der Nachbarn unterschiedliche Interessen hat, ist unbestritten. Und auch die Frage der Rollenverteilung, sowohl aus geschichtlichen Gründen wie wirtschaftlichen und politischen, ist eine sehr interessante. Mein Interesse gilt in der vorliegenden Arbeit in erster Linie einem – oft verschwiegenen – Motiv Frankreichs, die europäische Einigung voranzutreiben. Dieses Motiv ist die Angst vor Deutschland.

André Gauron, Mitarbeiter des amtierenden Premierministers Lionel Jospin, schreibt über diese Angst:

Depuis son origine, la construction européenne repose sur un malentendu. Ce malentendu a un nom, la peur, (...) la peur de l'Allemagne. Depuis la fin de la Seconde Guerre mondiale, elle hante

¹ aus: ZAGON, ELIZABETH S. DE, *L'Europe des Poètes. Anthologie multilingue*, Paris: le cherche midi éditeur 1980, hier zitiert aus: PFROMM, RÜDIGER, *Und Europa wächst zusammen: Karikaturen, Lieder, Gedichte und Texte für Fremdsprachenunterricht und Schüleraustausch*, Rheinbach: CMZ-Verlag 1995, S. 41

² FOUSSIER, GÉRARD, *Ein glückliches (W)Ehepaar. Deutsche und Franzosen*, Stuttgart/Bonn: Burg Verlag 1991

l'Europe et détermine la politique de la France.³

So muß also auch über die Bedeutung der *question allemande* für Frankreich und die Angst vor Deutschland gesprochen werden, wenn man über die Entwicklung der französischen Europapolitik urteilt. Die Verarbeitung dieser Angst erfolgte in Frankreich, indem man aus der Westeinbindung der Deutschen, *l'ancrage de l'Allemagne à l'Ouest*⁴, eine *Raison d'être* des europäischen Integrationsprozesses machte und diese so zu einer der bis heute gültigen Triebfedern französischer Integrationspolitik wurde.⁵

In dieser Arbeit beschäftige ich mich mit der Frage, inwieweit die französische Angst vor Deutschland als Motor der europäischen Integration fungiert hat.

Vorab zwei Bemerkungen. Erstens möchte ich betonen, daß die Angst vor Deutschland nur *ein* Motiv unter einigen ist, weshalb Frankreich sich für Europa engagiert hat – wenn auch ein Motiv, das in den vergangenen Jahrzehnten in Abständen immer wieder auftauchte. Im Rahmen der Möglichkeiten werde ich auch auf weitere Motive Frankreichs bezüglich der europäischen Integration eingehen. Zweitens weise ich darauf hin, daß die französische Angst vor Deutschland tendenziell vor allem *Motor* der Integration war, weshalb der Schwerpunkt meiner Arbeit auf diesem Aspekt liegt. Um einer differenzierten Betrachtungsweise willen werde ich jedoch auch auf diejenigen Situationen eingehen, in denen sich die Angst sich mehr als *Bremse* denn als Motor der Integration erwies: zum Beispiel im Fall des (nicht ratifizierten) EVG-Vertrags in den fünfziger Jahren oder – beinahe – beim Referendum über den Vertrag von Maastricht im Jahre 1992.

In jedem Falle war es für mich sehr interessant, das Thema der deutsch-französischen Beziehungen sowie das der europäischen Integration einmal verknüpft zu betrachten – und so auch aus einem ungewohnten Blickwinkel.

Ich wünsche Ihnen ebenso viel Spaß beim Lesen der Arbeit, wie ich beim Schreiben hatte. Auch wenn Hugo sicherlich enttäuscht wäre, wie weit Realität und seine Vision auseinanderklaffen: es ging meist weniger um Romantik als um nationale wirtschaftliche und machtpolitische Interessen...

³ GAURON, ANDRÉ, *Le malentendu européen*, Paris: Hachette Littératures 1998, S. 11

⁴ KOLBOOM, INGO, „Europa denken - Frankreich in Europa“, in *Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rundblick*, hg. von Ingo Kolboom und Ernst Weisenfeld, Bonn: Europa Union Verlag 1993, S. 29

⁵ Ebda.

1.2. Begrifflichkeiten: Angst und europäische Integration

1.2.1. Zum Begriff der Angst⁶

Die allgemeine Konnotation des Wortes Angst stimmt überein mit der Konnotation seines lateinischen Ursprungs, nämlich *anxietas*. *Anxietas* bezeichnet ein „Erleben sich verändernder Mischungen von Ungewißheit, Erregung und Furcht.“⁷ Etymologisch ist der Begriff urverwandt mit dem lateinischen Adjektiv *angustus* „eng“ sowie dem dazugehörigen Substantiv „*angustiae*“ Enge, Klemme, Schwierigkeiten.⁸

Dorsch definiert den Begriff Angst in seinem *Wörterbuch der Psychologie*⁹ wie folgt:

Ein mit Beengung, Erregung, Verzweiflung verknüpftes Lebensgefühl, dessen besonderes Kennzeichen die Aufhebung der willensmäßigen und verstandesmäßigen „Steuerung“ ist. Man sieht in der Angst auch einen aus dem Gefahrenschutzzinstinkt erwachsenden Affekt, der, teils in akutem Ausbruch (dem Schreck verwandt), teils in schleichend-quälender Form eine elementare Erschütterung bewirkt.

Im Brockhaus-Lexikon wird Angst zu den *negativen* Grundemotionen gezählt, neben Ärger, Trauer und Ekel.¹⁰ Dorsch geht in seiner Definition einen Schritt weiter: für ihn handelt es sich bei dem Gefühl der Angst um eine der ursprünglichsten Triebkräfte *überhaupt*¹¹. Dies halte ich für zutreffender.

Laut neueren Persönlichkeitstheorien liegt der Ursprung der Angst in Assoziationen zwischen neutralen und schmerzenden bzw. bedrohenden, unangenehmen Reizen.¹² Nach einem traumatischen Erlebnis, einer lebensbedrohenden Situation beispielsweise, werden häufig in der Folge Verallgemeinerungen vorgenommen.¹³ Diese können dazu

⁶ In der vorliegenden Arbeit spielt vor allem Angst als Kollektivphänomen eine Rolle. Daher habe ich im folgenden eine entsprechende Auswahl der Definitionen vorgenommen und gehe auf individuelle Ängste und Angstneurosen nicht ein.

⁷ ARNOLD, WILHELM; HANS JÜRGEN EYSENCK, RICHARD MEILI (Hgg.), *Lexikon der Psychologie*, Bd. 1, Freiburg im Breisgau: Herder 1971, Angst

⁸ DUDENREDAKTION, WISSENSCHAFTLICHER RAT (Hg.), *Der Duden. Das Standardwerk zur deutschen Sprache in 10 Bänden*, Mannheim: Dudenverlag 1989, Bd. 7 „Etymologie“, Angst

⁹ DORSCH, FRIEDRICH (Hg.), *Psychologisches Wörterbuch*, Bern: Huber 1987, Angst

¹⁰ BROCKHAUS-VERLAG, *Brockhaus - die Enzyklopädie in 24 Bänden*, Mannheim: Brockhaus 1997, Bd. 1, Angst

¹¹ Dorsch, Angst

¹² Dorsch, Angst

¹³ Dorsch, Angst

führen, daß tatsächlich ungefährliche Situationen als bedrohlich wahrgenommen werden. Dieser Aspekt schwingt bei der Definition mit, die sich im *Robert*¹⁴ findet:

Phénomène psychologique à caractère affectif marqué, qui accompagne la prise de conscience *justifiée ou non* d'un danger, d'une menace pour la vie ou la sensibilité du sujet.

Also Angst als Reaktion auf eine *vermeintliche oder tatsächliche* Bedrohung, wobei diese Angst an bestimmte Erwartungen, Vorstellungen oder Phantasien geknüpft ist.¹⁵

Abschließend gilt es zu erwähnen, daß Angst primär das Individuum betrifft – wie eingangs erwähnt, spielt Angst als individuelles Phänomen in dieser Arbeit nur eine untergeordnete Rolle – aber unter besonderen Bedingungen auch Gruppen von Individuen oder eine Gesellschaft als Ganzes, wobei dies primär in Epochen geschieht, die von tiefgreifenden Krisen (sozialer, wirtschaftlicher oder religiöser Natur) oder auch der Auflösung tradierter Ordnungen geprägt sind.¹⁶

Eng verbunden mit dem Begriff der Angst ist derjenige des Traumas, insbesondere im Hinblick auf oben erwähnte Verallgemeinerungen. Ein Trauma im allgemeinen Sinne ist eine Verletzung oder eine Wunde, psychologisch handelt es sich um eine die gesamte Persönlichkeit erfassende psychische Erschütterung (Verletzung), die durch bestimmte – kurz oder länger dauernde – tiefgehende Erlebnisse (wie Schreck, Angst oder Ekel¹⁷) entsteht und dadurch die psychische Eigenart der Persönlichkeit verändert¹⁸ und zu neurotischen Erkrankungen führen kann.¹⁹

1.2.2. Zum Begriff der europäischen Integration

Man könnte argumentieren, daß erst der Vertrag von Maastricht den eigentlichen Beginn der europäischen Integration darstellt, wird doch durch ihn eine europäische Union begründet. Diese basiert auf drei Säulen:

¹⁴ ROBERT, PAUL, *Le grand Robert de la langue française. Dictionnaire alphabétique et analogue de la langue française*, 9 Bände, zweite Auflage, überarbeitet von Alain Rey, Paris: Le Robert 1985, Bd. VII, peur. Hervorhebungen von mir.

¹⁵ Brockhaus, Angst

¹⁶ BIBLIOGRAPHISCHES INSTITUT MANNHEIM, LEXIKONREDAKTION (Hg.), *Meyers Großes Universallexikon in 15 Bänden*, Mannheim: Bibliographisches Institut 1983, Bd. 1, Angst

¹⁷ Dorsch, Trauma

¹⁸ CLAUSS, GÜNTER (Hg.), *Wörterbuch der Psychologie*, Köln: Pahl-Rugenstein Verlag 1986, Trauma

1. Europäische Gemeinschaft (Zollunion, Binnenmarkt, Gemeinsame Agrarpolitik, Strukturpolitik, Wirtschafts- und Währungsunion),
2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik,
3. Zusammenarbeit in der Innen- und Rechtspolitik.²⁰

Manche vertreten die Ansicht, daß erst die Kombination aus politischer Union und WWU die Bezeichnung 'Integration' verdient und daß es sich bei den Vorläuferinstitutionen – EGKS, EWG, Euratom – lediglich um Wirtschaftsverbände gehandelt habe, war doch die europäische Einigung in politischer Hinsicht vollkommen ausgeklammert worden.

So findet sich beispielsweise im Kompaktlexikon Umwelt- und Wirtschaftspolitik der Bundeszentrale für politische Bildung die folgende Definition:

Integration. Herstellung einer Einheit (z.B. der europäischen Staaten *mit dem Ziel* einer europäischen Union).²¹

Das Brockhaus Lexikon bietet eine weitaus differenziertere Definition insofern, als der Begriff von vornherein für verschiedene Gebiete definiert wird: Neben der allgemeinen Definition („Herstellung einer Einheit; Einbeziehung, Eingliederung in ein größeres Ganzes“) wird der Begriff für die Bereiche Biologie, Mathematik, Philosophie, Psychologie und Soziologie definiert. Schließlich erfolgt die Definition des Begriffs in wirtschaftlicher Hinsicht: „der Zustand und Prozeß der Verschmelzung wirtschaftlicher Einheiten zu größeren Einheiten. (...) Integration in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen bedeutet, durch Abbau von zwischenstaatlichen Beschränkungen im Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr einen wirtschaftlichen Zusammenschluß mehrerer Länder zu schaffen.“²² Nach dieser Definition kann man bereits bei wirtschaftlichen Zusammenschlüssen von Integration sprechen.

¹⁹ Dorsch, Trauma

²⁰ WESSELS, WOLFGANG; UDO DIEDRICHS, „Europäische Union“, in: Weidenfeld, Werner; Wolfgang Wessels (Hgg.), *Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: Europa Union Verlag 1995, S. 174

²¹ OLSSON, MICHAEL; DIRK PIEKENBROCK, *Kompakt Lexikon Umwelt- und Wirtschaftspolitik*, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden: Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler 1996, Integration. Hervorhebungen von mir.

²² BROCKHAUS-VERLAG, *Brockhaus - die Enzyklopädie in 24 Bänden*, Mannheim: Brockhaus 1997, Bd. 10, Integration

Auch Meyers Lexikon faßt den Begriff der Integration weit: „Völkerrechtlich charakterisiert Integration den internationalen oder supranationalen Zusammenschluß von Staaten in politischer, wirtschaftlicher und/oder militärischer Hinsicht.“²³

Ich bin ebenfalls der Ansicht, daß man den Begriff 'Integration' nicht allzu eng fassen sollte. Meiner Meinung nach waren die Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sowie die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) bereits wichtige Stufen auf dem Weg der Integration. Daher verwende ich den Ausdruck 'europäische Integration' im folgenden für den Prozeß der Entstehung der supranationalen Organisationen EGKS, EWG, EAG, EG und EU.

²³ BIBLIOGRAPHISCHES INSTITUT MANNHEIM, LEXIKONREDAKTION (Hg.), *Meyers Großes Universallexikon in 15 Bänden*, Mannheim: Bibliographisches Institut 1983, Bd. 7, Integration

1.3. Die deutsch-französischen Beziehungen vor 1945

Um die französischen Ängste und Ressentiments nachvollziehen zu können, die in bezug auf Deutschland immer wieder von Politikern, Privatpersonen und natürlich den Medien geäußert werden, ist es zunächst sinnvoll, einen kurzen Abriß der deutsch-französischen Beziehungen vor 1945 durchzuführen. Genannte Ängste wurzeln nämlich zu einem nicht geringen Teil in historischen Erfahrungen, die Frankreich mit seinem Nachbarn gemacht hat, in Traumata, die dazu geführt haben, daß man auch heute noch in bestimmten Situationen ein neues Rapallo, ein neues Bismarckreich sich abzuzeichnen glaubt.

1.3.1. Deutschland und Frankreich: Nachbarschaft als Schicksal

Zunächst muß festgestellt werden, daß es den Deutschen in der Geschichte der Neuzeit selten gelungen ist, in friedlicher Koexistenz mit ihren Nachbarn, d.h. also auch mit Frankreich, zu leben. Zum einen ist dies wohl auf die Tatsache zurückzuführen, daß Deutschland keine natürlichen geographischen Grenzen hat.²⁴

Il n'existe pas de territoire allemand, entendons de territoire imposé par la géographie. Les populations germaniques se sont installées au coeur de l'Europe dans un espace que rien ne délimite.²⁵

Hier unterscheidet sich Deutschland von Frankreich, dessen Grenzen fast ausschließlich von der Natur bestimmt sind – mit Ausnahme der Ostgrenze nach Deutschland. Eine andere Ursache ist die Größe der deutschen Bevölkerung als solche; dann die Tatsache, daß die Deutschen über Europa weit verstreut waren, und drittens die Geschichte des Heiligen Römischen Reiches, die mit der deutschen Einheit immer zugleich eine weit über die nationalen Grenzen hinausreichende, durch Erbfolge verbundene Idee verknüpfte.²⁶

1.3.2. Vom Westfälischen Frieden bis zur Französischen Revolution

Durch den Westfälischen Frieden, 1648 in Übereinstimmung mit den deutschen Fürsten verwirklicht, ist die Zerstückelung Deutschlands zunächst besiegelt. Deutschland ist nach

²⁴ BÉHAR, PIERRE, „Des Allemagnes à l'Allemagne“, in: *Géopolitique*, 44 (1993/94), S. 5; siehe dazu auch Gauron, S. 64

²⁵ Béhar, S. 4

²⁶ DOHNANYI, KLAUS VON, „Die Normalisierung der deutschen Nation in Europa“, in: *Deutschland und Frankreich im neuen Europa*, hg. von Ingo Kolboom, Bonn: Europa Union Verlag 1991, S. 113

dem Dreißigjährigen Krieg verwüstet und ausgeblutet; es hat die Hälfte seiner Bevölkerung verloren.²⁷ Die neue Friedensordnung entspricht den Idealvorstellungen französischer Deutschlandphilosophie und -politik.²⁸ Der deutsche „Flickenteppich“, „l’anarchie allemande“ ist als „équilibre germanique“ zum Kennzeichen des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation geworden²⁹, wobei dies dem französischen Sicherheitsverständnis und -bedürfnis optimal Rechnung trägt. Das „Gleichgewicht der Kräfte“ wird zur Geschäftsgrundlage der deutsch-französischen Nachbarschaft und erweist sich bis zum Ausbruch der Französischen Revolution als wirksam, dauerhaft und belastungsfähig.³⁰ Deutschland wird von Frankreich beherrscht.

Im Jahre 1789 besteht das Heilige Römische Reich deutscher Nation aus knapp 380 Fürstentümern. Zwar gibt es eine gemeinsame Sprache, diese kann man aber nur sehr großzügig im vollen Sinne als solche bezeichnen, denn die Unterschiede im Dialekt sind gravierend. Sie werden bis Anfang des 20. Jahrhunderts fortbestehen. Bis zu Beginn des 16. Jahrhunderts ist im übrigen die lateinische Sprache die Sprache der Gelehrten gewesen; von der Mitte des 17. bis Mitte des 18. Jahrhunderts ist es das Französische (auch das Werk des Preußenkönigs Friedrich des II. ist in Französisch verfaßt). Sicherlich sind es nicht allein Sprache und Kultur, die eine Nation ausmachen, die vorherrschende Diversität in sprachlicher und kultureller Hinsicht kann jedoch vielleicht zur Erklärung der Tatsache beitragen, daß die Deutschen über Jahrhunderte keine wirklichen Anstrengungen unternommen haben, einen Staat zu gründen.³¹

Das Hauptziel der französischen Deutschland- und somit auch Europapolitik ist die Vereitelung die Herstellung einer deutschen Einheit mit allen Mitteln der Diplomatie, einschließlich des Krieges. Deutschland sei ein gefährlicher Feind gerade wegen seiner Einheit und Geschlossenheit, war bereits von Karl V. festgestellt worden. Dieses

²⁷ LEBLOND, LAURENT, *Le couple franco-allemand depuis 1945*, Paris: Le Monde-Éditions 1997, S. 17

²⁸ ROUGET, WERNER, *Schwierige Nachbarschaft am Rhein: Frankreich-Deutschland*, hg. von Joachim Bitterlich und Ernst Weisenfeld, Bonn: Bouvier 1998, S. 28

²⁹ Ebda.

³⁰ Ebda.

³¹ DREYFUS, FRANÇOIS-GEORGES, „Le rêve de l’unification allemande“, in: *Revue politique et parlementaire*, 952 (1991), S. 4. Ganz anders übrigens die Entwicklung des Französischen: schon im 16. Jahrhundert macht die Verordnung von Villers-Cotterets das Französische zur allgemeinen Gerichts- und Verwaltungssprache. Auch die Entstehung des Nationalstaats ist in Frankreich deutlich eher erfolgt als in Deutschland: die Ansätze zum Zentralismus reichen bis ins 13. Jahrhundert zurück. ROVAN, JOSEPH, *Zwei Völker - eine Zukunft. Deutsche und Franzosen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts*, München: Piper 1986, S. 9, 17

europäische Verständnis einer Nachbarschaft bestimmt die politisch-dynastische Landschaft bis zur Auflösung des „ancien régime“ durch die Französische Revolution.³²

1.3.3. *Guerres révolutionnaires et napoléoniennes (1792 - 1815)*

Mit den Revolutionskriegen und den Feldzügen Napoleons nehmen die deutsch-französischen Antagonismen ihren Anfang. Diese Auseinandersetzungen überziehen Europa mit Kriegen – von 1792 bis 1815 nahezu ohne Unterbrechung. Im Zuge dieses Kampfgetümmels entsteht der moderne Nationalismus und bringt die Völker gegeneinander auf. Frankreich, das seit 1789 in einem Revolutionsprozeß steckt, erklärt im Jahre 1792 dem Habsburger Monarchen den Krieg.³³

Zu diesem Zeitpunkt sind Frankreich und das Habsburgerreich grundverschieden: Frankreich ist bereits eine geeinte Nation, von dessen Hauptstadt Paris immer stärkere Zentralisierungsbestrebungen ausgehen. Das französische Volk verfügt über ein Nationalbewußtsein, das Wort „Nation“ ist ein Schlüsselbegriff der Französischen Revolution, die der „monarchischen Legitimität“ die „nationale Souveränität“ entgegensetzt.³⁴ Das Heilige Römische Reich deutscher Nation dagegen, dessen Kaiser die Habsburger stellen, ist eine aus dem Mittelalter überkommene, auf die Antike zurückgehende politische Institution, die Fürsten und Völker Mitteleuropas in einer sehr flexiblen Organisation zusammenfaßt. Das Reichsgebiet ist nicht kongruent mit dem der deutschsprachigen Länder.³⁵

Die Auswüchse der napoleonischen Politik rufen antifranzösische Gefühle hervor, zunächst in erster Linie in Preußen, das nicht zum Heiligen Römischen Reich deutscher Nation gehört.³⁶ Nach der Kriegserklärung schließt sich Preußen Österreich an und wendet sich ebenfalls gegen Frankreich.³⁷ Das deutsch-französische Drama nimmt seinen Lauf. Binnen eines Jahrhunderts führt diese Konfrontation zur nationalen Einheit Deutschlands – immer in Opposition zu Frankreich.

³² Rouget, S. 27

³³ BARIÉTY, JACQUES, „Rückblick - Deutschland und Frankreich 1789 bis 1945“, in: *Vis-à-vis: Deutschland und Frankreich*, hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bonn), Köln: DuMont 1998, S. 39

³⁴ Ebda.

³⁵ Ebda.

³⁶ Bariéty, S. 40

³⁷ Bariéty, S. 39

Der Gegensatz zwischen der „frühen“ Nation Frankreich und der „verspäteten“ Nation Deutschland ist von grundlegender Bedeutung für die Wahrnehmung des deutschen Nachbarn. In Frankreich beruht die nationalstaatliche Identität seit 1789 auf der Einheit von Staat, Nation und Volk, der *nation une et indivisible*. Die deutsche Identität wird dagegen von den Franzosen als ein „schwer begreifbares, nicht nachvollziehbares konturenloses und vielschichtiges Rätsel“ empfunden.³⁸ Deutschland auf der Suche nach der Einheit von Staat und Nation ist als „pays en constant devenir“³⁹, ein Land im steten Werden, für Frankreich ruhelos und unberechenbar.⁴⁰

1.3.4. Von 1815 bis zur Reichsproklamation in Versailles

Die Niederlage Napoleons im Jahre 1815 beendet die französische Vorherrschaft in Deutschland, und in den folgenden Jahren und Jahrzehnten vollzieht sich schrittweise die politische Vereinigung Deutschlands. Höhepunkt ist die Reichsproklamation durch Bismarck in Versailles im Jahre 1871, während Paris von der deutschen Armee besetzt und beschossen wird.

Erst mit dem deutsch-französischen Krieg und der Reichsgründung von 1871 wird *la question allemande* zum existentiellen Problem für Frankreich. Bis dato finden wir eine Koexistenz zweier antagonistischer Deutschlandbilder vor: dem von Mme. de Staëls *De l'Allemagne* geprägten romantischen Bild Deutschlands der Dichter und Denker, dem Ort kulturellen und geistigen Schaffens, vor allem im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert vorherrschend, steht das negative Bild von teutonischem Barbarentum und preußischem Militarismus gegenüber.⁴¹ Mit dem deutsch-französischen Krieg gewinnt das negative Deutschlandbild die Überhand. Brutalität und Kriegslüsterheit sind nun die wesentlichen Charakterzüge des Nachbarn, und immer wieder wird in Frankreich das Bild der *vieux démons*, der alten Dämonen, beschworen, die den Deutschen angeblich immer schon innewohnen.⁴²

³⁸ KOLBOOM, INGO, *Das Problem der Franzosen mit der deutschen Identität*, Occasional Paper No. 12 des Fachbereichs Politische Wissenschaft der FU Berlin, Berlin 1985, S. 10

³⁹ MINDER, ROBERT, *Alleagnes et Allemands. Essai d'histoire culturelle*. Bd. 1, Paris: NN 1948, S. 7

⁴⁰ BRUCK, ELKE, „Französische Deutschlandbilder und deutsche Frage: Perzeptionen vor, während und seit der Vereinigung“, in: *Revue d'Allemagne*, 4 (1996), S. 605 f.

⁴¹ Bruck, S. 606

⁴² Ebda.

Vor allem zwei Umstände beeinflussen die Beziehungen beider Länder über die militärische Konfrontation hinaus: die Ausrufung des Deutschen Reiches in Versailles und die Annexion des Elsaß' und Nordlothringens durch das neu gegründete Reich.

Ausgerechnet im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles nämlich, in der Residenz des Sonnenkönigs Ludwig XIV., findet die Proklamation des Deutschen Reiches statt. Die deutschen Fürsten rufen am 18. Januar 1871 den preußischen König Wilhelm zum deutschen Kaiser aus. Die Wahl dieses Ortes wird von den Franzosen als vorsätzliche Demütigung empfunden, als eine Art Schändung dieses heiligen Ortes der eigenen Geschichte. Und die Annexion des Elsaß und Nordlothringens durch das Deutsche Reich im Frieden von Frankfurt wird für das französische Nationalbewußtsein zum traumatischen Erlebnis, erfolgt sie doch gegen den ausdrücklichen Willen der Bevölkerung dieser Gebiete: Alle Abgeordneten der annektierten Provinzen protestieren gegen den Friedensvertrag vom 10. Mai 1871.⁴³ Dieses Trauma, verbunden mit dem Ziel der Rückeroberung, ist das Motiv, das die französische Deutschlandpolitik bis zum Frieden von Versailles beherrschen wird.⁴⁴ Laut Joseph Rován handelt es sich um eine „Premiere“ insofern, als sich bis dahin die Staaten meist mit erlittenen Verlusten abgefunden hatten und die Einwohner folgen mußten.⁴⁵ Dies ist im Fall der Annexion Elsaß-Lothringens nicht der Fall. Ein antideutscher und patriotischer Kult wird bis in die Schulen hineingetragen.⁴⁶

1.3.5. Der Erste Weltkrieg

Vor 1914 findet eine erneute Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen statt. Zwischen 1890 und 1914 erlebt Deutschland eine außergewöhnliche Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung; das wilhelminische Kaiserreich steigt zur ersten Industriemacht in Europa auf. Das deutsche Heer und die deutsche Flotte werden in großem Umfang ausgebaut. In Frankreich ruft dies starke Deutschland Gefühle des Neids, aber vor allem auch Ängste hervor. Diese werden durch die oft unklugen und unbeherrschten Äußerungen des Kaisers Wilhelm II. und anderer deutscher

⁴³ Bariéty, S. 43 f.

⁴⁴ HUDEMANN, RAINER, „Besatzung“, in: *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert*, hg. von Robert Picht, Vincent Hoffmann-Martinot, René Lasserre und Peter Theiner, München: Piper Verlag 1997, S. 51

⁴⁵ Rován (Völker), S. 71

⁴⁶ Bariéty, S. 45

Persönlichkeiten sowie die Dynamik der von ihnen betriebenen „Weltpolitik“ noch verstärkt.⁴⁷

Das französische Volk erlebt 1914, daß das Reich erst Rußland und dann Frankreich den Krieg erklärt und die deutsche Armee in Frankreich einfällt, nachdem sie die Neutralität Belgiens verletzt hat. Die Gefahr schweißt das französische Volk zu einer „heiligen Union“⁴⁸ zusammen. Der Kriegsausbruch weckt mit einem Schlag – in Frankreich wie in Deutschland – sämtliche Empfindungen aus der Vergangenheit wieder zum Leben.⁴⁹ Der erste Weltkrieg ist kein deutsch-französischer Krieg wie es 1870/71 der Fall gewesen ist. Dennoch sind Frankreich und Deutschland ohne Frage die Hauptakteure, und der Krieg ist zutiefst von deutsch-französischen Antagonismen geprägt.

Über die Grausamkeiten und Absurditäten des Ersten Weltkriegs braucht hier kein Wort verloren zu werden. Die Ausmaße der Verluste stellen alle früheren Geschehnisse in den Schatten. Das sich entwickelnde Bildungs- und Informationswesen macht eine psychologische Kriegsführung möglich, die auf beiden Seiten an Manipulation und Lügenpropaganda keine Grenzen kennt: die Gegner werden, kurz gesagt, als Untermenschen dargestellt. Die Folge: „Die Verzerrungen in Seele und Verstand Unzähliger werden definitiv sein.“⁵⁰ Die Schlacht von Verdun ist noch heute Symbol für die Grausamkeit des Ersten Weltkriegs: 700 000 französische und deutsche Soldaten fallen allein auf diesem Schlachtfeld. Frankreich mobilisiert ohne Frage seine gesamten menschlichen, materiellen und moralischen Kräfte für diesen Krieg.⁵¹ Wenige Ortsnamen haben sich so unauslöschlich in die *mémoire collective* eingegraben wie der Name Verdun.

In Frankreich – anders als in Deutschland – geht nach dem Ersten Weltkrieg niemand davon aus, daß es bald wieder einen Krieg geben könnte. Zu groß sind Opfer und Verluste gewesen: 1,5 Millionen Tote bei einer Gesamtbevölkerung von 33 Millionen. In Frankreich hat der Krieg mehr Opfer gefordert, als in irgendeinem anderen Land, das am Ersten Weltkrieg beteiligt war, und – ein wichtiger Punkt – das Massensterben hat auf eigenem Boden stattgefunden.

⁴⁷ Ebda.

⁴⁸ Bariéty, S. 48

⁴⁹ Ebda.

⁵⁰ Rován (Völker), S. 72

⁵¹ Bariéty, S. 48

1.3.6. Der Vertrag von Versailles

Mit Hilfe seiner Bündnispartner geht Frankreich siegreich aus dem Ersten Weltkrieg hervor. Am gleichen Ort, an dem damals die Deutschen ihren Sieg und die Gründung des Deutschen Reichs feierten, beginnen nun die Friedensverhandlungen: im Spiegelsaal des Schlosses von Versailles und – wie damals – am 18. Januar!⁵² Die Botschaft ist eindeutig: Das Ergebnis von 1870/71 soll zumindest teilweise rückgängig gemacht und das Machtverhältnis zwischen beiden Staaten umgekehrt werden. „Versailles“ wird nun gereinigt von der Schmach des 18. Januars 1871. Der symbolhafte Charakter des Ortes Versailles und des Datums verdeutlicht die Emotionen und den Charakter der deutsch-französischen Konfrontation. Elsaß und Lothringen werden wieder französisch – ohne Volksabstimmung, in Analogie zu 1871, denn auch damals gab es keine Volksabstimmung.⁵³ Außerdem wird Deutschland zum Rüstungsabbau sowie zur Zahlung von Reparationen verpflichtet.

Der Vertrag von Versailles, für Frankreich ein Akt der gerechten Strafe, wirkt auf Deutschland wie eine Bestätigung alter Vorurteile und Ängste. Er wird als nationale Demütigung erlebt und ruft starke antifranzösische Gefühle hervor.⁵⁴ In gewisser Weise kann man den französischen Sieg und den Vertrag von Versailles als tragisch bezeichnen, denn das „Diktat von Versailles“, wie der Versailler Vertrag in Deutschland bald genannt wird⁵⁵, hält dort Ressentiments und Haßgefühle am Leben und trägt mit zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bei. „Versailles“ entwickelt sich zum Schimpfwort, dessen sich die nationalsozialistische Propaganda bald darauf geschickt bedienen wird; er zählt zu den Ursachen und Alibis für die deutsche Besatzung weiter Teile Frankreichs zwischen 1940 und 1944.⁵⁶ In Frankreich wird man nach dem Zweiten Weltkrieg versuchen, aus den Erfahrungen mit den deutschen Reaktionen auf den Versailler Vertrag eine Lehre zu ziehen...

⁵² MÖLLER, HORST, „Lieux de mémoire - Orte der Erinnerung“, in: *Vis-à-vis: Deutschland und Frankreich*, hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bonn), Köln: DuMont 1998, S. 54

⁵³ Bariéty, S. 48 f.

⁵⁴ Ebda.

⁵⁵ Bariéty, S. 48

⁵⁶ Möller, S. 56

1.3.7. *L'entre-deux-guerres*

1.3.7.1. Der Vertrag von Rapallo⁵⁷

Nach Kriegsende bemüht sich Frankreich, die Errungenschaften des Versailler Vertrags zu bewahren, Hauptinstrument der Garantie von Sicherheit und Reparationsleistungen. Man ist bestrebt, ein kontinentales Bündnissystem mit Rußland aufzubauen; dies soll eine mögliche Annäherung zwischen Deutschland und Sowjetrußland verhindern.⁵⁸ England hingegen möchte die Isolierungspolitik gegenüber beiden Ländern beenden – und setzt sich durch. Im April 1922 soll in Genua eine Konferenz der europäischen Mächte stattfinden, zu der zum ersten Mal auch Rußland und Deutschland wieder geladen sind. Für Deutschland bietet sich die Möglichkeit der Annäherung an England, Rußland oder auch Frankreich; Rußland schwankt zwischen der Versöhnung mit den Westmächten (was seinen Wirtschaftsplänen entgegenkommt) oder einer Annäherung an Deutschland.⁵⁹

Noch im Vorfeld der Konferenz, bei Gesprächen zwischen den Alliierten und der sowjetischen Delegation, die auf Initiative des britischen Premierministers organisiert werden, wendet sich das Blatt. Die Sowjets drohen nun den Deutschen damit, ein Abkommen mit den Alliierten abzuschließen, von dem Deutschland ausgeschlossen wäre: ein beachtliches Druckmittel, das die Deutschen dazu veranlaßt, die Verhandlungen mit den Sowjets wiederaufzunehmen.⁶⁰ Im Rahmen dieser Verhandlungen wird am 16.04.1922 der Vertrag von Rapallo abgeschlossen – benannt nach dem Ort seiner Unterzeichnung. Die beiden Mächte verzichten in ihm auf alle gegenseitigen finanziellen Forderungen und nehmen sofort diplomatische und konsularische Beziehungen miteinander auf; sie vereinbaren außerdem eine wirtschaftliche Annäherung nach dem Meistbegünstigungsrecht.

⁵⁷ Anmerkung: Ich gehe in der Folge recht ausführlich auf den Vertrag von Rapallo ein, da dieser sich in Frankreich zu einem Mythos entwickelt hat, der noch Jahrzehnte später (so zum Beispiel 1989/90) einen wichtigen Stellenwert in der *mémoire collective* der Franzosen einnimmt. Zum Vertrag von Rapallo vgl. auch SOUTOU, GEORGES-HENRI, *Deutsche Einheit - Europäische Einigung. Französische Perspektiven*, hg. von der Universität Augsburg, Augsburg 1990

⁵⁸ FRITSCH-BOURNAZEL, RENATA, „Rapallo - eine hartnäckige Erinnerung an einen unvergleichbaren Augenblick“, in: *Dokumente*, 3 (1982), S. 247

⁵⁹ Fritsch-Bournazel (Rapallo), S. 248

⁶⁰ Ebda.

Für Deutschland bietet der Vertrag von Rapallo die Möglichkeit, sich endlich dem „Diktat von Versailles“ zu widersetzen. Zudem stellt der Vertrag ein Mittel dar, die eigene diplomatische Situation zu konsolidieren sowie auf die anderen Länder Druck auszuüben.

Die Reaktion in Frankreich ist heftig. Eine Bombe hat eingeschlagen, so heißt es. Und dennoch: die Franzosen werden von etwas überrascht, das sie vorhergesehen haben⁶¹ – denn in diplomatischen Kreisen und auch in der Berichterstattung der Presse hat sich schon seit Monaten die Möglichkeit einer deutsch-sowjetischen Annäherung angekündigt.⁶²

In jedem Fall kann der Vertrag von Rapallo als französisches Trauma bezeichnet werden. Auch Jahrzehnte später – mit Beginn der Ostpolitik in den siebziger Jahren beispielsweise, und natürlich in der Umbruchsituation von 1989/90 – taucht der Rapallo-Komplex regelmäßig wieder auf.

1.3.7.2. Annäherung ohne dauerhafte Wirkung

Der kulturelle, geistige Austausch blüht jedoch nach kurzer Zeit wieder auf; nie war er so intensiv wie zwischen 1920 und 1933. In Frankreich ist das Interesse an der deutschen Literatur und Philosophie ausgesprochen groß (am Expressionismus und Bauhaus, an der Romantik, an Heidegger und Marx). Die Deutschen wiederum nehmen die neuaufblühende französische Kultur – mit Proust, Valéry, Giraudoux – begierig auf.⁶³

Diejenigen, die sich für die deutsch-französische Aussöhnung einsetzen, sind jedoch in der Minderzahl und haben nicht genug Macht, um sich durchzusetzen. Auch Aristide Briand und Gustav Stresemann, den damaligen deutschen und französischen Außenministern, gelingt dies nicht mit den Verträgen von Locarno. Zwar tragen sie zu einer partiellen Aussöhnung der Bevölkerung in beiden Ländern bei, aber die Linie wird nicht fortgesetzt. Für Frankreich dienen die Verträge der Konsolidierung des Versailler Vertrags; in Deutschland stößt insbesondere die vertraglich festgelegte deutsch-polnische Grenze auf heftige Ablehnung. Hitler nutzt in seiner Propaganda die Emotionen der Deutschen bezüglich des Versailler Vertrags und der Grenze zu Polen; letztere dient Hitler als Anlaß, den Zweiten Weltkrieg zu entfesseln. Den deutschen Angriffen ist die

⁶¹ Fritsch-Bournazel (Rapallo), S. 250

⁶² Fritsch-Bournazel (Rapallo), S. 249 f.

⁶³ Rován (Völker), S. 73

Remilitarisierung des Rheinlands vorausgegangen, bei der die westlichen Demokratien tatenlos zugesehen haben. Sie schafft die Voraussetzung, auch im Westen anzugreifen.⁶⁴

1.3.8. Der Zweite Weltkrieg und die Ausgangslage 1945

Die Ursache für die schnelle Niederlage der Franzosen 1940 ist wohl darin zu sehen, daß die französische Politik von Apathie und Gleichgültigkeit gekennzeichnet ist, eine *laissez-faire*-Haltung und die Unfähigkeit, das Ausmaß der Ambitionen Adolf Hitlers einzuschätzen, führen zu einer Politik, die zum Scheitern verurteilt ist und zu einem in jeder Hinsicht – geistig, ideologisch, materiell – schlecht vorbereiteten Krieg führt.⁶⁵

Joseph Rovin vertritt indes die These, daß gerade diese Niederlage in biologischer Hinsicht das Überleben Frankreichs gesichert hat (und das kollektive Unterbewußte sie somit mit herbeigeführt hat). Denn Frankreich ist zwar auf dem Papier bei Kriegsbeginn die dominierende Militärmacht der Welt, aber der Erste Weltkrieg hat große Verluste gefordert und die biologische Substanz Frankreichs stark geschwächt. Die Überlebenden haben wenige Kinder gezeugt, und die Jahrgänge zwischen 20 und 25 Jahren, also diejenigen, die dem Krieg am ehesten zum Opfer fallen würden, sind besonders menschenarm. Würde dieses „Potential“ aufgebraucht, wäre ein noch einmal verstärkter Substanzverlust bei der nächsten Generation die Folge.⁶⁶

Von diesem Gesichtspunkt aus könnte man fast sagen, daß die defaitistische Politik der Rechten vor 1940 und ihr Kollaborationismus zwischen 1940 und 1944 das französische Volk biologisch gerettet haben – und daß sich so das in den Jahren 1942/44 weitverbreitete Märchen (...) bestätigt, demzufolge es zwischen Pétain und de Gaulle eine Art Arbeitsteilungsabkommen gegeben hätte: Der eine bewahre die Substanz, der andere sichere die Rückkehr Frankreichs in die angestammte Großmachtstellung.⁶⁷

Zudem muß betont werden, daß die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs auf die deutsch-französischen Beziehungen nicht zu vergleichen sind mit jenen des Ersten, den Frankreich ja auch „la Grande Guerre“ nennt.⁶⁸ Frankreich erleidet 1940 eine militärische Niederlage, kann aber auch auf die Résistance zurückblicken, die es den Franzosen

⁶⁴ Bariéty, S. 50

⁶⁵ Rovin (Völker), S. 76

⁶⁶ Ebda.

⁶⁷ Ebda.

⁶⁸ Möller, S. 58

erlaubt, sich in den Kreis der Siegermächte einzureihen.⁶⁹ Im Vergleich zum Ersten Weltkrieg hinterläßt der Zweite Weltkrieg vor allem moralische Wunden, weniger existentielle. Haben im Ersten Weltkrieg 1,4 Millionen Franzosen ihr Leben gelassen, so sind es im Zweiten Weltkrieg „nur“ 185.000.⁷⁰

Dennoch ist 1945 die politische wie psychologische Ausgangslage der deutsch-französischen Beziehungen keine Situation, die Hoffnung auf Aussöhnung, Freundschaft und Zusammenarbeit verspricht. Die erneute Annexion Elsaß-Lothringens, dessen Agrarflächen Objekt einer massiven, jedoch ökonomisch erfolglosen Ansiedlungspolitik für Bauern aus Ostmitteleuropa wurden, belastet die spätere Verständigung zwischen den Völkern.⁷¹ Der nördliche Teil Frankreichs ist von den deutschen Besatzern systematisch ausgeplündert worden. Zusätzlich hat die Erfüllungspolitik des Vichy-Regimes unter dem greisen Marschall Philippe Pétain im südlichen Teil Frankreichs die Bevölkerung gespalten. Die Konfrontation zwischen Kollaboration und Résistance hat fast bis zum Bürgerkrieg geführt.⁷²

Somit sind die Aussichten für eine eventuelle deutsch-französische Aussöhnung nicht gut nach dem Zweiten Weltkrieg. Und in der *mémoire collective* haben sich Traumata angesammelt, die auch heute noch reflexartig Ängste vor dem Nachbarn hervorrufen: sobald Frankreich mit einer Situation konfrontiert wird, die auch nur im entferntesten an Erlebtes erinnert – ein Beispiel hierfür ist der Rapallo-Komplex.

Aber die Angst vor Deutschland wird in den folgenden Jahren und Jahrzehnten nicht nur destruktive Wirkung zeigen, sondern auch konstruktiv eingesetzt werden: sie wird zum Motor der europäischen Integration...

⁶⁹ CHRISTADLER, MARIELOUISE, „Résistance - Kollaboration“, in: *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert*, hg. von Robert Picht, Vincent Hoffmann-Martinot, René Lasserre und Peter Theiner, München: Piper Verlag 1997, S. 46

⁷⁰ HÉNARD, JACQUELINE, „Abschied vom Ersten Weltkrieg. Wie in Frankreich aus der Geschichte eine Erinnerung an die Erinnerung wird“, in: *Die Zeit*, 05.11.1998

⁷¹ Hudemann, S. 53

⁷² WOLFRUM, EDGAR, „Not und Neubeginn - die französische Besatzungszeit“, in: *Vis-à-vis: Deutschland und Frankreich*, hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bonn), Köln: DuMont 1998, S. 83

2. Ein Neuanfang nach 1945 – mit Hintergedanken

2.1. Die französische Angst vor Deutschland

als Motor der europäischen Integration 1945 bis 1989

2.1.1. Der Versuch einer *politique punitive*⁷³

Nach Kriegsende ist Frankreich zunächst nicht gewillt, eine Lösung der deutschen Frage mithilfe der europäischen Integration anzustreben. Die einst so stolze „Grande Nation“ hat nach dem Zweiten Weltkrieg mit äußerst ungünstigen internationalen und inneren Ausgangsbedingungen zu kämpfen. Frankreich hat an keiner der alliierten Kriegskonferenzen teilgenommen und mußte um einen Platz am Tisch der Siegermächte kämpfen, ist also eine „verspätete Siegermacht“⁷⁴. Es tendiert zunächst zu einer negativen Parzellierungs- und Isolationspolitik gegenüber Deutschland: „la politique française consista prioritairement à traiter l'Allemagne à la fois en objet et en adversaire potentiel“.⁷⁵

Vor allem möchte man sich in Frankreich vor der Gefahr eines neuen Angriffs von deutscher Seite schützen.⁷⁶

Das Hauptziel der französischen Politik nach 1945 war, Deutschlands Macht ein für allemal zu brechen, es wirtschaftlich zu schwächen und zu verhindern, daß jemals wieder ein geeinter Staat entstehe, dessen Potential Frankreichs Sicherheit bedrohen könnte.⁷⁷

Kürzer ausgedrückt, in den Worten Charles de Gaulles, lautet das Ziel: „mettre l'Allemagne hors d'état de nuire“⁷⁸. Nie wieder soll Frankreich Opfer deutscher Militärangriffe werden, wie es 1870, 1914 und 1940 geschehen ist: die deutsche Gefahr muß endgültig eliminiert werden, und als Mittel dient zunächst eine Art „Neuaufgabe“ der Politik von Versailles. De Gaulle plädiert für die Parzellierung Deutschlands, die

⁷³ MÉNUDIER, HENRI, „La France et le problème allemand“, in: *Revue française de science politique*, 1 (1987), S. 358

⁷⁴ Wolfrum, S. 83

⁷⁵ GROSSER, ALFRED, „France-Allemagne: 1936-1986“, in: *politique étrangère*, 1 (1986), S. 250

⁷⁶ GUILLEN, PIERRE, *La question allemande (1945 - 1995)*, Paris: Imprimerie nationale Editions 1996, S. 24

⁷⁷ MÉNUDIER, HENRI, „Deutsch-französische Beziehungen und europäische Integration“, in: *Das Bündnis im Bündnis: Deutsch-französische Beziehungen im internationalen Spannungsfeld*, hg. von Robert Picht, Berlin: Severin und Siedler 1982, S. 141

„Zerschlagung der Reichseinheit“ in eine lose Konföderation deutscher Einzelstaaten, wobei das Rheinland, das Ruhrgebiet – Zentrum der Schwer- und somit Rüstungsindustrie – und das Saargebiet vom übrigen (West-)Deutschland abgetrennt und in unterschiedlicher Art und Weise mit Frankreich verbunden sein sollen (das Ruhrgebiet soll unter internationale Kontrolle gestellt, das Saargebiet an Frankreich angegliedert werden).⁷⁹ Man verfolgt auf französischer Seite nämlich noch ein zweites Ziel: deutsche Ressourcen (Arbeitskräfte, aber vor allem materielle Ressourcen wie Kohle und Stahl) sollen für den Wiederaufbau in Frankreich genutzt werden – daher auch das französische Bestreben, das Ruhr- und das Saargebiet unter internationale Kontrolle zu stellen.

Parallel zu diesem „Dominanzkonzept“ entwickelt sich ein „Integrationskonzept“⁸⁰, das die Einbindung Deutschlands in einen westeuropäischen Staatenbund postuliert, wobei die staatliche Integrität Deutschlands gewahrt bleiben soll. Schon in der *Résistance* hat es Stimmen gegeben, die den Abschied der „grande illusion“ von 1918, der gescheiterten Politik von Versailles forderten⁸¹, sich gegen eine Aufspaltung Deutschlands nach dem Modell des Westfälischen Friedens aussprachen und eine Mitverantwortung Frankreichs sowohl für die Entstehung des Nazismus – als Folge der Demütigung von Versailles – als auch für das künftige Schicksal des Nachbarn und Europas anerkannten. Die Erkenntnis „daß man aus dem eklatanten Fehlschlag der harten Reparationspolitik nach dem Ersten Weltkrieg lernen und das Verhältnis zwischen beiden Ländern auf eine neue Grundlage stellen müsse“⁸² führt zur Überzeugung, eine stabile europäische Ordnung sei nur mit einem lebensfähigen Deutschland möglich. Nun sind es die Pioniere der deutsch-französischen Aussöhnung wie Joseph Rovin, Jean du Rivau, Alfred Grosser, die neue, europäische Wege zur Beseitigung des *problème allemand* einzuschlagen bereit sind. Noch handelt es sich jedoch um eine Minderheitsbewegung, hängt Frankreich den Träumen nationaler Großmachtpolitik nach, und das Integrationskonzept kann sich nicht durchsetzen.

⁷⁸ GAULLE, CHARLES DE, *Mémoires de guerre*, Bd. 3: *Le salut*, Paris: Plon 1959, S. 75, hier wiedergegeben nach: MOREAU DÉFARGES, PHILIPPE, „La France et l'Europe: le rêve ambigu ou la mesure du rang“, in: *politique étrangère*, 1 (1986), S. 203

⁷⁹ Rouget, S. 39

⁸⁰ KOLBOOM, INGO, „Frankreich und die staatliche Neuordnung Deutschlands 1945 - 1949“, in: *Frankreich - ein unverstandener Nachbar*, hg. von Wolfgang Asholt und Heinz Thoma, Bonn: Romanistischer Verlag 1990, S. 60 - 64

⁸¹ Vgl. ZIEBURA, GILBERT, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Pfullingen: Verlag Günther Neske 1970, S. 27 - 31; Moreau Défarges (*rêve*), S. 202

⁸² Hudemann, S. 54

2.1.2. Die Wende in der französischen Deutschlandpolitik

Im Jahre 1947 sehen wir uns einer völlig veränderten Deutschlandpolitik gegenüber. An die Stelle der Isolationspolitik ist das Motto *ancrage de l'Allemagne à l'Ouest*⁸³ getreten. Was ist geschehen? Die Realitäten haben Frankreich zu einer Korrektur seiner bisherigen Politik gezwungen. Die destruktive Deutschlandpolitik ist gescheitert; Frankreich hat sich von grundlegenden Forderungen – z.B. in der Ruhrfrage und bezüglich der künftigen politischen Organisation Deutschlands – verabschieden müssen, da sie bei den übrigen westlichen Siegermächten nicht durchzusetzen waren. Zudem ist Frankreich auf Hilfe aus dem Marshall-Plan angewiesen, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau im eigenen Land vorantreiben zu können, und muß daher in seiner Deutschlandpolitik auf den angelsächsischen Kurs einschwenken, sich mit der Auffassung der Briten und Amerikaner konform erklären, daß eine Stabilisierung der europäischen (und somit auch der französischen) Wirtschaft nur durch die Wiederherstellung der deutschen Produktions- und Konsumtionskraft zu erreichen sei. Indem sich Frankreich – gezwungenermaßen – dieser Sicht der Dinge anschließt, verabschiedet es sich von der Forderung, daß die Erholung der französischen Wirtschaft erstens schneller als die deutsche und zweitens auf Kosten Deutschlands erfolgen müsse.⁸⁴ Dazu gesellt sich die Einsicht, daß es einer seit dem Ersten Weltkrieg überfälligen Modernisierung der französischen Wirtschaft bedarf, um die Großmachtstellung Frankreichs in der Welt bewahren zu können. Diese Modernisierung ist aber in nationaler Autarkie nicht zu bewerkstelligen, sondern erfordert kooperative internationale bzw. „intereuropäische“ Strukturen.⁸⁵

Und auch einer weiteren Realität muß Frankreich ins Auge sehen: es ist nicht mehr in der Lage, eine von den Ost-West-Blöcken unabhängige Politik zu führen – der Kalte Krieg hat begonnen.⁸⁶ Mit der Zündung der Atombombe durch Rußland im Sommer 1945 ist das alte Gleichgewicht zwischen der konventionellen Waffen der Sowjetunion und der atomaren Bewaffnung der Vereinigten Staaten obsolet. Zudem ist ein wichtiges Element

⁸³ Kolboom (Europa), S. 29

⁸⁴ KNIPPING, FRANZ, „Que faire de l'Allemagne? Die französische Deutschlandpolitik 1945 - 1950“, in: *Eine ungewöhnliche Geschichte: Deutschland - Frankreich seit 1870*, hg. von Franz Knipping und Ernst Weisenfeld, Bonn: Europa Union Verlag 1988, S. 148

⁸⁵ Hudemann, S. 54

⁸⁶ PICT, ROBERT, „Welches Europa soll es sein? Unterschiedliche Wahrnehmungsmuster deutscher und französischer Europapolitik“, in: *Frankreich Jahrbuch 1995*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1996, S. 177; Rouget, S. 43

französischer Deutschland- und Europapolitik hinfällig: die Organisation von Allianzen als Instrumente des europäischen Gleichgewichts.⁸⁷

Mit der Verschärfung des Kalten Krieges meldet sich auch ein altes Trauma in das Kollektivbewußtsein Frankreichs zurück: der Rapallokomplex, die Angst vor einer deutsch-sowjetischen Annäherung. Neue Wege müssen gefunden werden. Ein Weg lautet Europa.

2.1.3. Europa als „Rettungsanker“⁸⁸

Das neue Konzept hieß nicht mehr Schutz vor Deutschland durch Isolierung. Vielmehr lautete die Formel nun: Schutz vor Deutschland durch Einbindung seines westlichen Teils in eine neue europäische Integration.⁸⁹

Diese Neuorientierung macht es Frankreich möglich, einerseits die negative Deutschlandpolitik aufzugeben, mit der es sich bei den westlichen Alliierten in eine Sackgassenposition manövriert hat, gleichzeitig jedoch an einer wesentlichen Konstante der Außenpolitik festzuhalten: der Kontrolle Deutschlands. Kontrollmechanismen werden nun, da die direkte Kontrollpolitik gegenüber Deutschland gescheitert ist, „auf dem Umweg über Europa“ eingerichtet.⁹⁰

Das französische Engagement für und in Europa birgt noch einen weiteren Vorteil in sich. Frankreich ist sich der Tatsache bewußt, daß es seinen Status als Großmacht nur mithilfe der europäischen Integration bewahren kann. „Die Rolle, die Frankreich nicht mehr allein spielen konnte, konnte es nur *mit* und wenn möglich *in* Europa spielen.“⁹¹ Europa dient quasi als Kompensation für den verlorenen Großmachtstatus Frankreichs.

Im Grunde ist die Entscheidung Frankreichs für den europäischen Weg der Beginn einer kleinen Revolution. Die Entwicklung der ersten Nachkriegsjahre – Politik der Angelsachsen, Frankreichs ökonomische Abhängigkeit von letzteren, der Ausbruch des Kalten Krieges – bewirken eine grundlegende Änderung in der französischen Deutschlandpolitik. Die deutsche Frage wird durch die europäische Frage ersetzt, und eine Politik der

⁸⁷ Rouget, S. 43

⁸⁸ Ziebura, S. 50

⁸⁹ Kolboom (Europa), S. 29

⁹⁰ Ménudier (Beziehungen), S. 142; vgl. dazu auch Rouget, S. 90; ROVAN, JOSEPH, „L'Allemagne libre dans l'Europe unie“, in: *Le Monde*, 14.11.1989; Gauron, S. 14

Integration, die über EGKS, Euratom und EWG führt, bis zur Europäischen Gemeinschaft und zur heutigen EU, wird folgen.

2.1.4.1. Der Schuman-Plan

Schuman hat sich stark für das Konzept der Einigung Westeuropas auf funktionalistischer Basis⁹² eingesetzt. Das Projekt einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl regt zur Zusammenlegung der französischen und deutschen Bergbau- und Eisenindustrie an. Alle Handelsrestriktionen für Kohle, Stahl, Eisenerz und Schrott zwischen den Vertragspartnern Deutschland, Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten sollen abgeschafft und eine Freihandelszone zwischen den Mitgliedsländern gebildet werden, wobei ein gemeinsamer Außenzoll nicht vorgesehen ist.

Am 8. April 1951 wird der Schuman-Plan von den sechs Vertragspartnern – Deutschland, Frankreich, Italien und den Benelux-Staaten – unterzeichnet und im Dezember von der *Assemblée nationale* ratifiziert. Der Bundestag hat dem Vertragswerk bereits vorher zugestimmt. In Frankreich sind der Ratifizierung sowohl in der Nationalversammlung als auch in der Öffentlichkeit heftige Debatten vorausgegangen. Als sehr kühn, vielleicht zu kühn, wird der Versuch empfunden, eine so enge Verbindung mit der deutschen Industrie einzugehen: man fürchtet ihre starke Konkurrenz und somit auch ihren schnellen Wiederaufbau. Dennoch stimmt die Nationalversammlung dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl mit 377 gegen 233 Stimmen zu. Wo liegen also die Vorteile für Frankreich?

Monnet hofft mit einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl die Mitverfügung Frankreichs über die deutschen Kohlereserven zu sichern (wichtig für die französische Stahlindustrie) und zudem eine sich abzeichnende Überproduktion im französischen Stahlsektor aufzufangen.⁹³ Gleichzeitig soll der Rückkehr des Nachbarn zur nationalen Souveränität ein Riegel vorgeschoben werden.⁹⁴

⁹¹ VERNET, DANIEL, „Die französische Europapolitik“, in: *Europäische Rundschau*, 4 (1994), S. 45; Picht (Europa), S. 177

⁹² Ziebur, S. 54

⁹³ WEIDENFELD, WERNER, „Europäische Einigung im historischen Überblick“, in: *Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, hg. von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: Europa Union Verlag 1995, S. 17

⁹⁴ LAPPENKÜPER, ULRICH, „Auf dem Weg zur «Erbfreundschaft»: Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich von 1949 bis 1963“, in: *Vis-à-vis: Deutschland und Frankreich*, hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bonn), Köln: DuMont 1998, S. 112

Interessanterweise findet sich schon 1951 eine Spaltung des französischen Lagers, die in ähnlicher Form bis zur Debatte über den Vertrag von Maastricht 1992 immer wieder auftauchen wird. Für die einen ist Europa ein Weg, trotz aller Machteinbußen Frankreichs Stellung in der Welt zu bewahren (sie wollen Europa, „weil sie an Frankreich verzweifeln“) – und vor allem die Möglichkeit, den deutschen Nachbarn zu kontrollieren. Für die anderen stellt Europa eine Chance für die Bundesrepublik dar, wieder zu einer politischen Macht aufzusteigen – was es zu verhindern gilt.⁹⁵

Der europäische Weg wird im übrigen auch durch die Teilung Deutschlands begünstigt. „Ohne die Zweiteilung Deutschlands hätte es nie den Schatten einer Europapolitik gegeben“, soll Charles de Gaulle einmal gegenüber Alfred Grosser gesagt haben.⁹⁶ Verständlich also, daß es in Frankreich eine europapolitische Krise geben muß im Jahre 1989...

2.1.4.2. Die Motive Deutschlands

L'Allemagne n'a pas été dupe de la problématique française. Mais elle y a trouvé, momentanément, son intérêt. La priorité du chancelier Adenauer était d'accéder à la souveraineté dans l'égalité des droits...⁹⁷

Man sollte Deutschland in diesem Zusammenhang nicht als Opfer der französischen Europapolitik verstehen. Sicherlich ist es im Interesse Frankreichs, „de tirer profit du potentiel allemand tout en le contrôlant de près“⁹⁸, und gewiß gelingt es, dieses Ziel zu erreichen. Das Interesse Frankreichs an der Einbindung Deutschlands korreliert indes mit dem Wunsch der (West-)Deutschen nach Selbsteinbindung. Der Verzicht auf nationale Interessen fällt leicht, da diese gerade auf dem Weg der Integrationspolitik verfolgt werden können.⁹⁹

Wie es Michael Stürmer ausdrückt: „la République fédérale n'est pas entrée dans l'histoire contemporaine comme un Etat en quête d'une politique étrangère; elle est née bien plutôt d'une politique étrangère en quête d'Etat.“¹⁰⁰ Konrad Adenauer wird 1949

⁹⁵ Rouget, S. 101 f.

⁹⁶ WEISENFELD, ERNST, *Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945*, München: Beck 1945, S. 50

⁹⁷ Gauron, S. 15

⁹⁸ Ménudier (France), S. 360

⁹⁹ Kolboom (Europa), S. 32

¹⁰⁰ STÜRMER, MICHAEL, „L'Allemagne et l'Europe“, in: *Revue française de science politique*, 1 (1987), S. 371

Bundeskanzler eines geteilten Deutschlands, dessen Souveränität empfindlich beschnitten ist. Für diesen nur halb-souveränen Staat bedeutet die Übertragung von Kompetenzen auf supranationale Institutionen ein weit geringeres Opfer als für das unabhängige und souveräne Frankreich – sofern man im Fall Deutschlands überhaupt von einem Opfer sprechen kann. Schließlich bedeutet Europa für Westdeutschland die Chance, auf das internationale Parkett, in den internationalen Staatenbund zurückzukehren.

Jeder Schritt zur Integration mit den bald zu Verbündeten gewordenen Besatzungsmächten war zugleich ein Schritt zur internationalen Anerkennung und zur Zurückgewinnung deutscher Souveränität.¹⁰¹

Ein geeintes Europa wird also in Deutschland als ideales Mittel gesehen, zur erneuten Gleichberechtigung mit den übrigen europäischen Ländern zu gelangen – und zugleich als perfekt geeignetes Instrument, die feindselige Haltung Frankreichs gegenüber dem Nachbarn Deutschland zu schwächen. Die „Rehabilitierung“ ist außenpolitisch das vorrangige Ziel.¹⁰²

Wobei in Frankreich der ungleiche Stellenwert der Souveränitätseinbußen beider Länder durch die Integration erkannt und kritisiert wird:

Die Integrierung unserer beider Länder in das geeinte Europa ist eine Kombination, bei der Deutschland alles zu gewinnen und Frankreich alles zu verlieren hat.¹⁰³

2.1.5. Der *plan Pleven* und das Scheitern der EVG

Im Jahre 1950 wirft der Ausbruch des Koreakrieges die dringliche Frage nach einer europäischen Verteidigung mit deutscher Beteiligung auf. Die Invasion nordkoreanischer Truppen in Südkorea macht nur allzu deutlich, daß das amerikanische Atommonopol nicht ausreicht, um jeglichen Angriff seitens der Sowjets zu unterbinden: es drängt sich die Frage auf, ob sich die Sowjetunion nicht den Status der unbewaffneten BRD zunutzemachen und eine ähnliche Invasion in Europa versuchen wird. Deutsche

¹⁰¹ Picht (Europa), S. 177 f.

¹⁰² LEQUESNE, CHRISTIAN, „Europäische Union“, in: *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert*, hg. von Robert Picht, Vincent Hoffmann-Martinot, René Lasserre und Peter Theiner, München: Piper Verlag 1997, S. 308

¹⁰³ Antwort von Joseph Hours in: „Krise der deutsch-französischen Beziehungen? Eine Umfrage in Frankreich“, in: *Dokumente*, 3 (1953), S. 168

Streitkräfte, ins westliche Militärbündnis integriert, wären eine Sicherheitsgarantie.¹⁰⁴ Nur fünf Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs steht also eine Wiederbewaffnung Deutschlands bevor.

Dies ist für Frankreich inakzeptabel. Es entzieht sich dem Druck, der deutschen Wiederaufrüstung zuzustimmen, indem es einen Gegenvorschlag unterbreitet, der den Namen des Ministerpräsidenten René Pleven trägt. Das Ziel des *plan Pleven* ist, den Aufbau einer nationalen deutschen Streitmacht zu vermeiden; stattdessen sollen deutsche Kontingente in eine europäische Verteidigungsgemeinschaft aufgenommen werden. In jener Zeit findet sich in Frankreich das, was Marc Ullmann eine „hybride Politik“¹⁰⁵ genannt hat. nach 1947 ist die „*méfiance systématique*“ einer „*confiance contrainte*“¹⁰⁶ gewichen. Frankreich setzt in der Außenpolitik auf Vertrauen in Deutschland. Seine Verteidigungspolitik ist hingegen weiterhin von Mißtrauen gekennzeichnet.

Am 30. August 1954 scheitert die EVG in der *Assemblée nationale* – und Frankreich an seinen inneren Widersprüchen. In der Folge geschieht das, wogegen es sich so vehement gewehrt hat: In den Pariser Verträgen wird die Gründung einer nationalen deutschen Armee, der Bundeswehr, beschlossen. Diese soll allerdings (über die WEU) eng in den europäischen Rahmen und (über die NATO) in den atlantischen Rahmen eingebunden sein. Dadurch ist die Westbindung Deutschlands ein für allemal besiegelt.

Im Fall der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft spielt die Angst vor Deutschland eine zentrale Rolle: erst fungiert sie als Motor der Integration – die Angst vor einer deutschen Wiederbewaffnung ist das Hauptmotiv einer von Frankreich vorgeschlagenen gemeinsamen europäischen Verteidigung – und schließlich wirkt sie als Bremse: die Furcht vor einem Wiederaufleben des Militarismus veranlaßt die *Assemblée nationale* 1954 dazu, den Vertragsentwurf nicht zu ratifizieren.

Die Verfechter der EVG vertreten die Ansicht, die Verteidigungsgemeinschaft sei die einzige Möglichkeit, der französischen Bevölkerung eine gewisse Wiederbewaffnung Deutschlands nahezubringen und schließlich die Zustimmung der Nationalversammlung zu erzielen. Darüber hinaus besiegele die EVG die Einbindung Deutschlands in Westeuropa. Die Gegner des EVG-Vertrags fürchten dagegen, die Bundesrepublik könnte innerhalb kurzer Zeit die EVG dominieren. Der Grund: Frankreich, in finanziellen

¹⁰⁴ Guillen, S. 47

¹⁰⁵ ULLMANN, MARC, „Zwischen Skepsis und Vertrauen. Vom Zwiespalt der französischen Deutschlandpolitik 1950-88“, in: *Dokumente*, 6 (1988), S. 457

Schwierigkeiten und unter dem Druck der Kolonialkriege, die große wirtschaftliche Verluste mit sich bringen, sei nicht in der Lage, einen ebenso großen militärischen Beitrag zur EVG zu leisten wie die Bundesrepublik. In Frankreich fürchtet man, zu *brillants seconds* der Deutschen¹⁰⁷ degradiert zu werden. Die „NATO-Lösung“ erlaubt hingegen, ein deutsch-französisches *Tête-à-Tête* zu vermeiden, denn in der NATO hat Frankreich die USA und Großbritannien an seiner Seite und ist nicht alleine dem Vergleich mit Deutschland ausgeliefert. Zudem wird der Vertrag in Frankreich als ideales „Vehikel zum politischen Wiederaufstieg“¹⁰⁸ Deutschlands gesehen; das zu akzeptieren ist Frankreich noch nicht bereit.

Im übrigen sind auch Adenauers überzogene Forderungen nicht ganz unschuldig am Scheitern der EVG. Er will die Teilnahme Deutschlands an der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft nur bei völliger Gleichberechtigung mit den übrigen Mitgliedern und ohne jegliche Einschränkungen, der Besatzungszustand soll verkürzt und die Besatzung durch vertragliche Abkommen mit den Alliierten ersetzt werden. Darüber hinaus versucht Adenauer, die Frage der Verteidigung mit der Saarfrage zu verbinden.¹⁰⁹

Die von Deutschland gestellten Forderungen schüren in Frankreich die Angst vor einem Wiederaufflammen des deutschen Nationalismus und damit vor einer neuen deutschen Gefahr. In der Folge wächst das Lager derjenigen, die sich gegen die deutsche Wiederbewaffnung in jeglicher Form (und somit auch gegen die EVG) aussprechen.

Man sollte jedoch berücksichtigen, daß auch pragmatische Aspekte jenseits der deutsch-französischen Beziehungen eine Rolle beim Scheitern der Verteidigungsgemeinschaft spielen. Man muß die zum Beispiel die extrem lange Zeitspanne bedenken, die zwischen der Unterzeichnung des Vertrages (im Mai 1952) und seiner Vorlage zur Ratifizierung (im August 1954) liegt; mehr als zwei Jahre sind vergangen.¹¹⁰ Einiges ist passiert zwischen Unterzeichnung des Vertrags und dem 30. August 1954: Stalin starb im Frühjahr 1953, der Koreakrieg ist mit Waffenstillstand beendet worden und die Ost-West-Spannungen haben nachgelassen. Angesichts der veränderten Situation scheint die Notwendigkeit einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft aus französischer Sicht nicht mehr im gleichen Maße wie zuvor gegeben. Zudem paßt das Projekt nicht in Frankreichs außenpolitisches Konzept. Es hofft nämlich, aufgrund seiner „besonderen Beziehungen“

¹⁰⁶ Ménudier (France), S. 360

¹⁰⁷ Guillen, S. 48

¹⁰⁸ Ziebura, S. 73

¹⁰⁹ Guillen, S. 48 f.

¹¹⁰ HARBRECHT, WOLFGANG, *Die Europäische Gemeinschaft*, Stuttgart: Fischer Verlag 1978, S. 22

zur Sowjetunion in der sich abzeichnenden Phase der Entspannung eine Vermittlerrolle zwischen Ost und West übernehmen zu können.¹¹¹

Schon beim Scheitern der EVG wird ein Dilemma Frankreichs deutlich, das im europäischen Integrationsprozeß immer wieder auftauchen wird; ich nenne es das „Fesselungsmotiv“. Einerseits soll Deutschland in und durch Europa angebunden, eingegliedert, gezähmt, gefesselt werden. Aber – wie es Ingo Kolboom ausdrückt – „wer den anderen in einen Käfig der Integration sperren möchte, schließt sich selbst mit ein.“¹¹² Und genau dazu ist Frankreich nach längerem Überlegen eben doch nicht bereit.¹¹³

2.1.6. Die Römischen Verträge: die *relance européenne*¹¹⁴

Das Scheitern der EVG ist zwar ein harter Schlag für Europa in militärischer und politischer Hinsicht, hat jedoch nicht nur negative Folgen. Auf der Konferenz von Messina am 1./2. Juni 1955 wird ein weiterer Schritt in Richtung der europäischen Einigung unternommen; die Außenminister der sechs Mitgliedsstaaten der Montanunion beschließen die Gründung einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und einer europäischen Atomgemeinschaft. Die Verhandlungen werden am 26. Juni 1956 in Brüssel aufgenommen und nach nur 9 Monaten erfolgreich beendet: am 25. März 1957 erfolgt die Unterzeichnung des EWG- und des Euratom-Vertrags (der sogenannten Römischen Verträge) im Konservatorenpalast des Kapitols in Rom. Am 1. Januar 1958 treten die Verträge in Kraft, nachdem sie bis Mitte Dezember 1957 von den Parlamenten der sechs Mitgliedstaaten ratifiziert worden sind.

Vielleicht hat Gilbert Ziebura Recht mit seiner These, daß gerade das Scheitern der EVG beide Völker gezwungen hat, „ihre nationalen Ziele kräftig (zu) beschneiden“ und zu einer „realistischeren Einschätzung ihrer Möglichkeiten“¹¹⁵ zu kommen. „So befreite die EVG gerade durch ihr Scheitern beide Völker von unerreichbaren Träumen und öffnete damit neue Horizonte für eine fruchtbare Entwicklung“¹¹⁶.

¹¹¹ Harbrecht, S. 23

¹¹² KOLBOOM, INGO, „Frankreich 1992/93. Ein Versuch über die Befindlichkeit oder Das Ende der Gewißheiten“, in: *Frankreich Jahrbuch 1993*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1993, S. 29

¹¹³ Vgl. dazu auch HOFFMANN, STANLEY, „Dilemmes et stratégies de la France dans la nouvelle Europe (1989-1991)“, in: *politique étrangère*, 4 (1992), S. 504

¹¹⁴ Guillen, S. 53

¹¹⁵ Ziebura, S. 79

¹¹⁶ Ziebura, S. 81

Die zügige Abwicklung der Verhandlungen soll jedoch nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß es zähe Verhandlungen waren, die der Unterzeichnung der Römischen Verträge vorausgingen. Erhebliche Schwierigkeiten und unterschiedliche Vorstellungen und Ziele der Deutschen und Franzosen haben eine Vielzahl von Kompromissen erforderlich gemacht. Während das Interesse der Deutschen – insbesondere Adenauers, der Erhard erst vom Projekt der EWG überzeugen muß, denn letzterer fürchtet supranationalen Dirigismus – sich vor allem auf die Wirtschaftsgemeinschaft richtet, ist Frankreich in erster Linie an der Europäischen Atomgemeinschaft interessiert. Die unterschiedlichen Positionen sind wie folgt:

Deutschland erhofft sich von der EWG die Ausdehnung der deutschen Exporttätigkeit und möchte durch die Wirtschaftsgemeinschaft seine ökonomische Überlegenheit im Rahmen der Sechs stärken. Empfänglich ist man auch für die politischen Aspekte dieser neuen europäischen Etappe: je größer die europäische Integration, desto näher kommt Deutschland dem Ziel der Souveränität.¹¹⁷ Frankreich dagegen fühlt sich im finanziellen und ökonomischen Bereich dem Nachbarn unterlegen und fürchtet daher um so mehr den Schock der Konkurrenz durch die wirtschaftliche und finanzielle Übermacht Deutschlands. Bei den Verhandlungen in Brüssel kämpft die französische Delegation daher gegen die deutsche um die Durchsetzung von Bestimmungen, die diesen Schock dämpfen sollen. Zudem setzt sich Frankreich für die Aufnahme der überseeischen Gebiete (*territoires d'outre-mer*, kurz TOM) in den Gemeinsamen Markt ein. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: der deutsche Markt soll sich für Güter aus den überseeischen Gebieten öffnen und deutsches Kapital soll somit zu den im Rahmen der Entwicklungshilfe notwendigen Investitionen einen Beitrag leisten.¹¹⁸

Deutschland ist mit den französischen Vorstellungen nicht einverstanden. Da Frankreich jedoch die Aufnahme der TOM in den Gemeinsamen Markt zur *conditio sine qua non* erklärt, muß Deutschland schließlich nachgeben.

Bei der Europäischen Atomgemeinschaft verhält es sich umgekehrt: diese wird von Frankreich aus verschiedenen Gründen unbedingt gewollt. Das deutsche Finanz-, Industrie-, Technologiepotential soll für den Aufbau eines europäischen Programms zur Erzeugung von Atomstrom genutzt werden. Dies würde die Abhängigkeit Frankreichs im Energiesektor verringern und zudem den Aufbau einer unabhängigen Atomindustrie in Deutschland verhindern. Denn, so fürchtet man in Frankreich, diese würde eines Tages

¹¹⁷ Guillen, S. 54

den Bau einer deutschen Atombombe ermöglichen, da es schwierig ist, zivile und militärische Ziele der Atomtechnik zu trennen. So wird erneut Angst vor Deutschland Frankreichs Motiv, die Integration voranzutreiben. Für Frankreich ist es von existentieller Bedeutung, eine Atomstreitmacht zu sein – und daß Deutschland keine Atombombe besitzt. So wird ein – wenn auch fragiles – Gleichgewicht zwischen beiden Ländern geschaffen: der Besitz der Atombombe durch die Franzosen bildet den Ausgleich zur finanziellen und wirtschaftlichen Übermacht Deutschlands. Dieses Gleichgewicht zwischen Deutschland, dem „nain politique“ aber „géant économique“¹¹⁹ und einem politisch starken Frankreich (unter anderem durch den ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, den Status als Siegermacht des Zweiten Weltkriegs sowie die *force de frappe*, also den erwähnten Besitz einer unabhängigen Atomstreitmacht) gerät erst mit den Umwälzungen im Herbst 1989 ins Wanken, wie wir noch sehen werden.

Ohne die Atomgemeinschaft kein Gemeinsamer Markt, so Frankreich. Keine Atomgemeinschaft ohne EWG, argumentieren die Deutschen. Eine Sackgassenposition. Angesichts der Suezkrise, die die Ohnmacht Europas gegenüber den beiden Supermächten USA und UdSSR nur allzu deutlich zutage treten läßt, sind Guy Mollet und Adenauer schließlich zu gegenseitigen Zugeständnissen bereit: „il faut faire l'Europe pour que la France et l'Allemagne ne soient pas marginalisées.“¹²⁰

2.1.7. Die sechziger bis achtziger Jahre

Mit den Römischen Verträgen sind bereits die – bis zum Vertrag von Maastricht 1992 – wesentlichen Etappen der europäischen Integration zurückgelegt. Die einzigen im Rahmen dieser Arbeit erwähnenswerten Begebenheiten französischer Europapolitik sind die Ablehnung und spätere Zustimmung zum EG-Beitritt Großbritanniens sowie die Schaffung des Europäischen Währungssystems durch Bundeskanzler Helmut Schmidt und den französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing.

Grundsätzlich läßt sich feststellen daß die bilateralen Beziehungen zwischen den sechziger und den achtziger Jahren auf eine solide Basis gestellt werden. Der Anfang ist mit der EGKS gemacht worden, und die Römischen Verträge haben die Integration weiter

¹¹⁸ Ebd.

¹¹⁹ KOLBOOM, INGO, „La France et l'unité allemande au-delà des préjugés“, in: *Revue politique et parlementaire*, 952 (1991), S. 39

¹²⁰ Guillen, S. 54

vertieft. Der Elysée-Vertrag, der am 22. Januar 1963 von Adenauer und de Gaulle unterzeichnet wird, soll der begonnenen deutsch-französischen Zusammenarbeit Kontinuität verleihen und sie – vor allem durch die vorgesehene Regelmäßigkeit der deutsch-französischen Regierungstreffen – auf eine verbindliche Grundlage stellen.¹²¹

In den Durststrecken der bilateralen Beziehungen tritt die Bedeutung des Freundschaftsvertrages besonders hervor: Die deutsch-französischen Beziehungen hängen nämlich stark von den persönlichen Beziehungen zwischen den jeweiligen Staatspräsidenten und Bundeskanzlern ab, und diese sind nicht immer nur freundschaftlich.

Nach dem Rücktritt Konrad Adenauers prägen bis zur Amtsübernahme von Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing im Mai 1974 oft nur mühsam unterdrückte Spannungen das deutsch-französische Verhältnis. Insbesondere in der Regierungszeit des Bundeskanzlers Ludwig Erhard, mit Außenminister Gerhard Schröder, durchlaufen die bilateralen Beziehungen eine schwierige Phase: beide Länder nehmen in beinahe allen wichtigen Bereichen gegensätzliche Positionen ein.¹²² In diese Zeit fällt auch die von Frankreich geführte sogenannte „Politik des leeren Stuhls“ bei den europäischen Institutionen in der zweiten Jahreshälfte 1965, Folge der französischen Ablehnung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat. Diese Krise wird ein halbes Jahr später durch den sog. „Luxemburger Kompromiß“ beigelegt.¹²³ Auch dem Nachfolger Erhards, Kurt Georg Kiesinger, gelingt es nicht, freundschaftliche Kontakte zu de Gaulle beziehungsweise seinem Nachfolger, Präsident Georges Pompidou, zu knüpfen, wenngleich er bestrebt ist, die deutsch-französischen Beziehungen wieder enger zu gestalten.

¹²¹ ECKER-ERTLE, HEIDEMARIE, „Der Elysée-Vertrag und seine Folgen“, in: *Vis-à-vis: Deutschland und Frankreich*, hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bonn), Köln: DuMont 1998, S. 122

¹²² Ménudier (Beziehungen), S. 146

¹²³ NB: Durch den EWG-Vertrag hätten ab dem 1.1.1966 bestimmte Entscheidungen durch Mehrheitsvotum getroffen werden können; Einstimmigkeit war also nicht mehr nötig. Frankreich lehnte dies ab und führte seit Juli 1965 die sogenannte „Politik des leeren Stuhls“; es zog, um Entscheidungen zu verhindern, seinen Vertreter aus dem Rat zurück. Diese erste größere Krise der EWG wurde Anfang 1966 durch den sog. „Luxemburger Kompromiß“ beigelegt. Demnach konnte ein Staat mit „sehr wichtigen Interessen“ nicht einfach überstimmt werden, sondern es sollte in kontroversen Angelegenheiten der Konsens gesucht werden. Sollte ein solcher nicht gefunden werden können, so ging Frankreich davon aus, daß das entsprechende Land ein Vetorecht besitze. Wenngleich die übrigen 5 EWG-Staaten mit Frankreichs Sicht der Dinge nicht übereinstimmten, gelang es Frankreich, in der Folgezeit seine Interpretation des „Luxemburger Kompromisses“ durchzusetzen, so daß danach de facto für jedes EWG-Mitglied die Möglichkeit des Vetos bestand.

Daß in der Regierungszeit von Georges Pompidou und Willy Brandt (1969 - 1974) das französische Verhältnis zu Deutschland ebenfalls von Krisen erschüttert wird, läßt sich auf zwei Dinge zurückführen. Zum einen sind seit der Währungskrise 1968 die unaufhaltsame Aufwertung der DM und die Schwierigkeiten des Franc nicht zu übersehen und erfüllen Frankreich mit Sorge über die wirtschaftliche Macht der BRD.¹²⁴ Der zweite kritische Punkt ist die von Willy Brandt betriebene Ostpolitik. Betont werden muß, daß sich ein sensibles Gleichgewicht herausgebildet hat, das beide Partner, aus unterschiedlichen Interessen, unterstützen: Frankreich übernimmt die Führungsrolle innerhalb der europäischen Integration, Deutschland gibt sich mit einer Rolle als *brillant second*¹²⁵ zufrieden und duldet es, daß Frankreich „un peu ‘plus égale’“ ist.¹²⁶ Man ist sich in Deutschland durchaus einer Tatsache bewußt: „si elle (l’Allemagne) se montre impérieuse ou dominatrice, les craintes, les hostilités traditionnelles se réveilleront.“¹²⁷

Als sich jedoch Ende der sechziger Jahre mit der Ostpolitik Willy Brandts Veränderungen des Status quo abzeichnen, ist es seitens Frankreichs schnell aus mit der Harmonie. So wird nach dem Rücktritt Charles de Gaulles wieder einmal wenn vielleicht nicht wirklich Angst, so aber doch wenigstens ein gewisses Unbehagen angesichts der deutschen Außenpolitik zum Motor der Integration: endlich stimmt Frankreich dem Beitritt Großbritanniens zu, nachdem de Gaulle die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien zweimal durch sein Veto blockiert hat, wohl auch aufgrund der Befürchtung, Frankreich könne seine Führungsposition innerhalb der EG an die Briten verlieren...¹²⁸

Als Pompidou schließlich grünes Licht für die Beitrittsverhandlungen gibt, tut er dies auch mit Hintergedanken in bezug auf Deutschland, da ihm – auch wenn dies von offizieller Seite selten zu hören ist – Brandts Ostpolitik überaus suspekt ist. Er fürchtet, der deutsche Bundeskanzler könne in seinen Zugeständnissen gegenüber der Sowjetunion zu weit gehen und sich vom Westen abwenden. Zudem betrachtet er Brandts internationales Prestige, in dem er ein Wiedererwachen des deutschen Nationalismus sieht, mit Mißtrauen.¹²⁹ Allerdings billigt er die Ostverhandlungen offiziell und unterstützt sie sogar. Er weiß genau, daß offen ausgesprochene Verdächtigungen zu einem

¹²⁴ Ménudier (Beziehungen), S. 148

¹²⁵ MOREAU DÉFARGES, PHILIPPE, „France, Allemagne, Royaume Uni. Vers un nouvel équilibre communautaire?“, in: *Revue d'intégration européenne*, 2-3 (1991), S. 154

¹²⁶ Ebda.

¹²⁷ Ebda.

¹²⁸ MARHOLD, HARTMUT, „Erweiterung“, in: *Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, hg. von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: Europa Union Verlag 1995, S. 132

deutsch-französischen Zerwürfnis führen können¹³⁰; dies möchte er nicht riskieren. Außerdem muß er seine Haltung der Tradition de Gaulles anpassen. Dieser hat 1959 gesagt: „Wir meinen, bis dieses Ideal (NB: gemeint ist die Wiedervereinigung) erreicht werden kann, sollten die beiden getrennten Teile des deutschen Volkes die gegenseitigen Verbindungen und Beziehungen auf allen praktischen Gebieten vermehren.“¹³¹ Darum kann Frankreich bzw. der Nachfolger de Gaulles auch keine Einwände geltend machen, nun da eine deutsche Bundesregierung eine ähnliche Richtung einschlägt. Also stimmt ihr Georges Pompidou mehrfach öffentlich zu. Im vertraulichen Gespräch verbirgt er aber nicht seine Bedenken. Mal meint er, der deutsche Bundeskanzler könne sich dabei „den Hals brechen“¹³², dann wiederum argwöhnt er eine *dérive à l’Est* und unterstellt Brandt das, was man in Paris als Rapallo-Politik zu fürchten gelernt hat: die Bereitschaft, Verpflichtungen gegenüber dem Westen durch Alleingänge nach Osten zu verraten.¹³³ Hinzu kommt, daß Pompidou stark von der schon seit Jahrhunderten vorherrschenden zentralistischen Tradition Frankreichs geprägt ist. Als Studienrat, der in der klassischen Überzeugung erzogen wurde, die Geschichte müsse sich zwangsläufig früher oder später wiederholen, glaubt er, daß Deutschland notwendigerweise die Wiedervereinigung in der einen oder anderen Form anstreben muß. Dies erklärt, wieso Pompidou Willy Brandts Formel von der „eine(n) Nation in zwei Staaten“¹³⁴ eher skeptisch gegenübersteht.

Wie erwähnt läßt Pompidou jedoch nur in vertraulichen Gesprächen seine Befürchtungen zum Ausdruck kommen und wählt bezüglich der deutschen Frage eine Hintertür: er bedient sich des Mittels „Europa“, um auf die vermeintliche Bedrohung Deutschlands zu reagieren. Als er den Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien zustimmt, tut er dies auch im Hinblick auf Deutschland. Mit dem Beitritt Großbritanniens soll ein Gegengewicht zur vermeintlich unberechenbaren Politik Deutschlands geschaffen werden – auch wenn sich herausstellt, daß die Zusammenarbeit Frankreichs mit Großbritannien in praxi eher enttäuschend entwickelt. Außerdem soll mit der Norderweiterung der wachsende europäische Einfluß der Deutschen eingedämmt werden; die Süderweiterung und die Betonung der Mittelmeerpolitik dienen aus französischer Sicht übrigens dem gleichen Ziel.¹³⁵ So werden dann am 30. Juni 1970 Verhandlungen mit Großbritannien, Dänemark,

¹²⁹ Ménudier (Beziehungen), S. 149

¹³⁰ Ullmann, S. 459

¹³¹ WEISENFELD, ERNST, „Frankreich und die deutsche Ostpolitik“, in: *Eine ungewöhnliche Geschichte: Deutschland - Frankreich seit 1870*, hg. von Franz Knipping und Ernst Weisenfeld, Bonn: Europa Union Verlag 1988, S. 178 f.

¹³² Ebda.

¹³³ Ebda.

¹³⁴ Ullmann, S. 459

¹³⁵ Ménudier (Beziehungen), S. 148; siehe dazu auch Fritsch-Bournazel (Rapallo), S. 252; Rouget, S. 95; Ullmann, S. 458 f.; Bruck, S. 607 f.

Irland und Norwegen aufgenommen und ein Jahr später abgeschlossen, so daß der Gemeinsame Markt am 1. Januar 1973 erweitert werden kann – allerdings nur um drei Mitgliedstaaten, denn Norwegen hat in einer Volksabstimmung den Beitritt abgelehnt.

Unter Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing ist wieder eine Beschleunigung des Integrationszuges festzustellen, nicht zuletzt, weil zwischen ihnen, die nur wenige Wochen nacheinander im Mai bzw. Juni 1974 ihren jeweiligen Posten übernommen haben, bald eine persönliche Freundschaft herrscht. Die Schaffung des EWS sowie des Europäischen Rates¹³⁶ ist ihnen zu verdanken.

Giscard d'Estaing hat erkannt, daß es gegenüber dem durch die Atomstreitmacht symbolisierten französischen Nationalismus inzwischen auch einen deutschen Nationalismus gibt, verkörpert durch die Deutsche Mark.¹³⁷ Während seiner Präsidentschaft versucht er nun, die Auswirkungen beider Nationalismen abzuschwächen. Ohne von dem Prinzip der militärischen Unabhängigkeit Frankreichs abzuweichen, sorgt er dafür, daß der französische Generalstab sich den Stäben der NATO annähert und gibt mehrfach öffentlich zu verstehen, daß die „vitalen Interessen Frankreichs“ nicht erst am Rhein, sondern bereits an der Elbe beginnen.¹³⁸ (Wobei man sich hier die Frage nach den Hintergedanken Giscard's stellen kann. Handelt es sich nicht um eine scheinheilige Erklärung? Vermutlich geht es Frankreich in erster Linie darum, die in Deutschland stationierten französischen Soldaten nicht des Schutzes durch die eigenen Atomwaffen zu berauben.) Giscard d'Estaing erwartet für diese verteidigungspolitische Initiative eine Gegenleistung. Er ist realistisch genug, um nicht von seinem „Freund Helmut“ die sofortige Schaffung einer gemeinsamen Währung zu verlangen, aber er erarbeitet mit Schmidt die Grundlagen für das Europäische Währungssystem. Es soll in einer Zeit der immer stärkeren Wechselkursschwankungen das Entstehen einer „Zone der Stabilität“ begünstigen.¹³⁹ Das EWS-Projekt eröffnet Frankreich die gesichtswahrende Rückkehr in einen Währungsverbund, nachdem der Franc einige Krisen durchlaufen hat. Die Währungshoheit der einzelnen Länder berührt das EWS aber im Grundsatz nicht, und der EWS-Text bleibt schwach bezüglich einer

¹³⁶ Im Dezember beschließen die EG-Staats- und Regierungschefs nach einer Initiative Schmidts und Giscard d'Estaings, in Zukunft regelmäßig als Europäischer Rat zu tagen.

¹³⁷ Ullmann, S. 460

¹³⁸ Ebda.

¹³⁹ Ebda.

Integrationsperspektive. Das ursprüngliche Ziel, es nach zwei Jahren in ein endgültiges EG-System zu überführen, wird jedoch nicht umgesetzt.¹⁴⁰

Hier haben wir bereits den Konflikt, der ungefähr 20 Jahre später durch den Vertrag von Maastricht beendet wird – vorangetrieben durch die deutsche Wiedervereinigung. Die Deutschen sind nicht bereit, sich von der Mark zu verabschieden, dem Symbol deutscher Wirtschaftskraft und „Substitut für tabuisierten Nationalstolz“¹⁴¹.

Wie schreibt Marc Ullmann noch 1988, ein Jahr vor dem Fall der Mauer:

So wie eine gewisse Doppeldeutigkeit zwischen Frankreichs Europa- und Verteidigungspolitik besteht, so läßt sich ein Widerspruch zwischen der Europapolitik der Bundesregierung und ihrer Währungspolitik erkennen. In beiden Fällen besteht die Illusion, daß in der Welt von heute es sich ein Land noch leisten könne, über längere Zeit auf eigene Faust zu agieren.¹⁴²

Einen entscheidenden oder vielmehr den entscheidenden Impuls erfährt die Währungsfrage erst durch die Umwälzungen in Osteuropa im Jahre 1989 und die resultierende französische Motivation, die Währungsunion im Eiltempo voranzutreiben – wie wir im folgenden sehen werden.

In jedem Falle hat sich in den achtziger Jahren das Gleichgewicht zwischen Bombe und Mark gut eingependelt¹⁴³, und die deutschen Bundeskanzler – bis hin zu Kohl – sind im großen und ganzen auf die Linie eingeschwenkt, die schon Adenauer vertrat: Frankreich ist eben immer noch – vor allem in politischer Hinsicht – ein bißchen „gleicher“ als Deutschland...¹⁴⁴ Um so verheerender aus französischer Sicht dann die Umbrüche im Osten Europas, die schließlich zur deutschen Wiedervereinigung führen.

Dans le passé, une image illustre la relation franco-allemande, celle du cheval et du cavalier: un habile jockey, français, menait un puissant cheval, allemand, vers la ligne d'arrivée européenne. Mais en janvier dernier, il est apparu clairement que l'animal s'était échappée et courait tout seul vers l'herbe verte de l'unification.¹⁴⁵

¹⁴⁰ GADDUM, ECKART, „Europäisches Währungssystem“, in: *Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, hg. von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: Europa Union Verlag 1995, S. 201

¹⁴¹ GEIGER, WOLFGANG, „Die Konturen des neuen Deutschland sind alles andere als klar...“, in: *Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte*, 3 (1991), S. 211

¹⁴² Ullmann, S. 462

¹⁴³ Moreau Défarges (équilibre), S. 155

¹⁴⁴ Moreau Défarges (équilibre), S. 154

¹⁴⁵ HOAGLAND, JIM, „L'Allemagne d'abord de Bush“, in: *L'Express*, 06.07.1990, S. 24, hier zitiert in: HÖHNE, ROLAND, „Frankreich und die deutsche Einheit - Die Reaktion der Öffentlichkeit auf den Wiedervereinigungsprozeß im Jahre 1989/90“, in: *Lendemains*, 62 (1991), S. 108

2.2. Die deutsche Wiedervereinigung und der Vertrag von Maastricht

2.2.1. Der Zusammenbruch der Ordnung von Jalta und die Folgen für Frankreich

Am 9. November fällt in Berlin die Mauer, nach 28 Jahren. Für Frankreich ist diese Entwicklung ein Schock – und ein Ereignis, das schlichtweg nicht passieren durfte. Das französische Weltbild gerät aus den Fugen.

Es herrschte noch die Nachkriegsidylle der Konferenz von Jalta, mit zwei geteilten Machtblöcken in Ost und West, mit einem geteilten Deutschland und einem von den Militärs (und auch vielen Politikern) so geliebten „Gleichgewicht der Kräfte“ – das heißt mit anderen Worten: Unsere Welt war zwar gespalten, aber abgesichert und kalkulierbar. All dieses änderte sich mit der deutschen Wiedervereinigung – und natürlich mit dem Zusammenbruch des Ostblocks.¹⁵¹

Daß der Zusammenbruch der „Ordnung von Jalta“, d.h. das Ende der Aufteilung der Welt in zwei Blöcke – Ost und West – französische Ängste mit großer Intensität hervorbrechen lassen muß, liegt auf der Hand: nach dem Ende des Kalten Krieges und seiner Stabilität ist das Koordinatensystem der französischen Außenpolitik (und nicht nur der französischen) zusammengebrochen. Diese Entwicklung löst eine tiefe Verunsicherung über die zukünftige außen- und sicherheitspolitische Rolle des eigenen Landes in Europa aus, gepaart mit der Angst, von einem übermächtigen und von Souveränitätsbeschränkungen freien deutschen Nachbarn in eine europäische Nebenrolle gedrängt zu werden.¹⁵²

Die Parameter der bilateralen Beziehungen haben sich verändert, schlimmer: einige Basispunkte der deutsch-französischen Aussöhnung und der Neudefinition der französisch-deutschen Beziehungen nach 1945 haben sich schlicht aufgelöst.

In erster Linie ist das vielzitierte Gleichgewicht zwischen der Bombe und der Mark zu nennen, d.h. das Gleichgewicht zwischen Frankreich als starker politischer Macht und Deutschland, „nain politique“ und „géant économique“¹⁵³, das nun obsolet ist.

¹⁵¹ ENGELKES, HEIKO, „Das gegenwärtige Deutschlandbild in Frankreich“, in: *Deutschlandbilder in Dänemark und England, in Frankreich und den Niederlanden*, hg. von Hans Süßmuth, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1990, S. 376

¹⁵² SCHILD, JOACHIM, „Frankreich und die Europäische Union: Außen- und Sicherheitspolitik im EG-Rahmen?“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1992*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1992, S. 79; dazu auch: KIMMEL, ADOLF, „Frankreich im Europa nach Jalta: Welche Rolle, welcher Rang?“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1992*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1992, S. 41

D'abord, les Français ont joué les tuteurs du „nain politique“. Puis le géant économique a parlé d'égal à égal. Aujourd'hui, le contrat ne tient plus.¹⁵⁴

Seit den siebziger Jahren hat dieses Gleichgewicht vor allem in Frankreich eine wichtige Rolle gespielt.¹⁵⁵ Als letzte Merkmale einstiger Größe verfügt Frankreich zwar weiterhin über den ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, die Verbindungen mit Schwarzafrika und natürlich die *force de frappe*, d.h. eine unabhängige Nuklearstreitmacht. Von seinem Status als Siegermacht muß es sich allerdings verabschieden. Und dieser war in Frankreich sehr beliebt, man sah ihn als „manière discrète aussi de rappeler à l'Allemagne qu'elle a été battue et qu'elle ne devrait pas l'oublier...“¹⁵⁶ Die verbliebenen Privilegien sind nun eher von symbolischer als realer Bedeutung und können nicht darüber hinwegtäuschen, daß Frankreich es zum ersten Mal mit einem souveränen Deutschland zu tun hat, das jetzt auch in politischer Hinsicht eine Großmacht ist.¹⁵⁷

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, weshalb die deutsche Teilung von vielen als Basis und Voraussetzung der deutsch-französischen Annäherung nach 1945 betrachtet wird.¹⁵⁸ Ohne diese „List der Geschichte“¹⁵⁹ hätte man das Projekt der europäischen Integration höchstwahrscheinlich nicht in Angriff genommen.¹⁶⁰ Adolf Kimmel benutzt gar den Begriff der Geschäftsgrundlage:

Die Teilung Deutschlands und die feste Einbindung der beiden deutschen Teilstaaten in die jeweiligen Blöcke löste für Frankreich nicht nur das Sicherheitsproblem gegenüber Deutschland, sondern war auch die entscheidende Voraussetzung für die Politik der Annäherung („rapprochement“) zwischen Frankreich und der Bundesrepublik. Vor allem gestattete die deutsche Teilung Frankreich die Führungsrolle in Europa. Mit der Wiedervereinigung kam die Stunde der Wahrheit, denn die Geschäftsgrundlage, auf der sich die deutsch-französischen Beziehungen

¹⁵³ Kolboom (unité), S. 39

¹⁵⁴ GONIN, JEAN-MARC, „Paris-Bonn: fin de bail“, in: *L'Express*, 16.03.1990, S. 44

¹⁵⁵ Zum Gleichgewicht Bombe – Mark vgl. STARK, HANS, „France-Allemagne: entente et mésententes“, in: *politique étrangère*, 4 (1993), S. 992 und S. 997; UTERWEDDE, HENRIK, „Wirtschaft“, in: *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert*, hg. von Robert Picht, Vincent Hoffmann-Martinot, René Lasserre und Peter Theiner, München: Piper Verlag 1997, S. 254; Hoffmann (dilemmes), S. 504; Kimmel, S. 37 f.; Kolboom (France), S. 38; Schild, S. 79; KOLBOOM, INGO, *Vom geteilten zum vereinten Deutschland: Deutschland-Bilder in Frankreich*, Bonn: Europa Union Verlag 1991, S. 57; SCHRADER, LUTZ, „Mitterrands Europapolitik oder der lange Abschied vom Gaullismus“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 32 (1993), S. 34; COLARD, DANIEL, „L'Allemagne unie et le couple franco-allemand“, in: *Défense nationale*, 5 (1991), S. 107; KRAMER, STEVEN Philip, „La question française“, in: *politique étrangère*, 4 (1991), S. 961; COLE, ALISTAIR, „Looking on: France and the New Germany“, in: *German Politics*, 3 (1993), S. 361; DUHAMEL, ALAIN, *Les peurs françaises*, Paris: Flammarion 1993, S. 59 f.; Rouget, S. 53

¹⁵⁶ VERNET, DANIEL, *La renaissance allemande*, Paris: Flammarion 1992, S. 196 f.

¹⁵⁷ Moreau Défarges (avenir), S. 114

¹⁵⁸ HOFFMANN (dilemmes), S. 504

¹⁵⁹ Weisenfeld (welches Deutschland), S. 82

¹⁶⁰ Ménudier (France), S. 369

nach 1945 – anders als nach 1918 – so positiv hatten entwickeln können, ging nun verloren.¹⁶¹

Somit beruht die deutsch-französische Annäherung zumindest teilweise auf der deutschen Teilung. Damit verbunden gab es allerdings schon seit Beginn der siebziger Jahre einen latenten Interessenskonflikt zwischen Frankreich und der BRD, der mit der zunehmenden Status-quo-Orientierung Frankreichs und – dazu in Opposition – der deutschen Ostpolitik offensichtlich wurde, wie wir bereits im vorherigen Kapitel gesehen haben.¹⁶²

Eine gewisse Doppelzüngigkeit der französischen Politiker bezüglich der Frage der deutschen Teilung läßt sich immer wieder feststellen. Schon angehende Diplomaten wurden am Quai d'Orsay mit folgender Formel in die Problematik der deutschen Frage eingeführt: „Wenn Ihr die Wiedervereinigung der Deutschen fürchtet, müßt Ihr dafür sein, denn wenn Ihr dagegen seid, wird sie sich gegen Euch vollziehen.“¹⁶³ Und in der Tat wurde das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung von den Franzosen seit de Gaulle immer wieder betont.¹⁶⁴ Letzterer hielt die Vereinigung der beiden deutschen Staaten nicht nur für unvermeidlich, sondern auch für normal und legitim. Nicht umsonst stammt von ihm auch die Formel von einem „Europa vom Atlantik bis zum Ural“.¹⁶⁵ Von Mitterrand wurde dieser Gedanke später aufgegriffen; er sprach davon, daß es gelte, „Jalta zu überwinden“, und diese Formel wurde von zahlreichen französischen Spitzenpolitikern ebenfalls verwendet.¹⁶⁶ Allerdings stand dieser Ausspruch, als normativer Grundsatz, immer im Widerspruch zur tatsächlich verfolgten Deutschlandpolitik; es handelte sich, in den Worten Claire Tréans, um eines derjenigen Elemente französischer Deutschlandpolitik, „qui avaient été relégués au magasin des accessoires car dépourvu de capacité opérationnelle.“¹⁶⁷

So stürzt paradoxerweise das Ende der Ordnung von Jalta ausgerechnet Frankreich, das sich immer dafür ausgesprochen hat, in eine tiefe Sinnkrise. Denn eines muß man

¹⁶¹ Kimmel, S. 41; vgl. dazu auch MINC, ALAIN, „Une seule civilisation de Brest à Brest-Litovsk“, in: *Le Figaro*, 13.11.1989

¹⁶² LOTH, WILFRIED, „Die zweite Chance. Die deutsch-französischen Beziehungen nach der deutschen Einheit“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1992*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1992, S. 48

¹⁶³ Weisenfeld (welches Deutschland), S. 47

¹⁶⁴ TRÉAN, CLAIRE, „La France et le nouvel ordre européen“, in: *politique étrangère*, 1 (1991), S. 81

¹⁶⁵ SCHÜTZE, WALTER, „Frankreich angesichts der deutschen Einheit“, in: *Europa-Archiv*, 4 (1990), S. 134

¹⁶⁶ Ebda.; vgl. dazu auch: YOST, DAVID S., „Frankreich in einem neuen Umfeld“, in: *Europa-Archiv*, 23 (1990), S. 692

¹⁶⁷ Tréan (ordre), S. 81

bedenken: unbeschadet aller Kritik an der Ost-West-Teilung hatte man sich ein bequemes Plätzchen innerhalb der bestehenden Ordnung eingerichtet. Großbritannien besaß zwar prinzipiell die gleichen Statusmerkmale wie die obengenannten französischen, konnte jedoch Frankreichs Führungsrolle in Europa allein wegen seiner langwährenden europapolitischen Isolation nicht anfechten.¹⁶⁸ Zudem sicherte die Ordnung von Jalta die Westorientierung Deutschlands und verhinderte die Erneuerung der deutschen Großmachtstellung in Mitteleuropa. Die Aufrechterhaltung des Status quo lag daher im französischen Interesse.¹⁶⁹

In den siebziger Jahren, mit Beginn der Ostpolitik, war es Georges Pompidou noch möglich, eine hybride Politik zu führen: offiziell die Ostpolitik der Deutschen zu unterstützen und sich hinter den Kulissen durch den EG-Beitritt der Briten abzusichern (auch wenn sich die Zusammenarbeit mit Großbritannien doch eher als enttäuschend erwies). Nun ist allerdings die Stunde der Wahrheit gekommen und es gilt, zwischen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und den nationalen Interessen Frankreichs zu wählen.

2.2.2. Die Deutschlandängste in Frankreich 1989/90

Der Zusammenbruch der bestehenden Ordnung läßt die Angst vor Deutschland in einer Weise wiederaufleben, mit deren Heftigkeit vorher niemand gerechnet hat.

Die vorherrschenden Ängste lassen sich in 5 Arten unterteilen.

1. Demographisch begründete Ängste
2. Historisch begründete Ängste: Angstreflexe und geostrategische Ängste
3. Ökonomisch begründete Ängste
4. Militärstrategische Ängste
5. „Europäische“ Ängste

Allerdings ist die Grenze zwischen genannten Kategorien zum Teil fließend, wie wir im folgenden sehen werden.

¹⁶⁸ Kimmel, S. 37

¹⁶⁹ Höhne, S. 106; Schütze (Frankreich), S. 134; Vernet (Europapolitik), S. 47; Höhne, S. 106; Cole, S. 361; Picht (Beziehungen), S. 48 f.

2.2.2.1. Demographisch begründete Ängste

Les fantômes se perdaient dans des mécanismes mathématiques en additionnant des potentiels allemands imaginaires.¹⁷⁰

Immer wieder erwähnt wird die Angst vor „la grosse Allemagne“¹⁷¹. In demographischer Hinsicht scheint sich das Bismarckreich wieder zu erheben. Die Zahl „80 Millionen“ geistert wie ein roter Faden durch die französische Presse¹⁷² – wobei in Frankreich demographische Überlegungen seit jeher ohnehin eine größere Rolle spielen als beispielsweise in Deutschland.¹⁷³ Wie schreibt der sonst differenzierte Deutschlandbeobachter André Fontaine: „Il est sûr qu’une Allemagne de 80 millions d’habitants pèse d’un poids qui fait naître un certain déséquilibre.“¹⁷⁴

Allerdings handelt es sich beim vermeintlichen demographischen Übergewicht Deutschlands schlicht um eine Fehlmeinung; der Bevölkerungsrückgang in der BRD ist keine neue Erkenntnis. Schon im Jahre 1989 würde ein geeintes Deutschland nicht 80 Millionen Einwohner zählen, und im Jahre 2000 hätte es kaum mehr Einwohner als Frankreich. „Nur wenige wissen, daß zwischen 1900 und 2000 das Durchschnittsalter der deutschen Bevölkerung von 25 auf 50 Jahre steigen wird. Nach den internationalen Prognosen wird in der Bundesrepublik Deutschland – die Tendenzen sind in der DDR kaum anders – die Zahl der erwerbstätigen Einwohner im Alter von 15 - 64 Jahren zwischen 1990 und 2030 um fast 14 Millionen zurückgehen, in Frankreich dagegen nur um knapp 2 Millionen...“¹⁷⁵

2.2.2.2. Historisch begründete Ängste

Die historisch begründeten Ängste spielen, trotz des häufig mangelnden Bezugs zur Realität, eine bedeutende Rolle in der Diskussion um den wiedererstarkten Nachbarn.

Zunächst findet sich die Auffassung, daß Deutschland nicht einen wirklichen „Beruf“ zur nationalen Einheit habe. Als Beleg dient dafür die Tatsache, daß sich die Deutschen in

¹⁷⁰ Kolboom (unité), S. 35

¹⁷¹ in: *Le Point*, 05.03.1990, hier zitiert in: MOLL, NICOLAS, „L’Allemagne de nos obsessions“, in: *Documents*, 2 (1990), S. 11

¹⁷² Kolboom (unité), S. 35; FONTAINE, ANDRÉ, „Un avenir commun pour l’Europe“, in: *Deutschland und Frankreich im neuen Europa*, hg. von Ingo Kolboom, Bonn: Europa Union Verlag 1991, S. 14

¹⁷³ Picht (Beziehungen), S. 47

¹⁷⁴ Fontaine, S. 13

den „besten Epochen der Geschichte“¹⁷⁶ mit der staatlichen Teilung und der Existenz einer Vielfalt von Staaten abgefunden haben.¹⁷⁷ Im Rahmen dieser Auffassung findet sich dann auch die Einschätzung der Zeit der deutschen Einheit 1871 bis 1945 als Ausnahme-situation, als historischen Zufall mit fatalen Folgen. Zum zweiten wird immer wieder darauf hingewiesen, daß ein vereintes Deutschland sich nicht fähig gezeigt habe, in Frieden mit seinen Nachbarn zu leben. Wie auf Knopfdruck löst allein der Gedanke, daß Frankreich es mit einem „wieder“-vereinigten Deutschland zu tun haben könnte, Erinnerungen an 1871, 1914, 1940 aus... Jacques Julliards Ausspruch ist zumindest ehrlich: „C'est vrai qu'une partie de mes réflexes conditionnés date de 1940; mon inconscient de 1914 et mon cerveau reptilien de 1871.“¹⁷⁸ Die alten Dämonen werden erneut beschworen, als Frage („l'Allemagne est-elle proprement vaccinée contre ses propres démons?“¹⁷⁹) oder gar als Feststellung: „Incontestablement, les vieux démons sont en train de renaître.“¹⁸⁰

Hier erfolgt vor allem der Rekurs auf Bismarck (wir erinnern uns an die große Demütigung, die die Franzosen nach dem verlorenen deutsch-französischen Krieg in der Proklamation des Deutschen Reiches im Spiegelsaal von Versailles erlitten).¹⁸¹

Man fürchtet das Wiederaufleben von „nostalgies bismarckiennes“¹⁸² und glaubt daher, die entscheidende Frage in bezug auf Deutschland sei: „Voit-elle son avenir avec les lunettes de Bismarck, comme celui d'une puissance mondiale dont les engagements communautaires avec l'Europe de l'Ouest resteraient de simple opportunité économique?“¹⁸³

Und in *L'Express* ist unter einem Foto von Gorbatschow und Kohl zu lesen: „Le face-à-face des challengers de l'Histoire: un autre Bismarck et un nouveau Pierre le Grand?“¹⁸⁴

Aber auch Hitler und ein neues Hegemonialreich – vielleicht auch mit rechtsradikalen Zügen – werden als Schreckgespenst an die Wand gemalt.¹⁸⁵ Vom „Blitzkrieg“ wird im

¹⁷⁵ FRISCH, ALFRED, „Bilanz eines ungewöhnlichen Jahres“, in: *Dokumente*, 6 (1990), S. 13

¹⁷⁶ Soutou (Einheit), S. 5

¹⁷⁷ Ebda.

¹⁷⁸ JULLIARD, JACQUES, „Europe: les difficultés commencent“, in: *Le Nouvel Observateur*, 22.02.1990, S. 33

¹⁷⁹ AUDIBERT, DOMINIQUE, „L'envol de la nouvelle Allemagne“, in: *Le Point*, 01.10.1990, S. 17

¹⁸⁰ BRARD, JEAN-PIERRE, „La menace du IV^e Reich“, in: *Le Monde*, 07.03.1990

¹⁸¹ vgl. dazu Kramer, S. 959; Hoffmann, S. 884

¹⁸² FRANÇOIS-PONCET, JEAN, „L'heure de vérité“, *Le Figaro*, 02.11.1989

¹⁸³ IMBERT, CLAUDE, „Le vertige européen“, in: *Le Point*, 18.09.1989, S. 3

¹⁸⁴ MARCUSE, ELIE, „Un pactole pour un pacte“, in: *L'Express*, 27.07.1990, S. 5

Zusammenhang mit dem Tempo der deutschen Vereinigung gesprochen¹⁸⁶, und die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der BRD mit der DDR wird als „l'Anschluss économique“¹⁸⁷ bezeichnet.

Ein weiteres Gespenst, das aus der Geschichte zurückzukehren scheint, ist das einer deutsch-russischen Entente, symbolisiert durch den Hitler-Stalin-Pakt und vor allem den Vertrag von Rapallo.¹⁸⁸ Man argwöhnt beim Nachbarn „l'aspiration à une sorte de condominium germano-soviétique sur l'Europe qui s'exprime ici ou là en Allemagne.“¹⁸⁹ Recht häufig wird also in Frankreich die Befürchtung laut, daß es den westlichen Ländern – aufgrund der historischen und geographischen Abhängigkeit der Deutschen von Sowjetrußland – nicht gelingen werde, Deutschland voll und ganz im Westen zu halten.¹⁹⁰ Sogar die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Erdgas wird beschworen¹⁹¹. Konkret wird befürchtet, daß Deutschland in bezug auf die Sowjetunion einen zunehmend unabhängigeren Kurs einschlagen und einer russisch-deutschen *Entente* oder einem Kondominium zustimmen könnte. Hierbei würde die militärische Macht Rußlands ergänzt durch deutsche Wirtschaftskraft und Technologie.¹⁹²

Eng mit dem Rapallo-Komplex verknüpft sind Überlegungen bezüglich der vermeintlich hegemonialen Ausgangslage im Zentrum Europas.¹⁹³ Hier vermischen sich historisch begründete Ängste mit geostrategischen Überlegungen, die durchaus ihre Berechtigung haben, da die Mittellage Deutschlands tatsächlich eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West, eine „politique de bascule“¹⁹⁴, nahelegen scheint.¹⁹⁵ Auch wenn darauf hingewiesen werden muß, daß es dafür in der Geschichte nur wenig Belege gibt.¹⁹⁶

¹⁸⁵ Audibert, S. 16

¹⁸⁶ Auf dem Titelblatt von *Le Point*, 11.03.1990

¹⁸⁷ SCHLOSSER, FRANÇOIS, „L'Allemagne contre l'Europe?“, in: *Le Nouvel Observateur*, 22.02.1990, S. 30; der Begriff „Anschluß“ verweist auf die staatliche Vereinigung Österreichs mit dem Dritten Reich im März 1938.

¹⁸⁸ Zwei Pressebeispiele: DEBRÉ, MICHEL, „Quand Rapallo peut remplacer Yalta“, in: *Le Monde*, 14.11.1989; DANIEL, JEAN, „Le Prince devant la force des choses“, in: *Le Nouvel Observateur*, 29.03.1990, S. 31

¹⁸⁹ François-Poncet (heure)

¹⁹⁰ ROSENZWEIG, LUC, „Un pays achevé, riche et stable, à moins que...“, in: *Le Monde*, 04.10.1990

¹⁹¹ Ebda.

¹⁹² Yost, S. 694

¹⁹³ VERNET (aujourd'hui), S. 26

¹⁹⁴ VERNET, DANIEL, *La renaissance allemande*, Paris: Flammarion 1992, S. 194

¹⁹⁵ Zur französischen Befürchtung einer deutschen Schaukelpolitik siehe auch Hoffmann (dilemmes), S. 884; Höhne, S. 110 f.

¹⁹⁶ Soutou (Einheit), S. 7

Frankreich befürchtet geographisch an den Rand gedrückt und ökonomisch und politisch ins Abseits gedrängt zu werden.¹⁹⁷ Denn der Schwerpunkt in Europa werde sich nach Osten verlagern¹⁹⁸, zugunsten Deutschlands, und Frankreich werde marginalisiert – das Schreckgespenst eines deutschen Mitteleuropa, „le spectre d'une «*Mitteleuropa* allemande»“¹⁹⁹, scheint wieder aktuell.

Arrêtons de tricher. Il n'existe pas de question européenne, il n'existe qu'une question allemande. (...) L'Allemagne retrouve sa place au centre de l'Europe: ni à l'Ouest, ni à l'Est.²⁰⁰

Auch Alain Minc beruft sich also in seinem aufsehenerregenden Buch *La grande illusion* auf die *dérive allemande*, das Abdriften Deutschlands nach Osten. Es gebe nur *eine* europäische Frage, und das sei die deutsche. Gelänge es nicht, die BRD fest in den Westen einzubinden, so würde sie unweigerlich an ihren historischen Ort zurückkehren und aufgrund ihres großen wirtschaftlichen und politischen Gewichts Frankreich mit sich nach Osten ziehen.²⁰¹

Am Rande sei erwähnt, daß Daniel Colard in diesem Zusammenhang von einer ganz anderen Versuchung spricht: nicht der, sich dem Osten zuzuwenden, sondern derjenigen, es der Schweiz gleichzutun (Colard führt hier den von Daniel Vernet geprägten Begriff der „tentation suisse“²⁰² an), d.h. die Versuchung, sich zurückzuziehen, um – ganz dem nationalen Egoismus verfallen – ruhig und friedlich in einer materialistischen Konsumgesellschaft sein Dasein zu fristen und sich aus dem politischen Weltgeschehen herauszuhalten: „La tentation du repli sur soi, de l'isolationnisme, de l'égoïsme, bref, de la démission“.²⁰³ Dieser Vorwurf ist sicher auch auf die Erfahrungen mit Deutschland im Golfkrieg zurückzuführen bzw. auf die Tatsache, daß Deutschland sich nicht mit militärischer Waffengewalt an der *Operation Wüstensturm* beteiligen wollte.²⁰⁴

¹⁹⁷ Kimmel, S. 45; Stark (entente), S. 990; Yost, S. 695

¹⁹⁸ WEHRSCHÜTZ, CHRISTIAN, „La révolution en République Démocratique Allemande et l'équilibre européen“, in: *Défense nationale*, 2 (1990), S. 39

¹⁹⁹ KOLBOOM, INGO, „A la chasse aux vieux démons: la France et l'Allemagne unie“, in: *politique étrangère*, 3 (1991), S. 718

²⁰⁰ MINC, ALAIN, *La grande illusion*, Paris: Grasset & Fasquelle 1989, S. 5

²⁰¹ Picht (Beziehungen), S. 50; BOUREL, DOMINIQUE, „La grande illusion d'Alain Minc“, in: *Documents*, 1 (1989), S. 122

²⁰² COLARD, DANIEL, „L'Allemagne unie et le couple franco-allemand“, in: *Défense nationale*, 5 (1991), S. 109

²⁰³ Ebda.

²⁰⁴ GUÉRIN-SENDELBACH, VALÉRIE, „'Incertitudes françaises'? Die Entwicklung der Europäischen Union aus französischer Sicht“, in: *Dokumente*, 4 (1994), S. 297

Der folgende Ausspruch Claire Tréans beschreibt den französischen Rekurs auf historische Traumata sehr treffend:

Chaque mot peut réveiller en France des frayeurs endormies, la hantise plus ou moins consciente de voir 75 ou 80 millions d'Allemands proclamer l'avènement du «quatrième reich», dans une Europe bismarckienne qui paierait de sa tranquillité la fin de sa division.²⁰⁵

Einige kritische Anmerkungen über die Funktion gerade der historisch begründeten Ängste seien jedoch erlaubt. Der Rekurs auf Muster der Vergangenheit begründet sich wohl auch aus der französischen Erfahrung einer geschichtlichen Kontinuität, die auf Deutschland projiziert wird. Gerade der Bezug auf die Stereotypen der Vergangenheit hat etwas Fixes und gleichzeitig etwas Beruhigendes. Er befreit von der Aufgabe, die gegenwärtige Situation in ihrer Einmaligkeit einschätzen zu müssen. Es handelt sich also beim Rekurs auf die Muster der Vergangenheit, die quasi automatisch, reflexartig aus der Kiste der *mémoire collective* geholt werden, um die unbewußte Verweigerung, eine unvoreingenommene Prüfung der konkreten Situation vorzunehmen. Die vielen Aussagen zugrunde liegende These der Kontinuität wird der realen Situation indes in keiner Weise gerecht. Die Brüche, vor allem der große Bruch nach 1945, der 1949 zur Gründung der Bundesrepublik führte, d.h. zu einem demokratischen Staat, der seine Funktionsfähigkeit nun schon über vier Jahrzehnte bewiesen hat, werden völlig außer acht gelassen.²⁰⁶

Wie schreibt Robert Picht:

Le fleuve de l'histoire allemande, artificiellement endigué par l'antagonisme des blocs, retourne dans son lit ancien. Tout ce que l'on croyait savoir sur l'Allemagne traditionnelle pouvait s'appliquer à nouveau. Le cadre de référence était rétabli, dans lequel la mémoire collective pouvait projeter ses expériences historiques et ses phantasmes.²⁰⁷

An dieser Stelle möchte ich auf einen Ausspruch von Ingo Kolboom verweisen:

Geschichte hat mindestens eine doppelte Gegenwart: Zum einen ist sie präsent, da unsere Gegenwart stets eine historisch gewordene ist – unabhängig davon, ob die Menschen, die sie heute bewohnen, dies wissen, akzeptieren oder verweigern. Zum zweiten ist sie uns gegenwärtig als Gegenstand einer *Mémoire collective*, in der sich der Umgang des

²⁰⁵ TRÉAN, CLAIRE, „La France, l'Allemagne et l'autruche“, in: *Le Monde*, 04.10.1989

²⁰⁶ JURT, JOSEPH, „Deutsch-französische Fremd- und Selbstbilder in der Literatur und Publizistik der Gegenwart“, in: *Frankreich Jahrbuch 1995*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1996, S. 77

²⁰⁷ PICTH, ROBERT, „Pour une psychanalyse des relations franco-allemandes“, in: *Géopolitique*, 44 (1993/94), S. 72

Menschen mit seiner Geschichte und Gegenwart, aktiv oder passiv, abspielt.²⁰⁸

Also Geschichte einmal als reale Basis der Gegenwart, der Welt, wie sie heute ist, aber auch als Erinnerung, Erfahrung und somit als Maßstab und Instrument für den Umgang mit der Geschichte und Gegenwart. In dieser Funktion ist sie mit Vorsicht zu behandeln: „bei unserem Umgang mit der Geschichte (sollte) die kritische Vernunft stets wie ein Radar darüber wachen, daß der Appell an die Geschichte diese nicht als Magd der Gegenwart bzw. der Politik instrumentalisiert oder über die Neuherstellung eines Begriffes dort Kontinuität hergestellt wird, wo eigentlich der Bruch erfolgen sollte.“²⁰⁹ Und das, obwohl – wie Alfred Grosser zu Recht feststellt – die französische Erinnerung mit dem Fortschreiten der Zeit zunehmend eine erlernte, erworbene und keine erlebte ist...²¹⁰

Gerade in Frankreich ist der Umgang mit historischen Parallelen, Denk-, Erklärungs- und Handlungsmustern manchmal unbedacht und simplifizierend; oft wird die Geschichte der Gegenwart gleichsam „übergestülpt“. Man glaubt, ein neues Bismarckreich, ein Viertes Reich, ein neues Rapallo zu erkennen – und trägt damit der Gegenwart wenig Rechnung. Es gilt also zu prüfen, ob der Umgang mit der *mémoire collective* historisch korrekt und in Gerechtigkeit gegenüber der eigenen Gegenwart und Zukunft erfolgt.

2.2.2.3. Militärstrategische Ängste

Mit den oben erwähnten geostrategischen Ängsten eng verbunden sind wiederum diejenigen Ängste, die sich auf die militärstrategische Situation in Europa beziehen. Zum einen fürchtet man in Frankreich, Deutschland könne sich im Alleingang eine nationale Position zwischen West und Ost aufbauen.²¹¹ Zudem ist man besorgt, das französische Militär- und Nuklearpotential könnte unter den neuen Umständen erheblich an Bedeutung verlieren, auch dadurch, daß ein wiedervereinigtes Deutschland, von großer wirtschaftlicher Überlegenheit und wachsendem politischen Einfluß gekennzeichnet, nicht mehr im gleichen Maße abhängig wäre von Sicherheitsleistungen der Verbündeten.²¹²

²⁰⁸ KOLBOOM, INGO, „Deutsche Frage und Europäisches Gleichgewicht – Anmerkung zu den Grenzen eines historischen Paradigmas“, in: *Deutschland und Frankreich im neuen Europa*, hg. von Ingo Kolboom, Bonn: Europa Union Verlag 1991, S. 48

²⁰⁹ Kolboom (Frage), S. 49

²¹⁰ GROSSER, ALFRED, „Aspects franco-allemands de la question allemande“, in: *Deutschland und Frankreich im neuen Europa*, hg. von Ingo Kolboom, Bonn: Europa Union Verlag 1991, S. 42

²¹¹ Frisch (Bilanz), S. 11

Eine größere Rolle spielt allerdings die Angst vor einem strategischen Vakuum in Europa. Der sozialistische Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement dazu:

Mitten in Europa wird sich in ein paar Jahren ein strategisches Vakuum, sowohl konventionell wie nuklear, öffnen. Die Sowjetunion wird zwangsläufig eine militärische Supermacht bleiben. Im Westen jedoch wird das Zusammenwirken des amerikanischen Rückzugs und der von den Ländern Westeuropas einseitig begonnenen Spirale der Abrüstung unausweichlich ein Ungleichgewicht schaffen.²¹³

Dies sei mittelfristig keine stabile Lage, insbesondere da Frankreich an der Frontlinie dieses Vakuums stünde... Zudem argwöhnt man als mögliches Resultat des erwähnten strategischen Vakuums die Finnlandisierung, d.h. Neutralisierung Europas.²¹⁴

Darüber hinaus sei die künftige Sicherheitspolitik Deutschlands nicht vorhersehbar. Niemand könne garantieren, daß die Bundesrepublik auf lange Sicht in der NATO bleiben werde. Und von dieser Vorstellung einer Neutralität Deutschlands ist es dann nicht mehr weit zur anderen Vorstellung, zum Beispiel derjenigen, Deutschland könne eine eindeutig nationale Verteidigungspolitik führen. Im Rahmen einer solchen könnte es die Schaffung einer mitteleuropäischen Sicherheitszone unter deutscher Führung anstreben, bzw. alternativ oder zusätzlich in einigen Jahren beschließen, seine eigene Nuklearstreitmacht aufzubauen.²¹⁵

Steven Philip Kramer weist allerdings darauf hin, daß Deutschland, sollte es die NATO verlassen, es lediglich Frankreich gleichtun würde. Führt nicht Frankreich ebenfalls seine Außen- und Sicherheitspolitik im nationalen Alleingang? Seine Schlußfolgerung:

Les appréhensions de la France face au nationalisme et à la domination de l'Allemagne reflètent probablement davantage la difficulté qu'a la France à dépasser son propre nationalisme qu'une menace objective de la part de l'Allemagne.²¹⁶

²¹² Yost, S. 693

²¹³ Ebd.

²¹⁴ Yost, S. 694; vgl. dazu auch: GUILBERT, PAUL, „Marie-France Garaud: „La France risque d'être marginalisée“, in: *Le Figaro*, 11.11.1989

²¹⁵ Yost, S. 694. Diese Befürchtung äußert auch Pierre Lellouche: „Cette grande Allemagne qui inquiète“, in: *Le Point*, 05.03.1990, S. 44

²¹⁶ Kramer, S. 962

2.2.2.4. Ökonomisch begründete Ängste

Was früher die Angst vor der militärischen Macht Deutschlands war, ist im Jahre 1989/90 (und übrigens schon spätestens seit den siebziger Jahren) die Furcht vor einem ökonomisch übermächtigen Deutschland, geschaffen durch die sprichwörtliche wirtschaftliche Effizienz und Disziplin der Deutschen.²¹⁷ Angesichts eines vereinigten Deutschlands müssen diese Ängste noch eine Steigerung erfahren. Denn schließlich weist die Bundesrepublik alleine, also noch nicht „dopée de la RDA“²¹⁸, bereits erhebliche Handelsüberschüsse mit seinen wichtigsten Handelspartnern in Europa auf.²¹⁹

Le 3 octobre, la France a perdu un concurrent. L'Allemagne a changé de catégorie. Il n'y aura plus dans l'économie mondiale, les Etats-Unis, puis le Japon, puis le peloton relativement compact des quatre grands pays européens (la RFA, la France, la Grande-Bretagne et l'Italie). Il y aura l'Amérique, la Japon et l'Allemagne, et puis, loin derrière, les autres. (...) Pays riche, peuple nombreux. (...) L'Allemagne est un objet économique assez particulier: à la fois usine, maison de commerce et coffre-fort (...) L'usine du monde? Aujourd'hui, comme il y a un siècle, oui. (...) La mécanique allemande domine le marché mondial, en gros et en détail.²²⁰

2.2.2.5. „Europäische“ Ängste

Im Vordergrund steht hier die Angst, daß ein wiedervereinigtes Deutschland nicht mehr auf die Europäische Gemeinschaft angewiesen sein und der verlockenden Versuchung nachgeben könnte, sich im nationalen Alleingang eine unabhängige Position zwischen West und Ost aufzubauen.²²¹

Besonders pikant wird diese Angstvorstellung vor dem Hintergrund einer These Wolfgang Mommsens, die Europaidee sei Surrogat für deutsches Nationalbewußtsein gewesen, „eine Art von Ersatzideologie für die verlorengegangene oder verblaßte Idee der einen, in einem eigenen Staate geeinten Nation.“²²² Verständlich dann, daß die Franzosen unter diesem Aspekt Angst haben, Deutschland könne sich nach der Wiedervereinigung von

²¹⁷ Picht (Beziehungen), S. 49

²¹⁸ Stark (entente), S. 990

²¹⁹ Cole, S. 360

²²⁰ GHERARDI, SOPHIE, „Un surcroît de puissance économique“, in: *Le Monde*, 06.10.1990

²²¹ Frisch (Bilanz), S. 11; Guérin-Sendelbach, S. 297. In der Presse dazu: DAUVERGNE, ALAIN, „Le risque d'implosion“, in: *Le Point*, 25.09.1989, S. 38; DELAVENAT, CHRISTINE, „Union monétaire: le suspense allemand“, in: *L'Express*, 17.11.1989, S. 15

²²² MOMMSEN, WOLFGANG, „Auf der Suche nach nationaler Identität: zur Diskontinuität deutscher Staatlichkeit“, in: *Das Bündnis im Bündnis: Deutsch-französische Beziehungen im internationalen Spannungsfeld*, hg. von Robert Picht, Berlin: Severin und Siedler 1982, S. 58

der Ersatzideologie Europa verabschieden und sich neuen Horizonten zuwenden. Insofern stellt diese Angst ein Kompendium der Mehrzahl der obengenannten Ängste dar: Deutschland, in ökonomischer Hinsicht überlegen, durch seine wiedergewonnene Souveränität unabhängig und dementsprechend in der Lage, sich neue Partner – im Osten! – zu suchen, hat Europa nicht mehr nötig.

Wenn man die Presse der Monate von Ende 1989 bis Ende 1990 verfolgt, so fühlt man sich fast schon mit hineingezogen in diese Angst Frankreichs. Eine solche Torschlußpanik wird vermittelt, solch ein Gefühl der drängenden Zeit stellt sich ein beim Leser, daß klar wird: Frankreich muß die Integration mit aller Kraft vorantreiben, um nicht von einem wiedervereinigten Deutschland abgehängt zu werden, das einsam einen deutschen Kurs verfolgt und sich immer weiter von Europa entfernt. Dies jedenfalls ist die französische Sicht. Die folgenden Pressezitate können sie vielleicht veranschaulichen.

Mitterrand wird mit den folgenden Worten zitiert: „Devant la réunification allemande, nous ne sommes que des spectateurs: elle se fait à la vitesse d'un train roulant à cent à l'heure, alors que la construction de notre Communauté progresse au rythme d'un train de banlieue. Il faut donc qu'on accélère sur l'Europe.“²²³ Und Jacques Julliard wählt im *Nouvel Observateur* ein ähnliches Bild. „Pour le dire encore plus clairement: tandis que la construction européenne prend l'escalier de service, la réunification allemande a sauté dans l'ascenseur.“²²⁴ Mit Sorge wird festgestellt, daß es nun Deutschland sei, das Tempo und Grad der Integration bestimmen kann.²²⁵ Und dort zeige man sich nicht allzu begeistert, die europäische Einigung voranzutreiben,²²⁶ da man in Deutschland Prioritäten gesetzt habe: „d'abord l'unité, et tant pis si l'Europe prend du retard.“²²⁷ Die allgemeine Schlußfolgerung: Europa vorantreiben, denn die Zeit wird knapp...²²⁸

Nur am Rand soll hier etwas erwähnt werden, was vielleicht angesichts der Befürchtungen Frankreichs, Deutschland könne sich von Europa abwenden und Alleingänge vorziehen, von Bedeutung ist: Das Bonner Grundgesetz ist heute die einzige Verfassung eines EU-Mitgliedstaates, in der das Prinzip der europäischen Integration

²²³ FAVIER, PIERRE; MICHEL MARTIN-ROLAND, *La décennie Mitterrand*, Bd. 3: *Les défis*, Paris: Editions du Seuil 1996, S. 243

²²⁴ JULLIARD, JACQUES, „Vite, vite l'Europe!“, in: *Le Nouvel Observateur*, 25.01.1990, S. 33

²²⁵ Schlosser (Europe), S. 30

²²⁶ VAILLANT, JÉRÔME, „Puissance sans servitudes pour la Grande Allemagne“, in: *Le Monde diplomatique*, 10 (1990)

²²⁷ JEAMBAR, DENIS; CHRISTIAN MAKARIAN, „Quelle Allemagne va naître?“, in: *Le Point*,

01.10.1990, S. 12

²²⁸ ÉCOTAIS, YANN DE L', „Union politique“, in: *L'Express*, 24.11.1989, S. 7

verankert ist.²²⁹ In Artikel 23 GG heißt es: „Zur Verwirklichung eines geeinten Europas wirkt die Bundesrepublik Deutschland bei der Entwicklung der Europäischen Union mit ...“

Die zweite Angst der Franzosen in bezug auf Europa ist der obengenannten diametral entgegengesetzt: man befürchtet, Deutschland könne, aufgrund seiner ökonomischen und monetären Übermacht, gekoppelt mit der erwähnten strategisch günstigen Lage im Zentrum Europas, eine allzu dominierende Position innerhalb der Europäischen Gemeinschaft einnehmen²³⁰, in Frankreich hat man also Angst „de voir la nouvelle Allemagne dominer les institutions destinées à l'«endiguer».“²³¹ Die zentrale Frage lautet: „l'Europe sera-t-elle allemande ou l'Allemagne sera-t-elle européenne?“²³² Diese Angst wird vor allem in der mit größter Heftigkeit geführten Debatte um den Vertrag von Maastricht, anlässlich des Referendums im Jahre 1992, eine große Rolle spielen, wenn sie von Gegnern des Maastricht-Vertragswerks in die Diskussion gebracht wird – als Grund, gegen den Vertrag zu stimmen.

Es sei darauf hingewiesen, daß sich die vorherrschenden Ängste nicht nur direkt in Äußerungen der Besorgnis in den Medien oder von Politikern manifestieren, sondern auch indirekt in den zahlreichen Bemühungen von Kommentatoren und hochrangigen Personen, die Öffentlichkeit zu beruhigen.²³³ So oft wird betont, Frankreich brauche keine Angst vor Deutschland zu haben, daß dies schon einem *aveu du contraire* gleichkommt...²³⁴

Alfred Grosser wirft der deutschen Presse übrigens eine Schiefelage der Berichterstattung im betreffenden Zeitraum vor; man habe in Deutschland nur über die negativen Äußerungen der Franzosen berichtet, aus den Kommentaren die absurdesten ausgewählt, die positiven einfach unterschlagen. Das gleiche gelte für die Umfrageergebnisse, die ebenfalls – da durchweg positiv – keine Erwähnung gefunden hätten.²³⁵ Den Vorwurf könnte man der obigen Auswahl auch machen.

²²⁹ Vgl. COLARD, DANIEL, „L'Allemagne unie et le couple franco-allemand“, in: *Défense nationale*, 5 (1991), S. 104

²³⁰ VALANCE, GEORGES, „Une sacrée prise de poids“, in: *Le Point*, 25.09.1989, S. 36; VINCENT, JEAN-MARIE, „L'espoir à deux vitesses“, in: *Le Monde diplomatique*, 4 (1990), S. 1

²³¹ Hoffmann (dilemmes), S. 884

²³² Colard (Allemagne), S. 103

²³³ Es sei verwiesen auf François Mitterrand bzw. Abschnitt 2.2.4.

²³⁴ Yost, S. 692

²³⁵ Grosser (aspects), S. 42

Aber ich möchte gar nicht behaupten, die gesamte Berichterstattung sei stereotyp gewesen; in *Le Monde* und *L'Express* beispielsweise findet sich durchaus eine differenzierte Berichterstattung. Ich habe die vorliegende Auswahl vorgenommen, um die verschiedenen Ängste besser erläutern zu können. Und in der Berichterstattung zeigt sich zumindest eines: Zeiten des Umbruchs sind in verstärktem Maße „stereotypogen“²³⁶.

2.2.3.1. Die Kluft zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung

Bei der großen Fülle der von Politikern, Intellektuellen und Journalisten geäußerten bzw. veröffentlichten Ängste muß darauf hingewiesen werden, daß die französische Öffentlichkeit der deutschen Wiedervereinigung deutlich positiver gegenübersteht, ihr mit einer Art wohlwollender Neugier, einer „curiosité bienveillante“²³⁷, und mit Sympathie und Gelassenheit entgegenseht.²³⁸

Das „Ja“ zur deutschen Einheit wird von der Mehrheit der französischen Bevölkerung ausgesprochen. Dies ist das Ergebnis aller vor und nach dem 9. November durchgeführten Umfragen. Im Durchschnitt ist die Zustimmung zur Vereinigung genauso groß wie in Westdeutschland, außer in einigen Fällen, wo die Franzosen die Wiedervereinigung sogar stärker befürworten als die Deutschen selbst.²³⁹

Allerdings ergeben die Umfragen – übrigens nicht nur in Frankreich, sondern auch in anderen europäischen Ländern wie zum Beispiel in Großbritannien oder den Niederlanden – dieselbe Kurve von Höchst- und Tiefstwerten: „Die höchste Zustimmung für eine Wiedervereinigung fällt in die Zeit, als sie noch unmöglich schien – also vor der Maueröffnung –, und sie ist wieder hoch, als der Vereinigungsprozeß mit der gesamtdeutschen Integration in der NATO und der EG abgeschlossen ist.“²⁴⁰

²³⁶ Jurt, S. 77

²³⁷ Kolboom (chasse), S. 718

²³⁸ SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, „Franzosen über Deutsche gespalten. Öffentliche und veröffentlichte Meinung widersprechen sich“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 10.02.1990; Picht (Beziehungen), S. 47; SCHÜTZE, WALTER, „Es geht um einen gemeinsamen Neubeginn. Deutschland und Frankreich zu Beginn der neunziger Jahre“, in: *Dokumente*, 1 (1991), S. 4; Kolboom (unité), S. 35; Kolboom (chasse), S. 718; Rouget, S. 83

²³⁹ Kolboom (unité), S. 34

²⁴⁰ LEHMANN, INES, *Die deutsche Vereinigung von außen gesehen: Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse*, Bd. 1, Frankfurt am Main: Europäischer Verlag der Wissenschaften 1996, S. 743

Elke Bruck weist darauf hin, daß diese deutliche Diskrepanz zwischen demoskopisch ermittelter Meinung zu einer eventuellen deutschen Wiedervereinigung und dem Bild, das diesbezüglich von den „Pariser Meinungsbackstuben“²⁴¹ vermittelt wird, schon seit geraumer Zeit besteht, spätestens seit Mitte der siebziger Jahre. Bereits davor, in den sechziger Jahren, belegen Umfrageergebnisse, daß die Mehrheit der französischen Bevölkerung den Wunsch der Deutschen nach Wiedervereinigung für legitim erachtet. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, daß schon zu diesem Zeitpunkt Deutschland für die Franzosen zum *Partner Nummer Eins* in Europa avanciert ist.²⁴² Zudem ist das Recht auf Selbstbestimmung fest im französischen Nationalbewußtsein verankert. „Ihr eigenes, tief verwurzeltes Nationalgefühl ließ der überwiegenden Mehrheit der französischen Bevölkerung die Wiederherstellung der deutschen Einheit als unumgänglich erscheinen.“²⁴³ Die überwiegende Mehrheit der Franzosen mußte die deutsche Zweiteilung immer als Übergangszustand betrachten, da diese als Dauerzustand aus dem eigenen Nationalgefühl heraus immer unvorstellbar war. In den Jahrzehnten vor dem Fall der Mauer glaubten sie wahrscheinlich stärker an die Wiederherstellung der Einheit des Nachbarvolkes als die meisten Deutschen. Dennoch wurde die Existenz zweier Staaten immer als durchaus beruhigend empfunden, getreu dem bekannten Bonmot von François Mauriac: Ich liebe Deutschland so sehr, daß ich froh bin, daß es zwei davon gibt, „J'aime tellement l'Allemagne que je suis heureux qu'il y en ait deux.“²⁴⁴ In Frankreich ging man von der – nicht immer richtigen – Annahme aus, daß die Deutschen ihre Teilung nie hinnehmen würden und sah somit in der aufgezwungenen Spaltung Deutschlands einen Spannungsfaktor für Europa.²⁴⁵ Und so ist das Gros der französischen Bevölkerung im Jahre 1989/90 erleichtert, daß sich die Wiedervereinigung – die ohnehin als unvermeidlich betrachtet wurde – dann immerhin in friedlichem und demokratischem Rahmen vollzieht. Mit der Anerkennung des Rechts der Deutschen auf Wiedervereinigung tragen im Jahr 1989 zudem auch Verständnis und Freude für die menschliche Dimension zur positiven Haltung der Bevölkerung bei. Und auch die Tatsache, daß wir uns im Jahr 200 nach der Französischen Revolution befinden, verdient Beachtung; aufgrund des *bicentenaire* freut sich die französische Bevölkerung doppelt über die Verwirklichung der Ideen von 1789 nun auch im Osten.²⁴⁶

²⁴¹ LIEHR, GÜNTER, „Die französische Presselandschaft“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1990*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1990, S. 175

²⁴² Bruck, S. 608

²⁴³ Frisch (Bilanz), S. 468

²⁴⁴ hier zitiert in: Moreau Défarges (*rêve*), S. 203

²⁴⁵ Frisch (Bilanz), S. 462

²⁴⁶ Kolboom (Deutschland-Bilder), S. 44

Auch wenn man sonst über den Wert von Umfragen streiten kann – und gerade die Franzosen sind ja gleichsam besessen von der Durchführung solcher – im Falle der Reaktionen Frankreichs auf die sich ankündigende deutsche Wiedervereinigung erfüllen sie eine überaus wichtige Funktion; sie dienen der Überprüfung und der Korrektur jener Urteile über Deutschland, über die Deutschen und die deutsch-französischen Unterschiede, welche von den Medien, der politischen Elite, den Intellektuellen in Umlauf gesetzt werden – und relativieren diese, schwächen ihre Bedeutung ab. Denn es ist eben nur ein kleiner Teil der Bevölkerung (wenn auch die sogenannten Eliten), der der Wiedervereinigung so vehement entgegentritt.

Was ist der Grund für diese große Diskrepanz? Oder, anders gefragt: was bewegt Medien, politische Elite, Intellektuelle dazu, die Angst vor Deutschland weiterhin zu beschwören, auch wenn sie für diese Ansichten kaum Rückhalt in der Bevölkerung finden?

Hans-Martin Bock vertritt eine rein funktionale These. Seiner Ansicht nach unterscheidet sich das populäre Wahrnehmungsmuster deshalb in solchem Ausmaß vom sozioökonomischen und politisch-administrativen, da grundsätzlich andere Kriterien bei der Meinungsbildung der Eliten von Bedeutung sind:

Hier dominiert der strukturelle Zwang zum realistischen Kalkül im sicherheitspolitischen oder ökonomischen Planen und Handeln in den bilateralen Beziehungen ungleich stärker als z.B. in der Deutschland-Sicht der größeren französischen Öffentlichkeit (...) Deshalb ist in der Regel nicht die nationalkulturelle Eigenart des Nachbarlandes der primäre Filter für die Sammlung und Verarbeitung von Informationen, wie sie in den Funktionsebenen vorgenommen wird, sondern dessen ökonomisches, militärisches und politisches Profil.²⁴⁷

Also ein Ansatz, der die unterschiedliche Sichtweise von Eliten und *grand public* vor allem auf die Tatsache stützt, daß Eliten – als Führungsschichten der Gesellschaft – eine andere Wahrnehmungsweise haben *müssen*, um die Interessen ihres Landes zu vertreten.

Für die Politik ist noch ein anderes Motiv von Bedeutung: Deutschlandpolitische Äußerungen waren und sind in Frankreich sehr viel stärker Instrumente der Innenpolitik

²⁴⁷ BOCK, HANS-MANFRED, „Wechselseitige Wahrnehmung als Problem der deutsch-französischen Beziehungen“, in: *Frankreich Jahrbuch 1995*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1996, S. 48

und der außenpolitischen Positionsbestimmung, als man das umgekehrt von der Rolle, die Frankreich in der deutschen politischen Diskussion spielt, sagen kann.²⁴⁸

Daß auch die Medien in das allgemeine Angstgeschrei mit einstimmen hat seinen Grund zunächst darin, daß sie in der Regel ein getreuer Seismograph der politischen Klasse sind.²⁴⁹ Zudem ergibt sich, gleichsam nach dem Schneeballprinzip, eine Verstärkung der jeweiligen beschworenen Schreckensvisionen, denn „Presse, Radio und TV beziehen sich in Frankreich viel häufiger aufeinander als in Deutschland. Repetition, Kumulation und Konsonanz sind die Folgen dieser Selbstreferenz.“²⁵⁰ Und auch die Rolle der Journalisten als Personen sollte nicht unterschlagen werden. Diese stehen nämlich in Frankreich weit mehr im Rampenlicht als ihre deutschen Kollegen, die eher im Verborgenen, hinter den Kulissen arbeiten. Pariser Journalisten dagegen verstehen sich als „Intellektuelle und ‘Meinungsmacher’ der Nation“.²⁵¹

Meiner Ansicht nach ist jedoch die Tatsache von größter Wichtigkeit, daß die moderne Medienwelt glaubt, bestimmten Lesegewohnheiten gerecht werden zu müssen und so Stereotypen – auch mit Unterhaltungswert – einsetzt, ohne daß einer der Teilnehmer des Kommunikationsvorgangs selbst noch ernsthaft daran glaubt. Dies trifft wohl gerade auf die Pariser Meinungsmacher zu – wenngleich dieser Umstand in Paris selbst schon ein Gemeinplatz ist...²⁵²

Zudem erklärt sich die Emotionalität der Deutschlanddebatte 1989/90 zum Teil auch aus der Tatsache, daß es bei der Diskussion um die „deutsche Frage“ häufig nicht wirklich um den Nachbarn geht, sondern vielmehr um den Status der eigenen Nation in Europa und der Welt. Womit wir bei der Funktion der Beschwörung der Angst vor Deutschland aus psychologischer Sicht wären.

²⁴⁸ Kolboom (Deutschland-Bilder), S. 56

²⁴⁹ Schütze (Neubeginn), S. 4

²⁵⁰ KOCH, URSULA E., „Michel und Marianne nach dem Fall der Berliner Mauer: Wechselseitige Wahrnehmung in den Medien“, in: *Frankreich Jahrbuch 1995*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1996, S. 84

²⁵¹ Ebda.

²⁵² Kolboom (Deutschland-Bilder), S. 11

2.2.3.2. Psychologische Aspekte: Die therapeutische Wirkung des „Angstgeschreis“ und der Zusammenhang Selbstbild – Fremdbild

Le fait d'avoir „vécu“ ces peurs dans un débat public agité a finalement permis aux Français de vivre mieux avec l'unité allemande (...) On oserait dire que les voix alarmistes, comme les pleureuses, ont eu au moins une fonction „thérapeutique“: faire un certain „travail de peur“ à la place des autres.²⁵³

So ist es nur natürlich, daß in Zeiten nationaler Umbrüche und tiefgreifender Veränderungen historische Tiefenschichten wieder hervorbrechen, eine unterbewußte Schicht der *mémoire collective* muß entsprechend der veränderten Situation erneut verarbeitet werden. Und dies ist durchaus positiv zu bewerten:

In dieser neuen Phase deutsch-französischer institutionalisierter Zusammenarbeit auf allen Ebenen, europäischer Nachbarschaft und programmatischer Freundschaft hat gerade das periodisch heillose Aufbäumen alter Ängste auf französischer Seite häufig auch die therapeutische Wirkung einer „Reinigung“, wie ein Gewitter eine geläuterte Luft hinterläßt.²⁵⁴

Das intensive Ausleben rational begründeter und auch irrationaler Ängste ist in Analogie zur Debatte über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu sehen. Damals erlaubte erst die heftige Debatte über die deutsche Wiederbewaffnung, die schließlich zum Scheitern der EVG in der *Assemblée nationale* beitrug, diese Wiederbewaffnung im Rahmen der NATO zu akzeptieren²⁵⁵, wobei das Scheitern der EVG auch der europäischen Integration neue Impulse gab: Erst die Desillusionierung machte einen Aufbruch zu neuen Ufern – in Form der Römischen Verträge – möglich. Mit der deutschen Einheit verhält es sich ähnlich. Das Ausleben der Ängste in bezug auf eine deutsche Wiedervereinigung in einer bewegten öffentlichen Debatte ermöglicht die Emanzipation von eben diesen Ängsten.²⁵⁶

Ein zweiter Aspekt ist der, daß es bei der Angst um Deutschland nicht wirklich um den Nachbarn, sondern um die eigene, die französische Identität geht. Minderwertigkeitskomplexe werden durch sogenannte „Überwertigkeitskomplexe“ kompensiert:

²⁵³ Kolboom (unité), S. 41

²⁵⁴ KOLBOOM, INGO, „Von der heillosen zur heilsamen Verstrickung. Deutsche und Franzosen in der gegenseitigen Wahrnehmung“, in: *Deutschlandbilder in Dänemark und England, in Frankreich und den Niederlanden*, hg. von Hans Süssmuth, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1990, S. 296 f.

²⁵⁵ Kolboom (Deutschland-Bilder), S. 61

²⁵⁶ Ebda.

nicht ich bin minderwertig, sondern der andere ist übermächtig.²⁵⁷ Fremdbild und Selbstbild stehen so also in einer Beziehung der Interdependenz zueinander.²⁵⁸ Die Furcht vor einer deutschen „Hegemonie“ in Europa, sei es in demographischer, ökonomischer, monetärer oder militärischer Hinsicht, ist aufs Engste verknüpft mit der französischen Selbsteinschätzung.²⁵⁹

Und so ist das Leiden an Deutschland zugleich ein genußvolles Spiel mit den eigenen Komplexen: „Le fait de souffrir avec un certain plaisir de l'Allemagne est en même temps un jeu libidineux avec ses propres complexes.“²⁶⁰ Häufig sind die Weltmacht-Ambitionen und der nationale Ehrgeiz des jeweiligen – französischen – Beobachters proportional zu Ängsten und negativen Erwartungen, die auf Deutschland projiziert werden²⁶¹. Die Frage, die die Franzosen bewegt, ist: „Quel rôle la France devait-elle jouer dans la nouvelle Europe? La France comptait-elle encore?“²⁶²

Übrigens ist die Überhöhung des deutschen Nachbarn – z.B. seiner Wirtschaft, Technik oder Ausbildung – seit dem Zweiten Deutschen Kaiserreich ein beliebtes Verfahren in Frankreich und ist häufig nicht gegen Deutschland gerichtet, sondern soll vielmehr dazu dienen, die französische Öffentlichkeit oder auch die politische oder wirtschaftliche Führung aufzurütteln – um so vor französischen „Verspätungen“ oder Unterlegenheiten zu schützen...²⁶³

2.2.4. Mitterrands Haltung zur deutschen Wiedervereinigung: „Je n'ai pas peur de la réunification“²⁶⁴

Mitterrands Haltung zur Wiedervereinigung bedarf eines eigenen Unterkapitels. Er hat so hartnäckig wiederholt, er habe keine Angst vor der Wiedervereinigung, so oft gesagt, das Recht der Deutschen auf Wiedervereinigung sei legitim und auf das Selbst-

²⁵⁷ Kolboom (Deutschland-Bilder), S. 52

²⁵⁸ Kolboom (Deutschland-Bilder), S. 10 f.

²⁵⁹ Kramer, S. 959; Frisch (Bilanz), S. 13; MOÏSI, DOMINIQUE, „The French Answer to the German Question“, in: *European Affairs*, 1 (1990), S. 30 f.

²⁶⁰ Kolboom (unité), S. 37

²⁶¹ BOCK, HANS MANFRED, „Frankreich 1991/92: Europäische Herausforderung und nationale Ungewißheiten“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1992*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1992, S. 14

²⁶² Kramer, S. 959

²⁶³ Kolboom (Deutschland-Bilder), S. 15

²⁶⁴ Äußerung von Staatspräsident Mitterrand auf der gemeinsamen Pressekonferenz am 3. November 1989 anlässlich des 54. deutsch-französischen Gipfels in Bonn. Hier zitiert aus DOKUMENTE, „Keine Furcht vor der Wiedervereinigung“. Was sagte Staatspräsident Mitterrand zur deutschen Frage?, in: *Dokumente*, 6 (1989), S. 518

bestimmungsrecht der Völker verwiesen²⁶⁵ – und sich so wenig gemäß diesen Prinzipien verhalten – daß es sinnvoll erscheint, eine genauere Untersuchung vorzunehmen. Im folgenden habe ich exemplarisch Teile der Aussagen Mitterrands auf der gemeinsamen Pressekonferenz am 3. November 1989 anlässlich des 54. deutsch-französischen Gipfels in Bonn analysiert. Zunächst der Wortlaut²⁶⁶:

Frage: Herr Präsident, (...) Gehören Sie zu jenen Politikern, die Angst vor einem wiedervereinigten Deutschland haben?

Mitterrand: Nicht nur die Politiker sprechen darüber, auch die Zeitungen. Insbesondere in Deutschland passiert das, und das ist normal. Es handelt sich um ein Phänomen, das wirklich das Ende des Jahrhunderts dominiert, und ich messe diesem deutschen Problem eine sehr große Bedeutung bei. Die Wiedervereinigung aber *darf sich nicht auf der Grundlage von Befürchtungen oder Zustimmung abspielen* – was vor allem zählt, ist die Entschlossenheit, der Wille des Volkes. Wenn der Ablauf der Ereignisse so sein wird, wie ich es jetzt oder später nicht voraussagen kann, so daß die Deutschen ein einziges Volk in einem einzigen Staat darstellen werden – ich äußere mich darüber gar nicht im einzelnen –, so muß das auf dem Willen des deutschen Volkes beruhen. Niemand anderes kann diesem Willen Ausdruck verleihen.

Das darf die Sache des Friedens nicht in Frage stellen. Es muß eine friedliche, eine demokratische Entwicklung sein. Ich habe ja von der Entschlossenheit des Volkes selbst gesprochen. Das geht natürlich auch die anderen Länder an, insbesondere die anderen europäischen Länder. (...)

Zu ihrer Frage: Ich habe keine Angst vor der Wiedervereinigung. *Diese Art Frage stelle ich mir nicht*. Die Geschichte ist da; man muß sie nehmen wie sie ist.

Höchst spannend zu beobachten sind diese Ausweichmanöver Mitterrands – und, wie ich finde, sie haben in rhetorischer Hinsicht einigen Respekt verdient. Dem Staatspräsidenten gelingt es tatsächlich (wie es Politikern so häufig eigen ist) auf die Frage des Journalisten zu antworten, ohne sie tatsächlich zu beantworten.

Zunächst lenkt er die Aufmerksamkeit von sich ab, indem er erst von anderen Politikern, dann von den Zeitungen spricht. Darauf folgt eine kategorische Aussage; die Wiedervereinigung *dürfe* sich nicht auf der Grundlage von Befürchtungen und Zustimmung abspielen. Dieser Satz impliziert, *daß* Befürchtungen vorhanden sein müssen; wie es bei Mitterrand selbst darum bestellt ist, wissen wir nicht. Nur die Politiker und Zeitungen, bei denen es der Fall ist, sind uns noch im Gedächtnis. Nun folgt ein ausgesprochen kluger Schachzug des Präsidenten; er sagt, die Wiedervereinigung ginge

²⁶⁵ Lehmann, S. 431

²⁶⁶ Wesentlicher Wortlaut der Aussagen Mitterrands (Auszüge) auf der gemeinsamen Pressekonferenz am 3. November 1989 anlässlich des 54. deutsch-französischen Gipfels in Bonn. Hier zitiert aus DOKUMENTE, „Keine Furcht vor der Wiedervereinigung“. Was sagte

im Grunde nur die Deutschen etwas an, nur sie könnten über eine eventuelle Wiedervereinigung entscheiden, ihr Wille zähle. Tenor Mitterrands: Ich mische mich nicht ein in Dinge, die mich nichts angehen. Das große „Aber“ folgt indes auf dem Fuße: der Frieden dürfe nicht in Frage gestellt werden. „Es muß eine friedliche und demokratische Entwicklung sein.“ Und nun nimmt Mitterrand seine vorherige Aussage, die Wiedervereinigung sei prinzipiell Sache der Deutschen, zurück: „Das geht natürlich auch die anderen Länder an, insbesondere die anderen europäischen Länder.“ Er erinnert an die in den Abkommen nach dem Zweiten Weltkrieg festgelegten Garantien und Absprachen (als Deutscher ist man geneigt, sich zu fragen, „wofür hält der uns eigentlich?“), um dann wieder einen Haken zu schlagen: „Aber was zählt ist das, was die Deutschen wollen – was sie wollen und was sie können.“ Oder sind das nicht eher zwei Haken, die Mitterrand hier schlägt? Nummer eins: ich habe zwar Bedingungen gestellt, aber im Grunde geht es hier nur um den Willen der Deutschen. Haken Nummer zwei: Falsch. Es geht hier nicht nur um den *Willen* der Deutschen, es geht auch um das, wozu sie in der Lage sind. Und an dieser Stelle sind den Interpretationen wieder einmal keine Grenzen gesetzt: sind es die Deutschen selbst, die einschätzen, ob sie die Wiedervereinigung bewältigen wollen und können? Oder geht es vielmehr darum, daß die Nachbarn der Deutschen beurteilen, ob ein wiedervereinigtes Deutschland die Fähigkeit besitzt, in Frieden mit seinen Nachbarn zu leben? Hier sei den Gedanken des Lesers freier Lauf gelassen.

Ganz am Ende seiner – wie man feststellen kann – sehr ausführlichen Antwort auf die Frage nach der Angst, findet sich doch so etwas wie eine konkrete Antwort auf die Frage des Journalisten – wenngleich man auch hier vor Hintergedanken nicht gefeit ist. Er habe keine Angst vor der Wiedervereinigung, sagt Mitterrand: „Je n’ai pas peur de la réunification.“ Eigentlich eindeutig, diese Aussage. Schon durch den folgenden Satz wird sie jedoch disqualifiziert: „Diese Art Frage stelle ich mir nicht.“ Wobei das auf etwas ganz anderes hinausläuft: Mitterrand sagt, er habe keine Angst, weil diese Angst *nicht sein darf*. Er will nicht wissen, ob er Angst hat, er stellt sich „diese Art Frage“ nicht – aber wenn er sich nicht fragt, ob er Angst hat, weil die Antwort inakzeptabel sein könnte, dann ist auch seine vorherige Äußerung, er habe keine Angst, wenn schon keine Lüge, so aber doch zumindest hinfällig. Und wenn wir davon ausgehen, daß Mitterrands Aussage „Je n’ai pas peur de la réunification“ nicht für bare Münze genommen werden kann, statt dessen aber seine Taten sprechen lassen, dann wird klar: Mitterrand *hat* Angst vor der Wiedervereinigung bzw. vor einem (über-)mächtigen wiedervereinigten Deutschland, und

seine Aktionen²⁶⁷ lassen keinen anderen Schluß zu als denjenigen, daß er mit allen Mitteln versucht, zuerst die Wiedervereinigung zu verhindern und, als das nicht gelingt, die deutsche Einigung an die europäische anzukoppeln, um so „la grosse Allemagne“ wenigstens einzubinden und somit den Effekt der Wiedervereinigung abzuschwächen.

Zugunsten des Präsidenten muß man indes eines bedenken: Er antwortet nicht als Privatperson, sondern als Staatsmann, und seine Antwort wird Signalwirkung haben, dessen ist er sich bewußt. Im übrigen steht Helmut Kohl neben Mitterrand und sagt zu den Journalisten, sie sollten gut zuhören, da die Antwort des Präsidenten wichtig sei.²⁶⁸ In *Le Monde* wird daraufhin das Szenario wie folgt beschrieben:

Tandis que M. Mitterrand, serein, expliquait pourquoi il n'avait pas peur, le chancelier écoutait donc, confiant certes, mais néanmoins extrêmement tendu, comme si l'épreuve imposée à son «ami François» était périlleuse pour lui-même.²⁶⁹

Und so hat Mitterrand wohl keine andere Wahl, als die Frage nach seiner Angst vor der Wiedervereinigung mit „Nein“ zu beantworten...

2.2.5. Die Beschleunigung der europäischen Integration

Daß starke Ängste in Frankreich bestehen angesichts der Umbrüche in Osteuropa und der sich abzeichnenden deutschen Wiedervereinigung (wenn auch nicht in allen Bevölkerungsschichten), haben wir festgestellt. Die politische Elite jedenfalls sieht die Entwicklung mit Sorge, und auch Mitterrand ist vor Ängsten nicht gefeit...

Hervorhebungen von mir.

²⁶⁷ Insbesondere seine plötzliche Reiseaktivität, die Mitte Dezember 1989 einsetzt und viele überrascht, sei hier erwähnt. Mitterrands Reisen führen ihn erst nach Kiew und dann in die DDR. Rouget (S. 54) spricht in diesem Zusammenhang von historischen Reflexen: „durch den Versuch, Interessengleichheit mit der Sowjetunion, alias Rußland, herzustellen (und) den Reflex, dem Streben der Deutschen nach Einheit, dem sich plötzlich reale Möglichkeiten eröffneten, die Richtung auf eine Konföderation zu geben, das Selbstbewußtsein der DDR zu stärken, ihre Kontinuität, wenn auch in neuer Form, möglich zu machen“, soll die Einheit Deutschlands verhindert werden.

²⁶⁸ TRÉAN, CLAIRE; LUC ROSENZWEIG, „«Ecoutez bien la réponse du président, elle est très importante»“, in: *Le Monde*, 05.11.1989

²⁶⁹ Ebda.

Der allgemeine Konsens²⁷⁰ lautet: Das wiedervereinigte Deutschland muß eingebunden werden, und dies möglichst mithilfe der europäischen Integration.²⁷¹ Wie vollzieht sich nun die Beschleunigung des Integrationszuges; wie verläuft der Weg zum Vertrag über die Gründung der Europäischen Union, der Anfang 1992 in Maastricht unterzeichnet wird?

Eines muß vorab gesagt werden: Das Projekt einer Wirtschafts- und Währungsunion existiert bereits seit 1988. Im Oktober und November 1989, also in dem Zeitraum, als sich die Lage in Mittel- und Osteuropa zuspitzt, ist man nun in Brüssel vornehmlich mit der Erarbeitung der Grundzüge und möglichen Eckpunkte der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beschäftigt. Die von Kanzler Kohl im Juni 1988 in Auftrag gegebenen Vorarbeiten²⁷² sind gerade durch eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Kommissionspräsidenten Delors und unter Teilnahme der Gouverneure der Zentralbanken abgeschlossen worden. Der nächste zu erwartende Schritt ist nun die Einberufung einer Regierungskonferenz und die Verabschiedung des inhaltlichen Auftrags dieser Konferenz. Mitterrands Ziel muß es sein, quasi als krönenden Abschluß der französischen Ratspräsidentschaft, beim Europäischen Rat die Zustimmung der übrigen EG-Mitgliedstaaten – und insbesondere der Deutschen – zur Einberufung einer Konferenz zu erhalten, die erstens die Verwirklichung der WWU zum Thema haben und zweitens auf einen konkreten Termin festgelegt werden soll.²⁷³ Allerdings existieren zu diesem Zeitpunkt noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedstaaten in inhaltlichen Fragen die WWU betreffend: die Mehrheit – und insbesondere Frankreich – steht dem Modell einer unabhängigen EZB äußerst ablehnend gegenüber.²⁷⁴

Der Fall der Mauer kommt dazwischen.

²⁷⁰ Es gibt auch Stimmen, die sich für einen Wechsel der Allianzen aussprechen, diese sind allerdings in der Minderheit. Siehe dazu 2.2.6.

²⁷¹ Kolboom (unité), S. 38; Cole, S. 360; Kolboom (Deutschland-Bilder), S. 46; Rouget, S. 84, 102, 107; Tréan (autruche); Yost, S. 695; Moreau Défarges (équilibre), S. 156

²⁷² Die Vorarbeiten sind von Helmut Kohl in Auftrag gegeben worden, nachdem der damalige Außenminister Genscher im Alleingang, d.h. ohne vorher Kohl oder den damaligen Finanzminister Stoltenberg zu konsultieren, ein fünfseitiges Memorandum veröffentlichte, das bereits die Grundzüge einer Wirtschafts- und Währungsunion enthielt. Nach anfänglicher – auch innenpolitisch bedingter – Skepsis des Bundeskanzlers gelang es dem Außenminister, Kohl von seinen Plänen zu überzeugen. Vgl. dazu WIRTGEN, KLAUS, „Weg ohne Wiederkehr“, in: *Der Spiegel*, 02.03.1998

²⁷³ BITTERLICH, JOACHIM, „In memoriam Werner Rouget: Frankreichs (und Europas) Weg nach Maastricht im Jahr der Deutschen Einheit“, in: Rouget, Werner, *Schwierige Nachbarschaft am Rhein: Frankreich-Deutschland*, hg. von Joachim Bitterlich und Ernst Weisenfeld, Bonn: Bouvier 1998, S. 112 f., vgl. auch BREMER, HANS-HAGEN, „Deutsche Einheit: Frankreichs plötzliche Eile“, in: *Frankfurter Rundschau*, 22.03.1990

²⁷⁴ Bitterlich, S. 112 f.

In Frankreich verfolgt man zunächst eine Doppelstrategie. Zum einen wird immer wieder das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung betont: schon im Juli 1989, vier Monate vor dem Fall der Mauer, hat Mitterrand geäußert, der Wunsch der Deutschen nach Wiedervereinigung sei legitim.²⁷⁵ Zum anderen geht in Frankreich im Grunde zunächst niemand davon aus, daß es wirklich zu einer Wiedervereinigung kommen könnte, was auf französischer Seite auch offen gesagt wird. Mitte November äußert sich Außenminister Dumas vor der *Assemblée nationale*: Die Wiedervereinigung sei „de la politique fiction“ und „pas d'actualité“.²⁷⁶ Die französische Sicht der Dinge beruht auf zwei Fehleinschätzungen: erstens unterschätzt man den Wunsch der Deutschen nach einer Wiedervereinigung und überschätzt die Überlebensfähigkeit der DDR, und zweitens bleibt der erwartete vehemente Widerstand gegen die Wiedervereinigung seitens der Sowjetunion bzw. Gorbatschows aus.²⁷⁷ Noch glaubt man in Paris an einen Zeitplan, der die europäische Vereinigung vor die deutsche stellt; letztere könnte dann von Europa aufgefangen werden.²⁷⁸

Die Politik Frankreichs zu diesem Zeitpunkt kann man als Vogel-Strauß-Politik bezeichnen – man äußert sich zur deutschen Frage nur, wenn es nicht vermeidbar ist. Und beim informellen Abendessen der EU-Staats- und Regierungschefs, das am 18. November im Elysée-Palast stattfindet, steht die deutsche Frage dementsprechend „nicht auf der Tagesordnung“²⁷⁹, wie Mitterrand auf der abschließenden Pressekonferenz verlauten läßt. Dennoch ist die deutsche Frage „dans tous les esprits“²⁸⁰, aber, so schreibt Daniel Vernet: „il en allait de l'unité de l'Allemagne comme de l'affaire Dreyfus dans les bonnes familles françaises du début du siècle, on n'en parlait jamais, mais on y pensait toujours.“²⁸¹ Die zentrale Frage lautet: Wird Deutschland weiterhin auf EU-Kurs bleiben? Kohl bekommt bei jenem Abendessen im Elysée-Palast die Ablehnung seiner Kollegen zu spüren; diese ist so stark, daß Genscher später berichtet, Kohl habe „Tränen in den Augen gehabt“.²⁸² Erst jetzt wird ihm bewußt, daß die ständigen Beteuerungen insbesondere Frankreichs, die Deutschen hätten das Recht auf Selbstbestimmung und der Wunsch nach einer Wiedervereinigung sei legitim, wenig wert sind. Vielleicht handelt

²⁷⁵ vgl. dazu auch die Zeittafel am Ende der Arbeit.

²⁷⁶ Tréan (ordre), S. 82

²⁷⁷ Vernet (renaissance), S. 194 f.

²⁷⁸ Vernet (renaissance), S. 190

²⁷⁹ Bitterlich, S. 114

²⁸⁰ Vernet (renaissance), S. 191

²⁸¹ Vernet (renaissance), S. 191

²⁸² Wirtgen

es sich nicht um bloße Lippenbekenntnisse, aber – durch die Realität auf die Probe gestellt – erweisen sie sich zunächst als wenig stabil.²⁸³

Offene deutsch-französische Auseinandersetzungen gibt es indes noch nicht; dies ändert sich Ende November mit zwei Initiativen Helmut Kohls, und zwar mit seinem Schreiben vom 27. November an François Mitterrand bezüglich einer Politischen Union sowie der Verkündung des Zehn-Punkte-Plans vor dem Deutschen Bundestag einen Tag darauf. Der Zehn-Punkte-Plan schlägt in Frankreich ein wie eine Bombe; Kohl hat im Vorfeld niemanden davon unterrichtet – auch nicht beim informellen Treffen der EG–Staats- und Regierungschefs 10 Tage zuvor. Die Empörung richtet sich nicht in erster Linie gegen den Inhalt des Plans, sondern vielmehr gegen Kohls Alleingang, denn dieser verstößt gegen „das stillschweigende Einverständnis, daß im deutsch-französischen Verhältnis Paris die politische und Bonn die wirtschaftliche Führung übernimmt.“²⁸⁴ Der Plan enthält im Grunde nichts, was von den gemeinsamen europäischen Positionen abweicht; teilweise werden wortwörtlich Aussagen Mitterrands über eine eventuelle Wiedervereinigung übernommen. Allerdings fehlt der sogenannte „elfte Punkt“, d.h. die erneute und ausdrückliche Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, also der polnischen Westgrenze. Eine solche verbindliche Anerkennung war schon seit de Gaulle immer wieder gefordert worden.²⁸⁵ Bis zur abschließenden Erklärung des Deutschen Bundestages vom 22. Juni 1990, in der die Westgrenze Polens endgültig anerkannt wird, wird das Gerangel um die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze für ernste Verstimmungen zwischen beiden Ländern sorgen...

Auch das Schreiben des Bundeskanzlers an Mitterrand wird von letzterem nicht positiv aufgenommen. Darin äußert Kohl den Wunsch, die Währungsunion mit einer Politischen Union zu verkoppeln: er glaubt, daß die Stärkung der europäischen Institutionen sowie ihre demokratische Verankerung diskutiert werden sollte. Kohl geht es damit vor allem um die Erweiterung der Entscheidungsbefugnisse des Europäischen Parlaments. In französischen Regierungskreisen wird das Projekt als Forderung gesehen – und diese wiederum als Abwendung Bonns von zügiger europäischer Einigung gedeutet²⁸⁶, wohl auch, da Kohl die für 1992 geplante Regierungskonferenz über die WWU auf einen Termin kurz vor den Europawahlen 1994 verschieben möchte.²⁸⁷ Mitterrand reagiert ablehnend. Am 1. Dezember, eine Woche vor dem Europäischen Rat in Straßburg, teilt er

²⁸³ Ebda.

²⁸⁴ Höhne, S. 110

²⁸⁵ Picht (Beziehungen), S. 53

²⁸⁶ Ebda.

²⁸⁷ Lehmann, S. 442

dem Bundeskanzler in einem Antwortschreiben mit, er sei bereit, auch über eine Reform der Institutionen zu sprechen, allerdings erst *nach* der Regierungskonferenz über die WWU.²⁸⁸ Denn die französische Position bezüglich der Priorität Währungsunion bzw. Politische Union sind bereits seit Ende der vierziger Jahre definiert - und auch 40 Jahre später unverändert. „L'Europe se fera par la monnaie, ou elle ne sera pas.“²⁸⁹ Dieser Ausspruch von Jacques Rueff, dem Vater der französischen Währungsreform von 1958, stammt aus dem Jahre 1949 und wurde zum Credo aller französischen Regierungen.

La conviction des Allemands est tout aussi enracinée que celle des Français, mais l'ordre est inverse: «Sans union politique, il ne peut y avoir d'union monétaire.» L'existence d'une «monnaie unique» et d'une Banque centrale européenne ne peuvent être que le «couronnement» d'un long processus de rapprochement à la fois politique et économique. La monnaie n'est pas préalable.²⁹⁰

Es gibt also deutlich unterschiedliche Prioritäten in Deutschland und Frankreich, was den jeweiligen Stellenwert der Politischen und der Währungsunion betrifft.²⁹¹

Mitterrands Ziel für den Rat, der am 08./09. Dezember 1990 in Straßburg stattfindet, lautet nun, angesichts der empfundenen Unberechenbarkeit der deutschen Politik sowie der Verzögerungstaktik des Bundeskanzlers, „tenter d'arracher à Helmut Kohl un engagement ferme et définitif en faveur de l'Union économique et monétaire.“²⁹² Dies läßt sich auch an seinen Äußerungen im Vorfeld der Konferenz ablesen. „Ne relâchez pas la pression“, schärft der Präsident seinen Mitarbeitern ein. Und: „Je ne suis pas sûr que les Allemands veulent de l'Union monétaire. Soyons, nous, irréprochables!“²⁹³

Die Stimmung des Straßburger Gipfels ist frostig (wohl auch aufgrund der allgemeinen Verärgerung über Kohls Zehn-Punkte-Plan), die Haltung mancher Partner sehr distanziert und die Verhandlungsführung durch den französischen Vorsitz vorsichtig.²⁹⁴ Das Projekt einer Wirtschafts- und Währungsunion wird von deutscher Seite tatsächlich sehr

²⁸⁸ Bitterlich, S. 115

²⁸⁹ *Le Nouvel Observateur* vom 27.07.1989, hier zitiert in: Gauron, S. 145

²⁹⁰ Gauron, S. 146

²⁹¹ Vgl. dazu auch MORIZET, JACQUES, „Le problème allemand vu de France“, in: *Défense nationale*, 2 (1990), S. 22; Gauron, S. 145; LE MONDE, „Les archives de la réunification allemande“, in: *Le Monde*, 30.06.1998

²⁹² Vernet (renaissance), S. 195; zur Zielsetzung Mitterrands für den Straßburger Gipfel vgl. auch: VÉDRINE, HUBERT, *Les mondes de François Mitterrand. A l'Elysée (1981-1995)*, Paris: Arthème Fayard 1996, S. 431; Tréan (ordre), S. 83

²⁹³ Védrine, S. 458

²⁹⁴ Bitterlich, S. 117

zurückhaltender behandelt.²⁹⁵ Dabei spielen auch innenpolitische Erwägungen eine Rolle. Kohl fürchtet, bei möglichen gesamtdeutschen Wahlen Ende 1990 oder Anfang 1991 vom Wähler abgemahnt zu werden: Erst wird die D-Mark auch der DDR zugesprochen, und dann wird das Symbol deutscher Sparsamkeit und Wirtschaftskraft „auf dem europäischen Altar geopfert“.²⁹⁶

Die Debatten sind hart.²⁹⁷ Frankreich kann jedoch seine Positionen durchsetzen; es wird beschlossen, noch vor „Ende 1990“ eine Regierungskonferenz zur WWU einzuberufen. „Die Franzosen waren hinter der Währungsunion her wie der Teufel hinter der armen Seele“, erinnert sich ein ehemaliger Spitzenbeamter des Bundesfinanzministeriums.²⁹⁸ Da die Fronten verhärtet sind, bricht Mitterrand mit einer alten Tradition: er akzeptiert, wenn auch widerwillig, die Unabhängigkeit der künftigen Europäischen Zentralbank.²⁹⁹

Vor allem findet aber der sagemumwobene Kuhhandel statt. Wenngleich wir nicht wissen, wie er sich genau vollzieht hinter verschlossenen Türen³⁰⁰, ist eines unbestritten:

The fact is that, at Strasbourg on 10 December 1989, Kohl yielded to Mitterrand on European integration and Mitterrand yielded to Kohl on German unity.³⁰¹

Wo übrigens liegen die Motive der Deutschen, sich auf das „Kontrolle-durch-Einbindung“-Konzept überhaupt einzulassen? Nun, diese sind immer noch in gewisser Weise dieselben wie in den fünfziger Jahren. Kohl ist sich nämlich durchaus der Tatsache bewußt, daß er demonstrativ europäisches Engagement zeigen muß, will er es sich nicht verderben mit dem französischen Nachbarn. Und das kann er sich nicht leisten, insbesondere was die Wiedervereinigung betrifft. Diese gegen den Willen Frankreichs durchzusetzen ist nämlich so gut wie unmöglich... Und so ist Helmut Kohl, der schon früher gesagt hat, die deutsche und die europäische Einigung seien zwei Seiten einer

²⁹⁵ Picht (Beziehungen), S. 57

²⁹⁶ Wirtgen

²⁹⁷ Ebda.

²⁹⁸ HANKE, THOMAS; WOLFGANG PROISSL, „Die Dolchstoßlegende“, in: *Die Zeit*, 07.05.1998

²⁹⁹ Ebda.

³⁰⁰ In den zahlreichen Berichten über besagten Gipfel wird zwar zum Großteil die Schlußfolgerung gezogen, es habe ein Tauschgeschäft stattgefunden, allerdings findet sich an der Stelle, wo konkrete Beweise erbracht werden sollten, ein erstaunliches Vakuum... Es wird wenig gesagt mit vielen Worten. Auch Bitterlich und Védrine, die jeweiligen Vertrauten Mitterrands und Kohls, halten sich überaus bedeckt. So ist die Phantasie des Lesers gefragt.

³⁰¹ HOWORTH, JOHN, „France Since the Berlin Wall: Defence and Diplomacy“, in: *The World Today*, 7 (1990), S. 29; vgl. dazu auch Guérin-Sendelbach, S. 296

Medaille³⁰², mit dem Projekt Mitterrands, den europäischen Einigungsprozeß zu beschleunigen, einverstanden.³⁰³

Sein Projekt einer Politischen Union muß Kohl hingegen zunächst zurückstellen. Alles, was er zu diesem Thema vorgetragen hat, wird im Sitzungsprotokoll unterschlagen: Die Schlußfolgerungen des Rates enthalten keinerlei Hinweise auf Kohls Vortrag.³⁰⁴ Allerdings nimmt sich Jacques Delors, Präsident der Europäischen Kommission, des Kohlschen Projekts an. Im Januar bekundet er vor dem Europaparlament – und wenig später im französischen Fernsehen – seine Absicht, noch in diesem Jahrhundert das Vorhaben einer „europäischen Föderation“ zu verwirklichen. Zusätzlich zur angestrebten Konferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion solle es eine zweite Konferenz über die Schaffung einer politischen Union geben.³⁰⁵

Im März findet ein Kurswechsel Mitterrands statt. Dieser ist zum Teil auf Delors' Initiative zurückzuführen. Vor allem aber zeichnet sich die Unabwendbarkeit der deutschen Wiedervereinigung ab. Die grundsätzliche Zustimmung Gorbatschows zur Einheit Deutschlands im Februar 1990 hat die Hoffnung zerstört, die Sowjetunion werde die Wiedervereinigung schon verhindern.³⁰⁶ Und bei den ersten freien Wahlen in der DDR seit 40 Jahren, die am 18. März stattfinden, erringen die Befürworter einer raschen deutschen Vereinigung einen überwältigenden Wahlsieg. Die Botschaft, die auch in Frankreich vernommen wird, ist eindeutig. Die Ostdeutschen wollen zur Bundesrepublik gehören, und ihr Vertrauen, dieses Projekt zu Ende zu bringen, genießt Helmut Kohl. So paßt sich Mitterrand den Umständen an und konzentriert sich, mangels Alternative, auf das Projekt Europa.³⁰⁷

Puisqu'on ne peut ni l'empêcher, ni même la freiner, il faut revenir à la politique traditionnelle consistant à «entourer» l'Allemagne, la «fondre» dans un ensemble plus vaste où des contraintes communautaires lui éviteront la tentation de voler de ses propres ailes. Une semaine après le scrutin est-allemand, François Mitterrand demande une accélération de la construction européenne; il faut que l'Allemagne s'engage «d'une façon précise dans la Communauté européenne, vers l'Union politique et vers l'Union économique et monétaire, sans perdre de temps, dit-il. Il ne faut pas que le problème allemand se substitue aux problèmes de la Communauté.»³⁰⁸

³⁰² Favier/Martin-Roland, S. 243

³⁰³ Zu den Motiven Deutschlands vgl. auch Gauron, S. 61 f.

³⁰⁴ Wirtgen

³⁰⁵ Favier/Martin-Roland, S. 244

³⁰⁶ Höhne, S. 111

³⁰⁷ Tréan (ordre), S. 83 f.; vgl. dazu auch Bitterlich, S. 119 f. Joachim Bitterlich vertritt allerdings die These, daß Mitterrand im März sein Vertrauen in Deutschland zurückgewinnt (da die Ostdeutschen mit überwältigender Mehrheit für die demokratischen Parteien stimmen) und aus diesem Grund die europäische Einigung verstärkt vorantreibt.

³⁰⁸ Vernet (renaissance), S. 198 f.

Nach anfänglicher Skepsis setzt sich nun auch Mitterrand für die Politische Union ein: ein wiedervereinigtes Deutschland, nun auch politisch stark weil vollkommen souverän, muß eingebunden werden...

Ab Mitte März kündigen beide Chefs, Mitterrand und Kohl, in allgemeiner Form die Initiative für eine Politische Union an, und am 18. April sprechen sie sich in einem gemeinsamen Schreiben an den amtierenden Vorsitzenden des Europäischen Rates, den irischen Ministerpräsidenten Haughey, dafür aus, die vorbereitenden Arbeiten für eine Regierungskonferenz über die Politische Union einzuleiten. Diese Regierungskonferenz solle parallel zu derjenigen über die geplante WWU stattfinden.

Die deutsch-französischen Vorschläge werden am 29. April 1990 beim Europäischen Rat in Dublin von den übrigen Mitgliedstaaten akzeptiert. Dieser Gipfel schafft auch Klarheit über die deutsche Vereinigung: Die Abschlusserklärung ist ein einmütiges Bekenntnis zur deutschen Einheit. Und im Juni herrscht zwischen den Mitgliedstaaten Einvernehmen, die beiden Regierungskonferenzen am 13./14. Dezember in Rom zu eröffnen.

Ein Jahr nach der Eröffnung im Dezember 1990 werden die beiden Regierungskonferenzen beim Europäischen Rat in Maastricht abgeschlossen. Der in Maastricht Ende 1991 verabschiedete und im Februar 1992 unterzeichnete Vertrag trägt allerdings vor allem den französischen Prioritäten Rechnung.

The final treaty locked the EC more firmly into economic integration (the objective of a single currency by 1999) than it made real concessions to the principle of political union. To this extent, it responded more accurately to French priorities than to German ones. (...) Indeed, Germany was forced to compromise more of her initial objectives at the summit than any other nation in order to secure an agreement.³⁰⁹

Insbesondere durch den strikten Zeitplan ist die Währungsunion stärker verankert im Vertrag als eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik; der Vertrag bleibt eher vage in bezug auf letztere. Bei der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (ZJIP) fehlt gar das Adjektiv „gemeinsam“!

Der Rückzieher der Franzosen bezüglich der Politischen Union ist darauf zurückzuführen, daß sich inzwischen die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands durch die

³⁰⁹ Cole, S. 373; zum Scheitern der ursprünglichen Vorstellungen Deutschlands bezüglich einer Politischen Union (Junktum zwischen Politischer Union und WWU) vgl. auch NICOLAS, FRANÇOISE; HANS STARK, *L'Allemagne. Une nouvelle hégémonie?*, Paris: Dunod-IFRI 1992, S. 91

Wiedervereinigung abzeichnen. Die „hégémonie économique“³¹⁰ wird folglich nicht mehr lange Bestand haben, so glaubt man. Und so zeigt man sich in Frankreich weniger bereit, die politische Integration zu beschleunigen, nun da der wichtigste Beweggrund, nämlich die Einbindung eines übermächtigen Deutschlands, hinfällig ist.³¹¹

Aussi, la France a réussi à approfondir la Communauté dans les seuls domaines où l'Allemagne disposait des avantages comparatifs, en ancrant le mark sans toucher à la bombe qui, elle, échappe totalement aux transferts de souveraineté décidés par les Douze.³¹²

2.2.6. Weshalb Europa?

Im Rückblick ist die Frage interessant: Weshalb entscheidet sich Frankreich für die Option Europa, um den vermeintlichen von einem wiedervereinigten Deutschland ausgehenden Gefahren entgegenzuwirken? Was ist die Alternative?

Im Jahre 1989/90 scheinen zwei Reaktionen der französischen Politik auf die bevorstehende deutsche Wiedervereinigung denkbar. Zum einen eine Neuauflage der traditionellen balance-of-power-Politik³¹³; zum anderen die Beschleunigung des Integrationszugs und somit die Kontrolle Deutschlands durch Einbindung – ebenfalls eine bewährte Linie, die seit den fünfziger Jahren ihre Funktion gut erfüllt hat.

Die klassische Politik der Allianzen bietet mehrere Möglichkeiten³¹⁴. Zunächst wäre da eine Allianz mit Großbritannien. Diese würde erlauben, ein Gegengewicht zu Deutschland zu bilden. Wie schreibt Thierry de Montbrial: man sollte Deutschland nicht unterschätzen und sich organisieren: „Je pense qu'on peut créer un certain nombre de contrepoids et que ceci sera sain. Par exemple s'il y a des rapprochements dans certains domaines entre la France et la Grande-Bretagne, ils ne doivent pas être ressentis comme étant dirigés contre les Allemands. Je crois que cela fait partie du jeu normal et du jeu sain d'équilibrage intérieur.“³¹⁵

³¹⁰ Kramer, S. 963

³¹¹ Ebda.

³¹² Stark (entente), S. 997

³¹³ Kimmel, S. 41

³¹⁴ ASHOLT, WOLFGANG, „Frankreich, Deutschland und das Gleichgewichtsdenken. Rückblick auf einige Lehren der jüngsten Vergangenheit“, in: *Dokumente*, 3 (1992), S. 199

³¹⁵ MONTBRIAL, THIERRY DE, „La France et l'Allemagne dans l'Europe nouvelle“, in: *Deutschland und Frankreich im neuen Europa*, hg. von Ingo Kolboom, Bonn: Europa Union Verlag 1991, S. 133

Eine zweite Option ist die der Annäherung an Washington, verbunden mit der Rückkehr in die NATO. Damit würde sich Frankreich gegenüber einem verdächtig gewordenen Deutschland absichern und sich in der NATO bzw. bei den USA Rückendeckung verschaffen.³¹⁶

Eine dritte Möglichkeit wäre, das deutsch-französische Tandem durch die Verbindungen zum südlichen, mediterranen Europa zu ersetzen. Hier soll die europäische Südfront das Gleichgewicht zum übermächtigen Norden herstellen.³¹⁷

Le repli sur le Sud – l'union latine – constitue-t-elle une alternative plus crédible que l'alliance de revers à l'Est? C'est en tout cas l'idée à la mode dans les milieux intellectuels et politiques français. Doutant de l'Allemagne, on redécouvre l'Italie et on s'aperçoit enfin du „miracle espagnol“. Et de fait, l'idée a une certaine consistance sociologique, culturelle, économique et stratégique. La parenté linguistique est évidente. L'Espagne, comme la France, possède le précieux atout d'une „langue mondiale“ et conserve une tradition de puissance. (...) Et l'Espagne, c'est aujourd'hui la plus forte croissance économique de la Communauté.³¹⁸

Die größte Versuchung für Frankreich bei einem Wechsel der Allianzen stellt allerdings eine Annäherung an die Sowjetunion dar, eine „l'alliance de revers“³¹⁹. Ein solcher Wechsel macht jedoch keinen Sinn. Erstens ist die Sowjetunion nicht in der Lage zu einer solchen deutsch-französischen Allianz, und zweitens wäre die Rückkehr zu dieser traditionellen Politik wohl als im höchsten Maße reaktionär zu verstehen – insbesondere, da auch die Alternative „Europa“ offensteht, für die sich Frankreich immer stark gemacht hat.

Und so besinnt man sich in Frankreich doch auf die naheliegende Option „Europa“. Dort wiederum wählt man unter denjenigen Varianten, mit deren Hilfe Deutschland in einer wirkungsvollen und gleichzeitig auch für Frankreich akzeptablen Form eingebunden werden kann (der Außen-, der Sicherheits- und der Währungspolitik, also den drei am stärksten die Souveränität der Staaten berührenden Bereichen), die Währungsunion.³²⁰ Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Die Aufgabe von Souveränität im Bereich der Währung ist für Frankreich relativ schmerzlos, zumal man in der Währungsunion schon lange vor der deutschen Wiedervereinigung ein Instrument gesehen hat, sich dem Diktat

³¹⁶ Asholt, S. 199

³¹⁷ Frisch (Bilanz), S. 13; FRANÇOIS-PONCET, JEAN, „Dégager un consensus“, in: *Le Monde*, 06.10.1990

³¹⁸ VALANCE, GEORGES, *France-Allemagne. Le retour de Bismarck*, Paris: Flammarion 1990, S. 260 f.

³¹⁹ Valance (Bismarck), S. 256; siehe dazu auch: François-Poncet (consensus)

der Bundesbank zu entziehen.³²¹ Und eine Wirtschafts- und Währungsunion als straff integriertes System schiebt der Gefahr einen Riegel vor, die Europäische Gemeinschaft könne sich zu einer simplen Freihandelszone entwickeln, innerhalb derer eine wirtschaftliche Machtausdehnung Deutschlands nur schwer aufgefangen werden könnte.³²²

Die Angst vor Deutschland wird auf diese Weise zum Motor der europäischen Integration – glücklicherweise, so muß man sagen. Denn ein Wechsel der Allianzen hätte sich auf die deutsch-französischen Beziehungen in großem Maße negativ ausgewirkt.

Und es muß betont werden, daß auch Deutschland Vorteile erlangt durch den beschleunigten Integrationszug. So sollte man sich hüten, die Währungsunion als große Opfergabe an Frankreich zu interpretieren – selbst wenn bei besagtem Straßburger Gipfel ein Kuhhandel stattfindet und Frankreich mit der deutschen Zustimmung zur WWU gewissermaßen die Nagelprobe der europapolitischen Zuverlässigkeit des Nachbarn einfordert. Denn Deutschland hat an der Währungsunion ein ebenso großes Interesse wie Frankreich, wenn auch ein andersgeartetes.

Den Deutschen muß viel an der Schaffung einer europäischen Stabilitätszone gelegen sein, nicht nur, aber vor allem in wirtschaftspolitischer Hinsicht, und dies aus zwei Gründen. Zum einen weiß man, daß die eigene Stabilitätspolitik in Gefahr geriete, wenn sich der Nachbar in eine Inflationsspirale begeben würde.³²³ Zum anderen ist man sich durchaus der Tatsache bewußt, daß die bestehende geldpolitische Dominanz aus politischen Gründen auf lange Sicht nicht durchzuhalten ist³²⁴, denn die empfundene und tatsächliche Macht der Deutschen aufgrund der von ihnen betriebenen Stabilitäts- und Zinspolitik wird in Frankreich als unerträglich erlebt³²⁵ – was sich auf das deutsch-französische Klima niederschlagen muß. So ist die Initiative Frankreichs, die Wirtschafts- und Währungsunion voranzutreiben, um Deutschland einzubinden, durchaus positiv zu bewerten. Wenngleich es auf französischer Seite eine Art „Katerstimmung“ gibt: nachdem man sich vorschnell auf das Projekt einer gemeinsamen Währung und, aufgrund der verhärteten Fronten, auch auf eine unabhängige EZB eingelassen hat, ist das Referendum über den Vertrag von Maastricht eine wackelige Angelegenheit...

³²⁰ Rouget, S. 108

³²¹ Kimmel, S. 42

³²² Frisch (Bilanz), S. 11 f.

³²³ GUÉROT, ULRIKE, „Deutschland, Frankreich und die Währungsunion – über Diskussionen und Metadiskussionen“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1997*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1997, S. 227 f.

³²⁴ Ebda.

³²⁵ Rouget, S. 109

2.3. Das Referendum über den Vertrag von Maastricht

Seit dem ersten Weltkrieg gibt es zwei Verträge, die symbolisch für deutsch-französische Antagonismen stehen: der umstrittene Versailler Vertrag, von Deutschland als Racheakt empfunden, sowie das Abkommen von Rapallo, der Alptraum einer gegen Frankreich gerichteten deutsch-sowjetischen Allianz. Seit 1992 gehört auch die niederländische Stadt Maastricht fest zum politischen Vokabular der Deutschen und Franzosen, nicht so sehr als Ausdruck der Gegensätze, sondern vielmehr als Symbol des unausgegorenen inneren Verhältnisses beider Nationen, insbesondere Frankreichs, zu ihrem wohl bedeutsamsten europäischen Unterfangen, der Europäischen Union.³³⁰ In Frankreich sind der Vertrag von Maastricht und das von Präsident Mitterrand beschlossene Referendum über eben diesen Vertrag Ausgangspunkt einer mit größter Heftigkeit geführten Debatte, in ihrer Emotionalität nur mit der Kontroverse um die EVG im Jahre 1954 zu vergleichen. Es geht nicht zuletzt auch um französisches Selbstverständnis in einer vollkommen veränderten europäischen Ordnung, wobei französische Unsicherheiten wieder einmal durch den Vergleich mit anderen – konkret: mit dem als übermächtig empfundenen Nachbarn Deutschland – ausgetragen werden.

2.3.1. Chronologie – erster Teil

Am 2. Juni 1992 findet in Dänemark eine Volksabstimmung über den Vertrag zur Gründung der Europäischen Union statt, der am 02. Februar 1992 in Maastricht unterzeichnet worden ist. Mit 50,7% stimmen die Dänen knapp gegen den EU-Vertrag. Schon seit Unterzeichnung des Vertrags im Februar hat Mitterrand die Möglichkeit eines Referendums in Erwägung gezogen und diese immer wieder gegenüber engsten Vertrauten geäußert, sozusagen das Terrain sondiert.³³¹ Das 'Nein' der dänischen Bevölkerung – und wohl auch der Druck der Opposition – veranlaßt ihn, am 3. Juni, genau einen Tag nach dem dänischen Volksentscheid, den *Conseil des ministres* über seine Absicht zu unterrichten, er wolle ein Referendum durchführen lassen. Sein Vorhaben stößt auf große Überraschung und bei den meisten Ministern auf wenig Begeisterung. Die einzige Ausnahme ist Elisabeth Guigou, *ministre des Affaires*

³³⁰ MONAR, JÖRG, „Maastricht“, in: *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert*, hg. von Robert Picht, Vincent Hoffmann-Martinot, René Lasserre und Peter Theiner, München: Piper Verlag 1997, S. 315

³³¹ MONTVALON, DOMINIQUE DE, SYLVIE PIERRE-BROSSOLETTE, „Histoire secrète d'un référendum“, in: *L'Express*, 18.09.1992, S. 32

européennes.³³² Kommentar eines anderen Ministers: „Chapeau, l'artiste, mais quel risque il prend!“³³³ Als unnötig wird in Mitterrands *Entourage* das Risiko angesehen, das er durch die Volksbefragung eingeht, ist er doch durch nichts verpflichtet, den Vertrag von Maastricht einem Referendum zu unterwerfen. Auch im Ausland, u.a. von seinen Amtskollegen in Deutschland und Großbritannien, Helmut Kohl und John Major, wird Mitterrand für diesen als inkonsequent bezeichneten „coup de poker“³³⁴ scharf angegriffen.

Der Präsident läßt sich unter anderem durch innenpolitisches Kalkül leiten. Die rechten Parteien sollen durch die Debatte gespalten und geschwächt werden, auch im Hinblick auf eine zweite *cohabitation*³³⁵. Allerdings wäre es ungerecht, Mitterrand lediglich innenpolitisches Taktieren zu unterstellen. Es geht ihm auch um die Sache; das Unterfangen Europa soll demokratisch legitimiert werden.

Nun stellt sich für Mitterrand und seine Regierung die Frage: Soll man eine Pro-Maastricht-Kampagne führen, quasi in letzter Minute vor dem Referendum, und wenn ja, mit welchen Argumenten? Und ist es nicht gleichzeitig absurd, überhaupt die Möglichkeit ins Auge zu fassen, daß die breite Mehrheit der Franzosen etwa nicht für „Maastricht“ stimmen könnte? Bis Ende Juli geben die Umfrageergebnisse Mitterrand grünes Licht: eine Mehrheit von 55% würde dem Vertrag von Maastricht seine Stimme geben. Am 29. Juli beschließt Mitterrand, zusammen mit seinen Ministern und Beratern (Elisabeth Guigou, Jack Lang, Hubert Védrine, Roland Dumas und Béré), eine Pro-Maastricht-Kampagne zu starten. Jack Langs Konzept der Gründung eines Komitees setzt sich durch, in der Folge erweist sich die Kampagne jedoch als wenig erfolgreich und wird von Kritikern in der Luft zerrissen. Die Anstrengungen der Regierung, der Bevölkerung den Vertrag nahezubringen, können nur als äußerst ungeschickt bezeichnet werden. So werden beispielsweise Hunderttausende von Exemplaren des schwer verständlichen Vertragstextes schlicht und einfach an die Haushalte verteilt. Diese Methoden der Kampagne verstärken nur das Bild der französischen Bevölkerung eines aufgrund seiner Komplexität bürgerfernen und von mangelnder Transparenz gekennzeichneten Europas.³³⁶ Und auch vor Geschmacklosigkeiten schreckt die PS nicht zurück: sie startet eine Plakataktion. Auf den Plakaten ist ein Uniformierter mit Schnauzbärtchen zu sehen, im Stechschritt – wer sonst als Hitler könnte das sein? – und die Franzosen werden

³³² Védrine, S. 555

³³³ Montvalon/Pierre-Brossolette, S. 32

³³⁴ Védrine, S. 555

³³⁵ Montvalon/Pierre-Brossolette, S. 34

³³⁶ Monar, S. 317

aufgefordert, mit „Ja“ zu stimmen, um zu verhindern, daß erneut das geschehe, was diese Figur symbolisiert.³³⁷

Zwischen dem 3. Juni und dem 23. September werden knapp 70 Meinungsumfragen durchgeführt, die einen erschreckenden Stimmungsumschwung in der Bevölkerung widerspiegeln: sind im Juni noch 80% der Franzosen für den Vertrag von Maastricht, sinkt die Zahl der Befürworter Ende Juli auf 57%, und im August schließlich auf 51%. Der Tiefstand ist am Wochenende des 10./11. September, knapp zwei Wochen vor dem Referendum, erreicht: nur noch 50% der Franzosen wollen dem Vertrag ihre Zustimmung geben, 48% sind dagegen.³³⁸ Für Mitterrand, von seiner Krebskrankheit gezeichnet, entwickelt sich der Volksentscheid wider Erwarten zu einer echten Zitterpartie; das Referendum, das er sich als krönenden Abschluß seines europapolitischen Engagements vorgestellt hatte, wird zum „Vabanquespiel“³³⁹. Und das, obwohl noch am 13. Mai die *Assemblée nationale* mit einer komfortablen Mehrheit für den Vertrag von Maastricht gestimmt hat!

2.3.2. Die Maastricht-Debatte: Disput in allen Parteien

Ein Exkurs über die europapolitische Ausrichtung der großen französischen Parteien sei erlaubt. Wie oben erwähnt, spielt innenpolitische Taktik ebenfalls eine Rolle in Mitterrands Entscheidung, ein Referendum durchführen zu lassen. Sein Ziel ist es, im Hinblick auf eine eventuell bevorstehende *cohabitation* die Mitte-Rechts-Koalition der RPR und UDF zu spalten. Die Chance, daß ihm dies mit dem Thema Europa gelingen wird, stehen gut: Zwischen RPR und UDF herrscht nämlich in europapolitischen Fragen größerer Abstand als zwischen UDF und PS. Letztere sind dem föderalistischen Modell gegenüber aufgeschlossen, d.h. sie unterstützen die Dezentralisierung und die Stärkung der supranationalen Institutionen, also ein „supranationales Europa“.³⁴⁰ Die Gaullisten treten hingegen für ein „Europa der Vaterländer“, also für den „konföderalistischen Ansatz“³⁴¹, ein. Ihrer Meinung nach soll das Stadium der einfachen intergouvernementalen Kooperation nicht überschritten werden, um so die sakrosankte nationale Souveränität

³³⁷ WICKERT, ULRICH, „Hilfe - Europa wird deutsch! Was die Maastricht-Diskussion enthüllte“, in: *Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rundblick*, hg. von Ingo Kolboom und Ernst Weisenfeld, Bonn: Europa Union Verlag 1993, S.83

³³⁸ Koch, S. 86

³³⁹ Monar, S. 317

³⁴⁰ COLARD, DANIEL, „Föderalisten und Konföderalisten. Frankreichs Parteien vor den Fragen europäischer Politik“, in: *Dokumente*, 3 (1991), S. 186 f.

³⁴¹ Ebda.

nicht anzutasten.³⁴² Die Zusammenarbeit zwischen unabhängigen Nationen soll auf freiwilliger Basis und ohne supranationale Zwänge erfolgen. Eine immer engere wirtschaftliche und außenpolitische Zusammenarbeit soll gemeinsame Interessen unterstützen, ohne die beteiligten Nationalstaaten ihrer Privilegien und eigenständigen Handlungsmöglichkeiten zu berauben. Es liegt in der Natur der Sache, daß den supranationalen Institutionen wie zum Beispiel dem EP oder der Kommission gemäß diesem Konzept nur eine äußerst begrenzte Rolle zukommen soll.³⁴³ Die Position der RPR ist leicht nachzuvollziehen, wenn man sich bewußt macht, daß die Partei Hüter des de-Gaulleschen Erbes ist – und somit Verfechter des Prinzips der nationalen Souveränität und der Unabdingbarkeit eines autonomen französischen Verteidigungssystems.³⁴⁴ Sowohl PS als auch UDF sind also eher Maximalisten, die Mitglieder der RPR jedoch eher Minimalisten in bezug auf Europa. Allerdings handelt es sich hier nur um Tendenzen; in den drei Parteien sind beide Ansätze vertreten.³⁴⁵

Und die Diskussion um den Vertrag von Maastricht verläuft dann auch quer durch alle Parteien; in jeder der großen Volksparteien finden sich Anhänger und Befürworter des Vertragswerks.³⁴⁶ Die Zustimmung ist jedoch entsprechend den oben beschriebenen parteipolitischen Tendenzen am stärksten in der Sozialistischen Partei und in der UDF. In der RPR, bei den Gaullisten, findet sich die größte Ablehnung.³⁴⁷ Die einzige Ausnahme bilden die extrem linken und rechten Parteien, d.h. die Kommunisten (mit Georges Marchais) und die äußersten Rechten des *Front National* (mit Jean-Marie Le Pen) und der *Action française*. Nur sie nehmen eine einheitliche – und zwar zutiefst antieuropäische – Haltung ein: sie lehnen die Ratifizierung des Maastricht-Vertrags strikt ab.³⁴⁸

Zu den prominentesten *eurosceptiques*, wenn nicht gar *euro-allergiques*³⁴⁹ gehören in der RPR Marie-France Garaud, die ehemalige Beraterin von Georges Pompidou, Charles Pasqua und Philippe Séguin. Dort finden sich allerdings auch illustre Maastricht-Befürworter wie Jacques Chirac, Edouard Balladur und Alain Juppé. Philippe de Villiers ist

³⁴² Ebda.

³⁴³ Schild, S. 80

³⁴⁴ RÉMOND, RENÉ, „Die verweigerte Integration: nationalstaatliche Autonomie als Prinzip der französischen Geschichte“, in: *Das Bündnis im Bündnis: Deutsch-französische Beziehungen im internationalen Spannungsfeld*, hg. von Robert Picht, Berlin: Severin und Siedler 1982, S. 36 - 37

³⁴⁵ Zur europapolitischen Ausrichtung der Parteien vgl. auch NONNENMACHER, GÜNTHER, „Eine Mehrheit für Europa“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.05.1998

³⁴⁶ Vgl. VERNET, DANIEL, „L'Allemagne par-dessus tout“, in: *Le Monde*, 23.05.1992, vgl. auch Kolboom (Befindlichkeit), S. 25

³⁴⁷ Bock (Herausforderung), S. 12

³⁴⁸ Koch, S. 86

der bekannteste Maastricht-Gegner der UDF; er „verfaßt“ ein Buch mit 100 leeren Seiten mit dem Titel „Pour l'Europe, contre Maastricht“. Bei den Sozialisten tut sich der Abgeordnete und ehemalige Verteidigungsminister Jean-Pierre Chevènement besonders durch antieuropäischen Eifer hervor. Und auch Intellektuelle reißen sich ein in den Anti-Maastricht-Reigen: Régis Debray, Max Gallo, Paul Thibaud, Pierre Rosanvallon³⁵⁰. Sowie bekannte Industrielle wie zum Beispiel Jacques Calvet³⁵¹ und der Chef des Autokonzerns Renault, Raymond Lévy, der schon 1989/90 das Gespenst eines deutschen Wirtschaftsriesen an die Wand malte.³⁵²

2.3.3. Gründe für die negative Haltung in bezug auf den EU-Vertrag

In Frankreich haben der Zusammenbruch der Ordnung von Jalta und die deutsche Wiedervereinigung den europapolitischen Konsens der Ära Mitterrand in Frage gestellt. Wenngleich die Regierung Mitterrand in den achtziger Jahren den Weg der europäischen Integration als Königsweg zur Wahrung des *rang de la France*³⁵³ und zur Einbindung Deutschlands propagierte, hat es dem Umbruch von 1989/90 hilflos als Zuschauer beiwohnen müssen. Frankreich macht eine unangenehme Erfahrung: die französische Schlüsselposition in Europa, von der Regierung beschworen, erweist sich als deutlich schwächer als angenommen. Im Vertrag von Maastricht kristallisiert sich der Gegensatz zwischen einer verunsicherten Öffentlichkeit, die nach neuer Orientierung sucht, und einem Europa, das nach den jüngsten Ereignissen und angesichts des wiedererstarkten Deutschlands weit weniger berechenbar scheint als zuvor. Frankreich leidet unter einem „vertige identitaire“³⁵⁴.

Les signes avant-coureurs de celui-ci consistent en un doute généralisé sur la capacité du pays à faire face au vent du large, à la concurrence de ses partenaires, et à se préserver lui-même dans un cadre de plus en plus supranational.³⁵⁵

³⁴⁹ DUHAMEL, ALAIN, *Les peurs françaises*, Paris: Flammarion 1993, S 55

³⁵⁰ Duhamel, S. 51

³⁵¹ Ebda.

³⁵² Ebda.

³⁵³ Rouget, S. 98

³⁵⁴ LE MONDE, „Si le ‘non’ l'emportait, l'Allemagne retrouverait ses penchants historiques et géographiques“ affirme M. Michel Rocard“, in: *Le Monde*, 01.09.1992

³⁵⁵ Ebda.

In einer Zeit der Orientierungslosigkeit und Verunsicherung erscheint Maastricht, d.h. die Aussicht auf ein weiteres Aufgehen in Europa, als einzige Möglichkeit, den Rang Frankreichs in der Welt zu sichern. Von diesem Eindruck ist der Weg nicht weit zur Schreckensvision des Verlustes der französischen Identität in der europäischen Konstruktion. Dieses Bild zieht sich dann auch wie ein roter Faden durch die Maastricht-Debatte: die angeblich mit Maastricht verbundene Aufgabe der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität Frankreichs. Entscheidender Faktor für den *euroscepticisme* ist also die Unsicherheit über die Stellung Frankreichs im internationalen Kontext nach dem Wegfall der Ost-West-Polarisierung und die Zweifel an der Eignung des Allheilmittels „Europa“, diese Identitätskrise zugunsten Frankreichs zu entscheiden.³⁵⁶

2.3.4.1. Innenpolitische Argumente gegen den Vertrag von Maastricht

Zusätzlich befindet sich der Vertrag aufgrund der gesunkenen Popularität Mitterrands in einer exponierten Position. Maastricht wird zum Symbol für eine abgehalfterte Präsidentschaft. Die Ablehnung der Bevölkerung ist vielleicht auch als Racheakt gegen eine „abgehobene“ politische Elite zu verstehen, gegen die Parteien, die wie untereinander austauschbar, abgeschnitten von den Wählern, alle die gleiche Politik verfolgen.

Wie oben erwähnt, lässt sich Mitterrand auch durch innenpolitisches Kalkül leiten bei seiner Entscheidung, ein Referendum durchführen zu lassen. Natürlich spielt in der Argumentation der Maastricht-Gegner innenpolitisches Taktieren ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Rolle, insbesondere angesichts des für das Frühjahr 1993 angesetzten Parlamentswahlkampfes. Ein Ziel ist, die sozialistische Regierung abzumachen: „sanctionner le pouvoir socialiste“³⁵⁷. Wie Jean-Claude Casanova nicht zu Unrecht feststellt, ist jedes Referendum nicht nur eine Abstimmung über die jeweilige Sache, sondern gleichzeitig auch über „le pouvoir en place“.³⁵⁸ Hintergedanken gibt es bezüglich einer bevorstehenden Kohabitation zwischen dem Staatspräsidenten und einer oppositionellen Regierungsmehrheit; Ziel einiger Maastricht-Gegner ist, wenn irgend möglich eine vorgezogene Neuwahl des Staatspräsidenten zu erzwingen.³⁵⁹ Zudem gilt es eine Annäherung des Staatspräsidenten an die Zentristen mithilfe des Europa-Themas zu

³⁵⁶ Monar, S. 316 f.; vgl. dazu auch Bock (Herausforderung), S. 9

³⁵⁷ PORTE, GUY, „Le RECOURS appelle à „sanctionner“ le pouvoir socialiste“, in: *Le Monde*, 03.09.1992

³⁵⁸ CASANOVA, JEAN-CLAUDE, „Saute de vent“, in: *L'Express*, 26.06.1992, S. 17

verhindern, da Mitterrand dadurch größeren Spielraum in der Kohabitationsphase erlangen würde.

2.3.4.2. Europapolitische Argumente für und gegen den EU-Vertrag

Die Befürworter des Vertrags sehen „Maastricht“ als Chance, Frankreichs Status in Europa zu bewahren; man glaubt die „Entfaltungsmöglichkeit Frankreichs im größeren europäischen Verbund“³⁶⁰ verbessert und hofft, auf diese Weise Mitterrands Leitmotiv „tenir le rang de la France“³⁶¹ besser gerecht werden zu können. Neben dem Aspekt der Friedenssicherung berufen sich die *europhiles* auch auf die Stärkung der wirtschaftlichen Durchsetzungsfähigkeit gegenüber den USA und Japan: Europa soll so die dritte große Wirtschaftsmacht werden.³⁶²

Die Vertragsgegner sehen die Aufhebung der nationalen Souveränität in einem wesentlichen Bereich, nämlich dem des Geldes, mit großen Bedenken. Die monetarische Konzeption der WWU wird von ihnen strikt abgelehnt mit dem Argument, der französische Staat müsse, um die Wirtschaft besser aus der Krise führen zu können, Herr seiner Währungspolitik bleiben.³⁶³ Auch die angestrebte Politische Union gerät in die Kritik, denn angesichts der französischen zentralistischen Tradition ist die vermeintliche Aushöhlung nationaler Souveränität durch föderalistische Tendenzen in Frankreich ungleich brisanter als zum Beispiel in Deutschland, dessen politisches System ohnehin ein föderales ist. Ein weiterer Vorwurf besteht darin, die Brüsseler Technokratie (gemeint ist die Kommission) – ohnehin schon aufgebläht und wenig transparent – sehe ihren Aktionsbereich mit dem EU-Vertrag in großem Maße und auf unklare Weise erweitert.³⁶⁴ Auch bezüglich einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik wird Skepsis laut, was sich wohl vor allem mit der offensichtlichen Uneinigkeit der Europäer in der Jugoslawienkrise begründen läßt.

Verstärkt wird die Europa-Skepsis durch die Tatsache, daß man anläßlich der Maastricht- und Europadiskussion mit etwa sechsjähriger Verspätung die Konsequenzen der

³⁵⁹ Casanova, S. 17

³⁶⁰ Bock (Herausforderung), S. 12

³⁶¹ Rouget, S. 98

³⁶² Bock (Herausforderung), S. 12

³⁶³ Soutou (Opposition), S. 87

³⁶⁴ Soutou (Opposition), S. 89

Einheitlichen Europäischen Akte für Frankreich erkennt.³⁶⁵ Die EEA ist zwar bereits im Februar 1986 unterzeichnet worden und im Juli des selben Jahres in Kraft getreten, aber erst anlässlich der Maastricht-Debatte scheint der Vertrag, der neben dem EUV die wichtigste Änderung und Ergänzung der Gemeinschaftsverfassung seit Abschluß der Römischen Verträge darstellt, in vollem Umfang und mit allen Konsequenzen wahrgenommen zu werden. Unter anderem legte die EEA die Verwirklichung des Binnenmarktes bis Ende 1992 fest, das Entscheidungsverfahren im Ministerrat sollte gestrafft, die Mitwirkung des EP bei der Rechtsetzung der EG verbessert, Ansätze für eine Politische Union geschaffen werden. Besonders der negativen Konsequenzen für Frankreich wird man sich nun bewußt, einerseits bezüglich der Freizügigkeit der Personen (aufgrund der Einwanderungs- und Drogenproblematik in Frankreich ein sensibler Punkt), andererseits in bezug auf das gestraffte Entscheidungsfindungsverfahren. Die EEA hat den „Kompromiß von Luxemburg“ aufgehoben, der von Frankreich zu Unrecht als Vetorecht interpretiert wurde. Somit sind seit den sechziger Jahren zum ersten Mal Mehrheitsentscheidungen im Europäischen Rat möglich; Frankreich kann also, auch bei Fragen von vitalem Interesse, überstimmt werden. *Inoui!*

2.3.5. Die Deutschlandfrage als Instrument in der Maastricht Debatte

Die deutsche Frage ist Dreh- und Angelpunkt sowohl in der Argumentation der Maastricht-Gegner als auch in derjenigen der Befürworter des Vertrags³⁶⁶. Für beide Lager geht es darum, „diese unheimlichen Deutschen zu zähmen“³⁶⁷.

Les partisans du „oui“ se sont prononcés en faveur de l'intégration communautaire afin d'ancrer l'Allemagne à l'Europe et d'éviter ainsi que celle-ci ne retrouve ses penchants historiques, appuyée sur un mark triomphant et tournée vers l'Est, tandis que les adversaires du traité ont pris position contre Maastricht pour rééquilibrer la politique extérieure française vis-à-vis de la puissance renaissante de l'Allemagne.³⁶⁸

2.3.5.1 Die deutsche Frage in der Argumentation der Maastricht-Gegner

³⁶⁵ Soutou (Opposition), S. 90

³⁶⁶ Vgl. dazu Wickert, S. 75 - 77; Cole, S. 368; VERNET, DANIEL, „L'Allemagne par-dessus tout“, in: *Le Monde*, 23.05.1992; Geiger, S. 210; Rouget, S. 109; Vernet (aujourd'hui), S. 26; Vernet (Europapolitik), S. 48; Engelkes, S. 377 f.

³⁶⁷ Koch, S. 86

Die Maastricht-Gegner sind – ebenso wie die Befürworter des Vertrags – der Ansicht, daß es gelte, Deutschland in Europa einzubinden. In einer Wirtschafts- und Währungsunion sehen sie jedoch nicht das geeignete Mittel, da sie Deutschland – mit einer Art Boomerang-Wirkung – stärker und Frankreich schwächer machen werde. Zwar sei keiner der Mitgliedsstaaten mehr in der Lage, eine eigene Geld- und Zinspolitik zu betreiben, auch Deutschland nicht. Da die Deutschen jedoch über eine stärkere Position als alle anderen Mitgliedsstaaten verfügten, gelte für sie der Souveränitätsverlust nicht im gleichen Maße wie für die übrigen Mitglieder der Währungsunion – Deutschland werde aufgrund seiner Machtposition *innerhalb* der Union das Sagen haben. Darüber hinaus werde die tatsächliche wie auch institutionelle Anbindung der französischen Geldpolitik an deutsche Maßstäbe und Vorstellungen in Frankreich zu einer deflationistischen Politik mit steigenden Arbeitslosenzahlen führen.³⁶⁹ Es herrscht also Angst vor Gleichschaltung mit dem deutschen Modell, das vielleicht nicht den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten Frankreichs Rechnung trägt, jedoch unbestritten als Grundlage zum Entwurf einer Wirtschafts- und Währungsunion diene³⁷⁰ – was sich vor allem an der von den Deutschen durchgesetzten Unabhängigkeit der EZB ablesen läßt. Die europäische Währung soll also verwaltet werden wie die D-Mark, ohne Eingriffe politischer Organe; Frankreich hätte indes die Schaffung eines übergeordneten Rates der Wirtschaftsminister vorgezogen.³⁷¹ Der Sozialist Jean-Pierre Guidoni, ehemaliger *secrétaire aux affaires internationales* der Sozialistischen Partei, geht gar so weit zu behaupten, daß die Einführung einer europäischen Währung gleichbedeutend sei mit der Umbenennung der DM in Euro: „adopter une monnaie européenne revient à «changer le nom du mark».“³⁷²

Die ökonomische Argumentation, auf der sicherlich der Schwerpunkt der Debatte liegt, wird ergänzt durch die bekannten Befürchtungen Frankreichs, Deutschland könne seine wiedergewonnene Souveränität und potentielle Macht mißbrauchen. Philippe Séguin warnt in seiner Parlamentsrede vom Mai 1992 davor, die europäische Integration aufgrund „der zwanghaften Furcht vor dem vereinigten Deutschland“³⁷³ voranzutreiben. Deutschland werde sich nur unter der Bedingung auf die Einbindung in supranationale Strukturen einlassen, wenn es diese beherrsche; zur Unterordnung seien die Deutschen nicht bereit. Resultat wäre ein „deutsches Europa“³⁷⁴, und letzteres sei keine gute Basis

³⁶⁸ Stark (entente), S. 990 f.

³⁶⁹ Rouget, S. 110

³⁷⁰ Soutou (Opposition), S. 91

³⁷¹ Soutou (Opposition), S. 93 f.

³⁷² Kramer, S. 967

³⁷³ SÉGUIN, PHILIPPE, Rede vor der *Assemblée nationale* im Mai 1992, in: *Journal officiel. Débats parlementaires*, 1992, S. 878, hier zitiert nach Bock (Herausforderung), S. 15

³⁷⁴ Séguin, S. 876, hier zitiert nach Bock (Herausforderung), S. 15

der deutsch-französischen Verständigung. Marie-France Garaud schließt sich seiner Meinung an; sie glaubt, der Vertrag werde nur die Vorherrschaft Deutschlands organisieren.³⁷⁵ Ein anderer Maastricht-Gegner aus dem Lager der Gaullisten befürchtet, Frankreich könne „das 17. Land der Bundesrepublik werden“³⁷⁶ – die EU sozusagen als „Trojanisches Pferd für deutsche Macht“³⁷⁷, sei es nun in politischer, ökonomischer oder monetärer Hinsicht.

Und der prominente Maastricht-Gegner Jean-Pierre Chevènement kritisiert die Strategie der Kontrolle durch Einbindung aufs schärfste:

Es sei eine „Liliputaner-Strategie“, wenn die französische Nation sich selbst (in der Europäischen Union) fessele, um Deutschland besser einbinden zu können; man müsse aufhören, die eigene Nation zu demobilisieren, indem man aus Europa die Prothese für die eigenen Unzulänglichkeiten mache.³⁷⁸

Interessanterweise, so sei am Rande bemerkt, geht man in Frankreich in beiden Lagern der Maastricht-Debatte ganz selbstverständlich von der hohen ökonomischen Leistungsfähigkeit Deutschlands aus – unabhängig davon, ob diese nun zu befürchten sei oder man sich zu ihr beglückwünschen solle. Die Frage, ob es nicht angesichts der bevorstehenden wirtschaftlichen Probleme Deutschlands im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung ratsamer sei, abzuwarten, bevor man sich in das gemeinsame Unterfangen der Wirtschafts- und Währungsunion stürzt, bleibt weitgehend unerwähnt.³⁷⁹

2.3.5.2 Die deutsche Frage in der Argumentation der Maastricht-Befürworter

Das Lager der Befürworter ist über die Bedeutung des Vertrags von Maastricht uneinig. Ein Motiv zieht sich jedoch wie ein roter Faden durch die gesamte Debatte: Ziel ist es, der D-Mark-Zone, der *zone mark*, zu entkommen; diesem Prinzip können selbst die Maastricht-Gegner zustimmen. „Une zone Ecu (Euro) – oui, une zone mark – non!“³⁸⁰

³⁷⁵ Zitiert nach HUBEL, HELMUT, *Das vereinte Deutschland aus internationaler Sicht. Eine Zwischenbilanz*, Bonn: Europa Union Verlag 1993, S. 58

³⁷⁶ Äußerung eines gaullistischen Maastricht-Gegners, in: Engelkes (Deutschlandbild), S. 378

³⁷⁷ Kolboom (Befindlichkeit), S. 17

³⁷⁸ Bock (Herausforderung), S. 14

³⁷⁹ Soutou (Opposition), S. 91

³⁸⁰ Rouget, S. 99

Heute ist an die Stelle der militärischen Dominanz die Dominanz der deutschen Wirtschaft und Währung in Europa getreten.³⁸¹

Diese Überlegenheit wird als psychologische Unerträglichkeit real täglich erlebt. Denn Stabilitäts- und Zinspolitik sind Markenzeichen wirtschaftlicher und auch politischer Macht, die praktisch ausgeübt werden kann.³⁸²

Dem soll jetzt ein Ende gesetzt werden, und das einzige Mittel, die deutsche Vorherrschaft in Europa in monetärer Hinsicht einzudämmen, ist nach Ansicht der Maastricht-Befürworter die Ablösung der nationalen Währungen durch eine europäische.³⁸³ Frankreich soll dem „Diktat“ der Frankfurter Bundesbank³⁸⁴ endlich entzogen werden. Es gilt also, die Führungsrolle der D-Mark durch die Führungsrolle einer europäischen Währung zu ersetzen.³⁸⁵ Denn: „jusqu’à la naissance de l’écu, l’Europe restera une quasi-zone mark.“³⁸⁶

Ansonsten wird eine „negative Drohungspropaganda“ betrieben; nicht die Vorteile einer WWU werden betont, sondern es werden die Gefahren beschworen, die von Deutschland ausgehen werden, sollte Frankreich gegen den EU-Vertrag stimmen. Und die Schreckensvisionen, die von manchen Maastricht-Befürwortern im Falle eines negativen Votums am 20. September 1992 an die Wand gemalt werden, sind vielfältig:

Zum einen werde das deutsch-französische „Tandem“ zerbrechen. Die Folge: die Wiederherstellung einer uneingeschränkten deutschen Macht.³⁸⁷ Dann wird erneut, wie bereits 1989/90, die *dérive à l’Est* beschrien: Deutschland werde sich von Westeuropa ab- und sich seiner „clientèle naturelle“³⁸⁸ zuwenden; statt der westeuropäischen Integration werde es in Zukunft die Errichtung einer politischen und wirtschaftlichen Hegemonie in Osteuropa vorantreiben. In den Worten Michel Rocard:

L’Allemagne retrouverait ses penchants historiques et géographiques. Appuyée sur un mark triomphant, elle se tournerait de nouveau vers l’Est, se désintéressait de l’avenir du continent, sauf pour lui imposer sa volonté économique, celle qui répondra à ses seuls intérêts.³⁸⁹

³⁸¹ Rouget, S. 109

³⁸² Rouget, S. 109

³⁸³ Moreau Défarges (couple), S. 116

³⁸⁴ Asholt, S. 201

³⁸⁵ Rouget, S. 110

³⁸⁶ Duhamel, S. 58

³⁸⁷ Hubel, S. 59

³⁸⁸ ECOTAIS, YANN DE L’, „Europe: si la France dit non“, in: *L’Express*, S. 11

³⁸⁹ LE MONDE, „Si le ‘non’ l’emportait, l’Allemagne retrouverait ses penchants historiques et géographiques“ affirme M. Michel Rocard“, in: *Le Monde*, 01.09.1992

Außerdem werde eine deutsche Wirtschafts- und Währungshegemonie in Europa entstehen.³⁹⁰ Jean-Louis Bianco, ehemaliger Top-Berater von François Mitterrand, ereifert sich, nur Maastricht könne verhindern, daß Europa unter die Stiefel des wirtschaftlichen Riesen Deutschland gerate.³⁹¹

Und zu guter Letzt müsse man mit der Rückkehr der vielbeschworenen alten „Dämonen“ rechnen. (Als Beispiel wird hier vor allem der deutsche Rechtsradikalismus angeführt.)

Cessant d'être entravée par son statut de puissance vaincue, l'Allemagne retrouve tous ses démons. Si ceux-ci ne sont pas canalisés, encadrés par la volonté d'être plus forts à l'intérieur de l'Europe, alors les Allemands choisiront d'être plus forts tout seuls. (...) Des arguments antifrçais (...) se mettraient à resurgir chez ses compatriotes si le non l'emportait. 'On ne peut pas compter sur vous. En cassant l'espérance européenne, vous nous obligez à retourner au rêve allemand', vont-ils nous dire.³⁹²

Auch der Sozialist Rocard versteigt sich zu der Behauptung, man müsse für Maastricht stimmen, um Deutschland gegen seine eigenen Dämonen zu schützen und vor seinen romantischen und irrationalen Neigungen zu bewahren. Mit anderen Worten: Nur wenn Maastricht verwirklicht wird, kann das gefährdete und damit gefährliche Deutschland eingebunden, sprich gebändigt werden.³⁹³

Vor allem aber besteht Angst vor deutschen Alleingängen: „Un non français ouvrirait le champ à l'Allemagne de faire cavalier seul.“³⁹⁴ Edouard Balladur, ehemaliger Wirtschaftsminister aus dem Lager der RPR: Sollte die französische Bevölkerung mit „Nein“ stimmen, so sei Deutschland frei, zu tun, was es wolle – ohne Rücksicht auf Verluste: „d'agir à sa guise, de n'être gênée par aucune règle commune dans son rôle de puissance militaire, économique, financière et monétaire dominante.“³⁹⁵ Diese Angst besteht auch im Hinblick auf eine zukünftige deutsche Sicherheitspolitik. In Frankreich hegt man Befürchtungen, Deutschland könne auf einem Platz im exklusiven UN-Sicherheitsrat bestehen³⁹⁶ (was die Zahl der verbliebenen französischen Privilegien gegenüber Deutschland weiter reduzieren würde) und zudem in Sicherheitsfragen selbst

³⁹⁰ Hubel, S. 59

³⁹¹ Engelkes (Deutschlandbild), S. 377 f.

³⁹² BIANCO, JEAN-LOUIS, „Arrimer l'Allemagne“, in: *L'Express*, 11.09.1992, S. 16

³⁹³ Engelkes (Deutschlandbild), S. 377 f.

³⁹⁴ Bianco, S. 16

³⁹⁵ L'EXPRESS, „Faut-il craindre une Europe dominée par l'Allemagne?“, in: *L'Express*, 04.09.1992, S. 20

³⁹⁶ Bianco, S. 16

für die Wahrung seiner nationalen Interessen sorgen, auch angesichts einer instabilen politischen Situation in Osteuropa.³⁹⁷

Kurz gesagt lautet die Perspektive, falls Frankreich mit „Nein“ stimmen sollte:

Au lieu d'une Allemagne européenne naîtrait une Europe allemande. Malgré les dirigeants de Bonn. Par la faute de la France.³⁹⁸

2.3.6. Chronologie – zweiter Teil

Am 20. September 1992 findet die Abstimmung über den Vertrag von Maastricht statt. Die Zitterpartie hat ein Ende: die Franzosen stimmen mit 51,05% für den weiteren Ausbau Europas – wobei die Zahl der Befürworter in der Metropole Paris mit 65% deutlich über dem nationalen Durchschnitt liegt, noch übertroffen von dem Straßburger Ergebnis. Die Bürger Straßburgs, das einmal im Monat Sitzungsort des Europäischen Parlaments ist, stimmen mit 72% für den Vertrag von Maastricht.

Im Nachhinein, 3 Tage nach dem Volksentscheid, äußert sich Mitterrand enttäuscht über den Mißbrauch der Deutschlandangst in der Debatte:

J'ajoute que j'étais personnellement blessé par la façon dont les défenseurs du *oui* presque autant que ceux du *non* ont justifié leur choix en se servant de l'argument de la défiance envers les Allemands. C'est d'abord un manque de confiance en soi. C'est ensuite laisser croire qu'il existe des démons (le mot a été employé) propres à l'Allemagne, alors que tout peuple doit veiller à contenir les siens.³⁹⁹

Und Daniel Vernet weist auf die Ironie der Maastricht-Debatte hin:

Avec la réunification, les dirigeants allemands ont fait le choix de la continuité, de l'ancrage à l'Ouest et à la Communauté européenne, au prix de sacrifices plus ou moins lourds selon les cas, supportables quand il s'agit d'abandonner une souveraineté dont ils ont appris à craindre les excès, douloureux quand il faut créer une monnaie unique signifiant la fin du deutschemark, symbole de la prospérité et de la stabilité. Il serait paradoxal que de soit justement à ce moment là que les Français choisissent de leur claquer au nez la porte de l'Europe.⁴⁰⁰

³⁹⁷ ECOTAIS, YANN DE L', „Europe: si la France dit non“, in: *L'Express*, S. 11

³⁹⁸ FRANÇOIS-PONCET, JEAN, „Peut-on dire 'non' à Maastricht?“, in: *Le Figaro*, 01.09.1992

³⁹⁹ Védrine, S. 560

Denn schließlich gibt Deutschland, der ökonomische Riese, mit der deutschen Währung einen integralen Bestandteil seiner nationalen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf: das Symbol deutscher Wirtschaftskraft. In Frankreich hat die nationale Währung, häufig von Krisen befallen, keine vergleichbare Bedeutung. Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß die Zustimmung zur strikt terminierten Währungsunion seitens Deutschlands erfolgte, ohne daß von den Deutschen ebenso strikte Regelungen bezüglich des Zeitplans für die Politische Union und die Stärkung des Europäischen Parlaments durchgesetzt wurden.⁴⁰¹

Abschließend angemerkt sei folgendes: den Maastricht-Gegnern ist es in der Tat gelungen, einen Teil der französischen Bevölkerung mit der Angst vor Deutschland für ein „Nein“ zu Maastricht zu mobilisieren. Bei 41% (!) derjenigen, die gegen den Vertrag von Maastricht votierten, war die Angst vor Deutschland der auslösende Faktor für ihr Votum.⁴⁰² (Bedauerlicherweise ist bei den Maastricht-Befürwortern der entsprechende Anteil nicht gemessen worden...) Eines wird deutlich durch diese Umfrageergebnisse: die Angst vor Deutschland hätte das Zünglein an der Waage sein können bei einem negativem Votum. Und wäre so nicht Motor, sondern Bremse der europäischen Integration geworden.

Übrigens sehen wir uns hier erneut dem bereits erwähnten „Fesselungsmotiv“ gegenüber. Wieder dient Europa dem Zweck, ein zu starkes Deutschland einzubinden, und wieder findet sich nach überstürzter Lancierung des Projekts (was auf die schnelle Abfolge der Ereignisse 1989/90 zurückzuführen ist) eine Art „Katerstimmung“ bei den Franzosen. Man will Deutschland anbinden, ohne allerdings das Risiko des eigenen Souveränitätsverlustes unerträglich zu machen.

La CED ne vit pas le jour. Mais la problématique qui la sous-tendait lui a survécu, y compris jusque dans le traité de Maastricht: au fond, pour empêcher l'Allemagne de retrouver sa souveraineté, la France doit-elle renoncer à la sienne en se diluant dans un ensemble plus vaste?⁴⁰³

Einen weiteren Aspekt sollte man berücksichtigen: Die Debatte um den Vertrag von Maastricht fällt in eine Zeit der nationalen Identitätskrise in Frankreich, angesichts einer vollkommen veränderten europäischen Ordnung. Zugleich ist es aber eine Zeit, wo die unumkehrbare Einbindung in die Prozesse internationaler wirtschaftlicher Verflechtung

⁴⁰⁰ VERNET, DANIEL, „Un choix stratégique“, in: *Le Monde*, 17.09.1992

⁴⁰¹ Hubel, S. 57 f.

⁴⁰² Kolboom (Befindlichkeit), S. 17

⁴⁰³ Gauron, S. 49

und europäischer Integration ebenso ins Bewußtsein rücken wie die immer engeren Grenzen ihrer Beeinflußbarkeit durch nationale Politik alten Stils.⁴⁰⁴ Eine Frage drängt sich auf: ist nicht die gesamte Deutschlanddebatte im Rahmen der Maastricht-Verträge eine Verschiebung, eine Verdrängung? Um sich nicht der Tatsache bewußt werden zu müssen, daß nationale Politik ausgedient hat, daß Frankreich als „Grande Nation“ nicht mehr existiert, macht man den Nachbarn zum Sündenbock und den Sündenbock zum eigentlichen Problem, das in seiner konkreten Form zumindest greifbar und vielleicht auch lösbar erscheint – ganz im Gegenteil zum unaufhaltsamen und unerbittlichen Prozeß der Globalisierung...

⁴⁰⁴ PICH, ROBERT, „Frankreich 1990/91: Rolle und Rang in einer veränderten Welt“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1991*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1991, S. 25

2.4. Abschlußbemerkung

Die europäische Integration wurde entscheidend durch die Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich geprägt; diese kann man als Schlüsselbeziehung innerhalb des Prozesses der westeuropäischen Integration bezeichnen.

Anders als zum Beispiel im Falle der Benelux-Staaten, die seit den vierziger Jahren vor allem als Gruppe auftraten, da dies Vorteile beim Verhandeln mit größeren Gruppen mit sich brachte, gingen die engen bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich jedoch weniger aus gemeinsamen Werten und Zielsetzungen hervor, als vielmehr aus sich ergänzenden Interessen – und der Mangel an alternativen Partnerschaften tat ein übriges.⁴⁰⁷ So war die Beziehung zwischen Deutschland und Frankreich eher Vernunft Ehe als Liebesheirat... Ob es um die Montanunion geht, die gescheiterte EVG, die Atomgemeinschaft Euratom, den EWG-Beitritt der Briten, zu dem Frankreich im Jahre 1969 unter Staatspräsident Pompidou endlich seine Zustimmung gibt, oder schließlich um den Vertrag von Maastricht über die Schaffung einer Europäischen Union mit WWU: Bei nahezu allen wichtigen Etappen der europäischen Integration hat die Angst vor Deutschland in den französischen Motiven eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt.

Bei den ersten Gehversuchen der Integration, bei der Schaffung der EGKS, ging es darum, die destruktive Deutschlandpolitik aufzugeben, da dies durch äußere Zwänge unabdingbar wurde, ohne allerdings eine der wichtigsten Zielsetzungen französischer Außenpolitik aufgeben zu müssen: die Kontrolle Deutschlands. Diese konnte nun – getreu dem Motto Kontrolle durch Einbindung – im europäischen Rahmen erfolgen, wobei eine gemeinsame Verwaltung der Kohle- und Stahlproduktion auch handfeste wirtschaftliche Vorteile mit sich brachte. Die nächste Etappe war die Schaffung der EVG. Sie sollte einer bevorstehenden deutschen Wiederbewaffnung den Schrecken nehmen, indem diese innerhalb einer europäischen Gemeinschaft erfolgte. Die geplante Verteidigungsgemeinschaft scheiterte indes in der *Assemblée nationale*, auch das im Hinblick auf Deutschland.

⁴⁰⁷ WALLACE, WILLIAM, „Bilateralismus und Europäische Integration: die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Kalten Krieg“, in *Frankreich-Jahrbuch 1992*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1992, S 56

Mithilfe der Euratom sollte verhindert werden, daß Deutschland eine eigene Atomindustrie aufbaute. Und der Beitritt Großbritanniens zur EG sollte die mit Mißtrauen betrachtete deutsche Ostpolitik ausbalancieren; das Bündnis mit Großbritannien als Gegengewicht zu einem Deutschland, dem man nicht so ganz über den Weg traute. Die Europäische Union schließlich diene vor allem zwei Funktionen. Zum einen sollte sie – auch nach der Wiedervereinigung – die Verankerung Deutschlands im Westen sichern und auf diese Weise deutsche Alleingänge unterbinden, zum anderen das Diktat der Bundesbank – so wurde die monetäre Stärke Deutschlands empfunden – beenden.

Die Deutschlandpolitik im Gewand der Europapolitik, d.h. Europa, um Deutschland einzubinden, fungierte indes oft gleichsam als „Notnagel“. Denn in einigen Fällen stellte Europa erst den zweiten Weg, die Alternative, dar, und Frankreich wäre es lieber gewesen, die deutsche Frage, *le problème allemand*, hätte sich auf andere Weise lösen lassen. So geschehen in der Nachkriegszeit, als Frankreich lieber eine negative Deutschlandpolitik betrieben hätte, dies aufgrund der politischen Gegebenheiten (wie zum Beispiel die wirtschaftliche Abhängigkeit von den USA und der Ausbruch des Kalten Krieges) nicht möglich war. Gleichfalls in der Frage der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Frankreich hätte es vorgezogen, eine deutsche Bewaffnung hätte sich gänzlich vermeiden lassen – ob nun mit EVG oder ohne. Und auch der europäische Weg, den Mitterrand 1989/90 einschlug, war eine Notlösung, nachdem Mitterrands eigentliches Ziel, nämlich die Wiedervereinigung hinauszuzögern oder gar zu verhindern (nicht anders läßt sich seine Politik interpretieren), sich nicht mehr verwirklichen ließ, die Wiedervereinigung unvermeidlich war und unmittelbar bevorstand. Also doch manchmal eher ein Stiefkind, das vielgelobte, oft beschworene, als Friedensstifter geltende Europa... Zudem war Frankreichs Europa- und Deutschlandpolitik nicht immer ohne Widersprüche. Wir sehen uns kontinuierlich konfrontiert mit demjenigen Phänomen, das ich zuvor das „Fesselungsmotiv“ genannt habe; man wollte den Nachbarn gerne einbinden, ohne selber nationale Souveränitätseinbußen hinnehmen zu müssen.

Aber auch wenn sich Victor Hugos Traum eines vereinten Europas nicht ganz so romantisch darstellt wie im eingangs zitierten Gedicht, auch wenn es eher um nationale machtpolitische und wirtschaftliche Interessen ging, auf allen Seiten, und immer wieder Kompromisse gefunden werden mußten, auch wenn Jean Monnet später sagte, „Si c'était

à refaire, je commencerais par la culture“⁴⁰⁸, so bleibt eine Tatsache in ihrem Wert unermesslich: Seit mehr als 50 Jahren herrscht Friede in Europa. Und je enger die europäischen Staaten gerade in wirtschaftlicher und monetärer Hinsicht miteinander verbunden sind, desto unwahrscheinlicher wird die Bedrohung durch einen neuen Krieg.

⁴⁰⁸ zitiert in: JULLIARD, JACQUES, „Lettre à un Français qui hésite encore“, in *Le Nouvel Observateur*, 10.09.1992, S. 6

3. Deutschland und Frankreich an der Schwelle des neuen Jahrtausends

3.1. Schlaglichter der neunziger Jahre

Mit den französisch-deutschen Beziehungen stand es seit der Wiedervereinigung nicht immer zum besten. Im Jahre 1991 zeigt der Jugoslawienkonflikt deutliche Diskrepanzen zwischen der deutschen und der französischen Außenpolitik. Deutschland wird vorgeworfen, eine Führungsposition in der Jugoslawienkrise an sich zu reißen, da es im Dezember 1991 quasi im Alleingang Slowenien und Kroatien als Staaten anerkennt.⁴¹⁰ Von deutsch-französischen Dissonanzen einmal abgesehen, verdeutlicht die Jugoslawien-Krise auf schmerzliche Weise die Unfähigkeit der EU, eine gemeinsame Sicherheitspolitik auf die Beine zu stellen. Die heftige Kontroverse im Sommer 1994 über die Teilnahme deutscher Soldaten des Eurokorps an der Militärparade auf den *Champs Elysées* zum französischen Nationalfeiertag macht offensichtlich, daß die Ängste und historischen Reflexe in Frankreich zum Teil immer noch lebendig sind. Und nach der Wachablösung des Mustereuropäers Mitterrand – sein Nachfolger wird im Jahre 1995 Jacques Chirac – scheint die Zeit der weitgehend harmonischen Zusammenarbeit zwischen deutschem Bundeskanzler und französischem Staatspräsidenten fürs erste vorbei zu sein. Mehrere Alleingänge des Präsidenten sorgen für Verstimmungen zwischen den Ländern. Im September 1995 nimmt Frankreich, trotz internationaler Proteste, die Atomtests im Pazifik wieder auf. Auch die zwar im Präsidentschaftswahlkampf angekündigte, dann aber doch ziemlich plötzliche Entscheidung zugunsten der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht wird in Deutschland nicht gerade positiv aufgenommen.⁴¹¹

Daniel Vernet sieht den Grund in der Verschlechterung des deutsch-französischen Klimas nach der Amtsübernahme Chiracs übrigens in dem mit dem Präsidentenwechsel verbundenen Austausch des Personals in Politik und Verwaltung. Allerdings sei es nicht Feindseligkeit oder böser Wille, sondern vielmehr mangelnde Kenntnis des Nachbarn und ein gewisses Desinteresse, durch die die neuen Entscheidungsträger geleitet würden; schließlich seien viele von ihnen vorher in anderen Bereichen tätig gewesen.⁴¹²

⁴¹⁰ STARK, HANS, „Dissonances franco-allemandes sur fond de guerre serbo-croate“, in: *politique étrangère*, 2 (1992), S. 339, 342

⁴¹¹ MÜLLER, CHRISTIAN, „Aus dem Tritt geraten. Belastungen des deutsch-französischen Tandems“, in: *Internationale Politik*, 9 (1998), S. 8

⁴¹² VERNET, DANIEL, „Ungewißheiten in der Europapolitik. Neue deutsch-französische Entscheidungsträger“, in: *Internationale Politik*, 9 (1998), S. 1 f.

Noch ein Machtwechsel, wieder auf französischer Seite, folgt im Jahr 1997; die Linke erringt bei den Parlamentswahlen den Sieg, und Lionel Jospin wird Premierminister. Einfacher macht dies den beiderseitigen Umgang nicht. Wieder gibt es, wenn auch nicht unbedingt ernsthafte Auseinandersetzungen, so doch unterschiedliche Interessen auf beiden Seiten. Jospin wünscht sich ein „soziales Europa“ mit einer gemeinsamen Beschäftigungspolitik, stößt aber mit seinem Vorschlag auf Ablehnung seitens der Deutschen. Es scheint deutlich unterschiedliche Prioritäten zu geben zwischen den deutschen Christdemokraten und den Sozialisten in Frankreich.

Ein anderes Gerangel wird dem Leser indes noch besser in Erinnerung sein: das Tauziehen um den Chef der Europäischen Zentralbank. Der Niederländer Wim Duisenberg, der von den Chefs der Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten zum Wunsch kandidaten erklärt worden ist, bekommt plötzlich einen Gegenkandidaten: den französischen Notenbankchef Jean-Claude Trichet. Hier sind wohl deutsch-französische Auseinandersetzungen der Grund für die Initiative Frankreichs, den Kandidaten ins Feld zu schicken. Beim EU-Gipfel in Dublin im Dezember 1997 hat es heftige Auseinandersetzungen zwischen Chirac und Kohl über den Stabilitätspakt gegeben; „brüllend und mit roten Köpfen“⁴¹³, so berichtet später der britische Schatzkanzler Kenneth Clarke, hätten die beiden in einer Ecke des Konferenzsaals gestanden. Schließlich vermittelt der Luxemburger Premier Jean-Claude Juncker, und der Stabilitätspakt wird akzeptiert. In Frankreich macht sich indes im Nachhinein das Gefühl breit, man sei von den Deutschen überrumpelt und an die Wand gedrückt worden.⁴¹⁴ Kurze Zeit später stellt Frankreichs Linksregierung den Stabilitätspakt erneut in Frage und fordert eine gemeinsame Beschäftigungspolitik. Chirac will seinen innenpolitischen Konkurrenten in nichts nachstehen und schickt den französischen Wunsch kandidaten Trichet ins Rennen um den Chefsessel der EZB – um auf diese Weise deutsche Erfolge zu kompensieren.⁴¹⁵ Er beruft sich dabei auf eine vermeintliche Zusage gegenüber François Mitterrand, nach der Frankreich für sein „Ja“ zur Vergabe des Sitzes der EZB nach Frankfurt am Main im Gegenzug den ersten EZB-Chef stellen dürfe. Kohl bezeichnet dieses angebliche Tauschgeschäft als „reine Erfindung“.⁴¹⁶ In Deutschland sorgt das politische Tauziehen um den Präsidentenposten für große Verärgerung. Schließlich bestimmt der Maastricht-Vertrag aus gutem Grund, daß die EZB-Spitze für

⁴¹³ HANKE, THOMAS; WOLFGANG PROISSL, „Die Dolchstoßlegende“, in: *Die Zeit*, 07.05.1998

⁴¹⁴ Ebda.

⁴¹⁵ Ebda.

⁴¹⁶ DER SPIEGEL, „Euro: Wehret den Anfängen“, in: *Der Spiegel*, 19.01.1998, S. 40

acht Jahre ernannt wird und nicht wiedergewählt werden darf. Dies soll die Unabhängigkeit der Zentralbank sichern und sie politischer Manipulation entziehen.

Am 2. Mai 1998 wird schließlich doch Duisenberg in Brüssel zum ersten Präsidenten der Europäischen Zentralbank ernannt. Allerdings hat er sich zuvor bereit erklärt, nicht die vollen 8 Jahre das Amt auszuüben, sondern vor Ablauf seiner Amtszeit seinem Kollegen Trichet das Feld bzw. den Chefsessel zu überlassen. Auf den genauen Zeitpunkt seines Rücktritts will er sich jedoch nicht festlegen.⁴¹⁷

⁴¹⁷ Noch im Winter 1998 scheint der Streit nicht beigelegt zu sein: am Sylvestertag beschwert sich der französische Wirtschaftsminister Dominique Strauss-Kahn, Wim Duisenberg wolle nicht, wie versprochen, nach 4 Jahren seinem Kollegen Trichet das Feld überlassen. In Frankreich werde man für die Einhaltung des Versprechens kämpfen. Der Streit geht also weiter. Wir sind gespannt auf das Jahr 1999...

3.2. Europa nach Maastricht

Vom Gerangel um den EZB-Chef abgesehen, sind die neunziger Jahre nach dem Vertrag von Maastricht auch sonst in europapolitischer Hinsicht nicht zufriedenstellend. Zwar ist der Euro auf den Weg gebracht worden; daß dies geschehen würde, war aber schon mit dem Vertrag von Maastricht abzusehen.

Der Vertrag von Amsterdam, der im Oktober 1997 unterzeichnet wird, bringt nicht den gewünschten Erfolg in bezug auf das oft beklagte Demokratiedefizit; er weist diesbezüglich keine grundlegenden Änderungen bzw. Verbesserungen auf, wenngleich die Mitentscheidungsrechte des EP in einigen Bereichen (so z.B. in der Beschäftigungs-, Verkehrs- und Gesundheitspolitik) erweitert worden sind. Auf die Vertiefung muß also weiter gewartet werden. Was die Erweiterung betrifft, so sind vergleichsweise größere Fortschritte zu verzeichnen. Insbesondere die zweite Norderweiterung, d.h. den Beitritt Finnlands, Österreichs und Schwedens zur EU im Jahre 1995, kann man als durchweg positiv bewerten. Österreich und Schweden sind nämlich „Nettozahler“, müssen also aufgrund ihrer großen Wirtschaftskraft mehr Beiträge zahlen, als sie Geld aus dem EU-Budget erhalten. Hier handelt es sich um eine Premiere; bisher hatten alle Beitrittskandidaten einen wirtschaftlichen Vorteil durch den Beitritt erlangt.⁴¹⁸ Dies macht deutlich, daß die EU große Attraktivität besitzt und offensichtlich Vorteile mit sich bringt – oder zumindest erwarten läßt – die über den „schnöden Mammon“, d.h. den rein finanziellen Nutzen, hinausgehen. Die Beitrittskandidaten erhoffen sich beispielsweise die Erschließung neuer Märkte und ein stärkeres politisches Gewicht.

Zudem wird Ende 1997 die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Zypern, Ungarn, Polen, Estland, der Tschechischen Republik und Slowenien beschlossen. Für die sogenannte Osterweiterung ist allerdings noch kein zeitlicher Rahmen abzusehen.

⁴¹⁸ Auf diesen Sachverhalt wies Herr Hartmeier im Wintersemester 1996/97 in seiner Vorlesung „Europäische Institutionen“ hin.

3.3. Herbst 1998: ein vielbeschwoener Generationenwechsel, neuer Pragmatismus – und viele Streitpunkte

Der Herbst 1998 bringt frischen Wind in die deutsch-französischen Beziehungen. Die sozialdemokratische Welle schwappt auch auf Deutschland über – eine neue Generation ist an der Macht: mit der Ernennung des Sozialdemokraten Schröder zum Kanzler, was nach 16 Jahren das Ende der Ära Kohl bedeutet, ist die Kriegsgeneration auf der politischen Bühne kaum noch präsent.⁴¹⁹ Stattdessen sind nun Menschen an der Macht, die die europäische Integration als Selbstverständlichkeit erfahren haben und die Pragmatismus statt Symbolpolitik propagieren. Und es zeigt sich, daß in beiden Ländern mit Kohls symbol- und geschichtsbefrachteter Frankreichpolitik viele nicht mehr zufrieden waren. Das Motto heißt: „weg von ‘wolkiger Gefühligkeit’ und hin zu ‘mehr Realismus’“.⁴²⁰ In Frankreich schlägt man ähnliche Töne an wie in Deutschland. „Die Zeit der Symbole ist vorbei, heißt die Botschaft Védrines, die von den Neuen in Bonn gern gehört wird.“⁴²¹ Védrine über Deutschland: „Es ist ein großes, normales Land und ein großer, normaler Partner, der für Europa arbeitet, aber auch seine nationalen Interessen verteidigt. Das ist weder schockierend noch beunruhigend.“⁴²²

Der Auftakt läßt sich gut an. Schon 4 Tage nach der Bundestagswahl stattet Schröder Präsident Chirac und Premierminister Jospin einen Besuch ab, und kurze Zeit später begibt sich auch der neue Außenminister Fischer nach Paris. Beide Besuche und auch die nachfolgenden Treffen, so z.B. bei den deutsch-französischen Konsultationen in Potsdam, verlaufen positiv insofern, als Schröder und Fischer die jeweiligen Vorbehalte der Franzosen zerstreuen können. Schröder gegenüber hegte man in Paris Bedenken, da dieser gemeinhin als anglophil beziehungsweise, was in Frankreich auf dasselbe hinausläuft, nicht besonders frankophil galt. Fischer, als grüner Außenminister so etwas wie ein bunter Hund, hatte im Vorfeld insbesondere mit seinen Äußerungen über die NATO für Verstimmung beim französischen Nachbarn gesorgt. Auch er kann den Nachbarn beruhigen; der Schlüsselbegriff, den er auf seiner ersten Auslandsreise immer wieder betont, heißt „Kontinuität“.⁴²³

⁴¹⁹ Gauron, S. 12

⁴²⁰ Ausspruch des neuen Bundesaußenministers Joschka Fischer, zitiert in: CASDORFF, STEPHAN-ANDREAS, „34 Stunden zwischen Angst und Anspruch“, in: *Stuttgarter Zeitung*, 31.10.1998

⁴²¹ LOHSE, ECKART, „Die Zeit der Symbole in den deutsch-französischen Beziehungen soll vorbei sein“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.11.1998

⁴²² Ebda.

⁴²³ GÜNSCHE, KARL-LUDWIG, „Die Aufgabe erzwingt die Sprache“, in: *Die Welt*, 31.10.1998

Dennoch: die Zeit der Rituale ist vorbei, und man scheint in Bonn nun in der Tat nach dem Motto „Pragmatismus statt Symbole“ zu handeln.

Ein unverkrampfter – oder ignoranter? Das Urteil sei dem Leser überlassen – Umgang mit der gemeinsamen Vergangenheit zeichnet sich ab: Gerhard Schröder schlägt die Einladung Frankreichs aus, den höchsten patriotischen Feiertag Frankreichs, den Jahrestag des Endes des Ersten Weltkriegs, gemeinsam mit dem Staatspräsidenten auf einem Soldatenfriedhof im Argonnerwald zu begehen, um nochmals symbolisch die Versöhnung der Völker zu besiegeln. Anders bei Kohl und Mitterrand, deren Händedruck von Verdun im Jahre 1984 als Symbol für die Aussöhnung nach den Kriegen zwischen beiden Ländern um die Welt ging.⁴²⁴

Aber es hat anscheinend wirklich ein neues Kapitel begonnen, mit dem Stichwort „neues deutsches Selbstbewußtsein“. Die Deutschen haben zur nationalstaatlichen Normalität zurückgefunden. Ob dies nun gut oder schlecht ist, sei dahingestellt. Brigitte Sauzay, Deutsch-Dolmetscherin aller französischen Präsidenten von Pompidou an und heute Frankreich-Beraterin von Gerhard Schröder, lobt indes gerade die Unverkrampftheit des neuen Bundeskanzlers. Sein natürliches Deutschtum, sein unbefangenes Verhältnis zur Nation sei ausschlaggebend gewesen für ihren plötzlichen Einsatz für Schröder, war von Brigitte Sauzay in zahllosen Fernseh- und Radioauftritten zu hören. „Endlich nicht mehr diese *crispation identitaire*, diese Selbstzweifel!“⁴²⁵ Überhaupt kann Brigitte Sauzay zum Bonus für die bilateralen Beziehungen werden. Einen besseren Anfang als die Ernennung der französischen Diplomatin Brigitte Sauzay zu seiner Frankreich-Beraterin konnte der Nachfolger Kohls wohl nicht machen, so heißt es in Frankreich.⁴²⁶

Der beschworene Pragmatismus, der auch dazu dienen soll, die ritualisierten bilateralen Beziehungen ein wenig von Symbolbefrachtung zu befreien und stattdessen den konstruktiven Dialog über schwierige Fragen zu ermöglichen, wird mit Sicherheit vonnöten sein. Denn Streitpunkte gibt es genug.

Zwar herrscht, zumindest was die regierenden Parteien betrifft, eine gewisse Annäherung in politischen Fragen vor. Zum Beispiel wird es nun eine gemeinsame Arbeitsmarktpolitik geben, nachdem Kohl dies abgelehnt hatte. Für Frankreich ist dies ein wichtiger Punkt, bewegt sich doch beispielsweise die Jugendarbeitslosigkeit auf erschreckend hohem

⁴²⁴ Ecker-Ertle, S. 127

⁴²⁵ HÉNARD, JACQUELINE, „Ein Lob der Ungehemmtheit“, in: *Die Zeit*, 01.10.1998

⁴²⁶ BÖLTE, EMIL, „Er nannte ihn nicht mehr ‘Laionel’“, in: *General-Anzeiger Bonn*, 01.10.1998

Niveau; zwischen 1975 und 1996 stieg sie von 6% auf 28% – damit gehört sie zu den höchsten in ganz Europa.⁴²⁷ Nun ist also der Startschuß für den Beschäftigungspakt gefallen. Im Original-Wortlaut der Abschlusserklärung des Potsdamer Gipfels heißt es: „Aus unserer Sicht ist es (...) erforderlich, den am 17. Juni 1997 in Amsterdam geschlossenen ‘Stabilitäts- und Wachstumspakt’ zu ergänzen und damit die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt der europäischen Politik zu stellen.“⁴²⁸

Und auch sonst stimmen die Vorstellungen der neuen Regierung in Bonn, insbesondere diejenigen ihres Finanzministers Oskar Lafontaine, in einigen zentralen, hochaktuellen europapolitischen Themenfeldern mit den französischen weitgehend überein, z.B. was die makroökonomische Steuerung auf europäischer Ebene, soziale und steuerliche EU-Mindeststandards oder die Stabilisierung der Wechselkurse der großen Währungsblöcke betrifft.⁴²⁹ Es gibt also deutlich größere Gemeinsamkeiten zwischen den französischen und den – bislang absehbaren – deutschen Positionen. Zwei Konflikte sind im Bereich der Europapolitik indes vorprogrammiert. Zum einen gibt es Streit um den künftigen EU-Nettobeitrag: Deutschland weigert sich, weiterhin „Zahlmeister der EU“ zu sein – wohl auch ein Nebeneffekt der „neuen deutschen Normalität“.

Im Spiegel ist dazu folgendes zu lesen:

Die in Frankreich seit Sommer 1992 geführte Europa-Debatte ist der deutschen insofern um einige Schritte voraus als hier die „nationale Schmerzgrenze“ schon lange erreicht war. In Deutschland dämmert erst langsam die politische Erkenntnis, daß man hierzulande so lange idaler Europäer hatte sein können, weil „Europa“ seit 1945 sich eben als der bessere Weg für das Land herausgestellt hat. Alles – moralische und politische Rehabilitation, wirtschaftliche Prosperität, staatliche Souveränität und nationale Einheit – ist der Westbindung und damit der westeuropäischen Integrationspolitik zu verdanken. Erst mit der deutschen Vereinigung hat Deutschland – zumindest aus der Sicht der Nachbarn und erst langsam auch im Bewußtsein der Deutschen selbst – das Maß an Nationalstaat wieder erreicht, das anderen Ländern, vor allem Frankreich, eine alte und vor allem ungeschmälerete Gewohnheit war. Nun erst erreicht die Bundesrepublik jene Schmerzgrenze des bewußten Verzichts auf nationale Souveränität, mit der ihre Nachbarn von Anfang an konfrontiert waren.⁴³⁰

⁴²⁷ ALBERTIN, LOTHAR, „Herausforderungen: Steht Frankreich sich selbst im Wege?“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1997*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1997, S. 10

⁴²⁸ DIE WELT, „Bonn und Paris sind der Motor für den Aufbau Europas“, in: *Die Welt*, 02.12.1998

⁴²⁹ SCHILD, JOACHIM; HENRIK UTERWEDDE, „Einen anderen Ton werden beide Seiten finden müssen“, in: *Frankfurter Rundschau*, 30.11.1998

⁴³⁰ DER SPIEGEL, „Die Europäische Union. Streitfragen: Der kleinste Nenner gilt“, in: *Der Spiegel*, 30.11.1998, S. 183

Europa als „Substitut für tabuisierten Nationalstolz“⁴³¹, wie im vorhergehenden Kapitel beschrieben, hat also ausgedient.

Dennoch ist der Wunsch der Deutschen nach einer Reduzierung der EU-Beitragszahlungen auch objektiv gerechtfertigt. Zwischen deutschen Einzahlungen und Rückflüssen klafft nämlich zur Zeit eine Lücke von über 22 Milliarden Mark.⁴³² Sollte die Bonner Forderung nach einer Senkung der deutschen Nettobeiträge erfüllt werden, hätte das nicht nur die Reduzierung der Nettozahlungen zugunsten der jetzigen Empfängerländer zur Folge. Auch der Nettobeitrag Frankreichs, 1997 momentan bescheidene 1,2 Milliarden ECU pro Jahr, würde sich zwangsläufig erhöhen.⁴³³ Denn der Beitrag der Mitglieder richtet sich zwar an der Höhe ihres Bruttosozialprodukts aus, aber knapp 50 Prozent der Mittel werden für die einzige wirkliche Gemeinschaftspolitik, die Agrarpolitik, ausgegeben. Folglich profitieren agrarisch ausgerichtete Staaten – zu denen man auch Frankreich rechnen kann – in weit größerem Maße von der Bauernförderung als Deutschland.⁴³⁴

Beim Potsdamer Gipfel Ende November bzw. Anfang Dezember 1998 ist über dieses Thema keine Einigung erzielt worden. Es bleibt also abzuwarten, wer sich am Ende durchsetzt...

Auch bezüglich der *Agenda 2000*, d.h. der Reform der Agrar- und Strukturpolitik, ist einiges Konfliktpotential vorhanden. Hier gibt es den Vorschlag der nationalen Mitfinanzierung der direkten Einkommensbeihilfen für Landwirte. Diesbezüglich hat sich Frankreich, anders als Deutschland, inzwischen auf eine klar ablehnende Haltung festgelegt, denn für Frankreich wären mit einer solchen Reform bis zum Jahr 2006 zusätzliche Kosten in Höhe von ca. 650 Millionen Euro verbunden.⁴³⁵

So kann die neue Ehrlichkeit und Sachlichkeit zunächst einmal nur dazu führen, daß man sich offen sagt, wo es denn nicht stimmt im deutsch-französischen Verhältnis. Und da ist auch über den europapolitischen Bereich hinaus so mancher Interessenskonflikt abzusehen. Insbesondere zwei Themen, die beide mit der Spaltung von Atomen zu tun haben, erregen die Gemüter. Zum einen ist Frankreich verärgert über den Passus im rot-grünen Koalitionsvertrag, in dem der Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen als Ziel

⁴³¹ Mommsen, S. 58

⁴³² DER SPIEGEL (Europäische Union), S. 183

⁴³³ Vgl. Schild/Uterwedde

⁴³⁴ DER SPIEGEL (Europäische Union), S. 183

⁴³⁵ Vgl. Schild/Uterwedde

formuliert wird und den Bundesaußenminister Fischer in die öffentliche Diskussion brachte. Gerade in Frankreich, dessen unabhängige *force de frappe* wichtiger Pfeiler französischen Selbstverständnisses und -bewußtseins ist, hat man wenig Verständnis für die deutsche Strategie.

Schwerwiegendere Probleme wird es allerdings beim zweiten Thema geben, vielleicht auch, weil hier finanzielle Interessen mit im Spiel sind: dem von der rot-grünen Regierung geplanten Ausstieg aus der Kernenergie.⁴³⁶ Die französischen Bedenken sind groß, weil Kernenergie in Frankreich schon seit der Präsidentschaft Giscard's Mitte der siebziger Jahre zu den Grundlagen der Energieversorgung zählt. Mehr als 70 Prozent des Strombedarfs werden durch die Kernenergie gedeckt.⁴³⁷ Hinzu kommt, daß Frankreichs bisher landesweit akzeptierte Nuklearpolitik auch bei der Wiederaufbereitung ausländischen Atommülls finanziell attraktiv war.⁴³⁸ Folglich drängt Frankreich auch aus finanziellen Gründen auf Erfüllung der Verträge mit der COGEMA, die die Wiederaufbereitungsanlage in La Hague betreibt.

Der vielbeschwoene Pragmatismus wird also gute Dienste leisten müssen, damit erwähnte Dissenspunkte nicht zu Stolpersteinen für die bilateralen Beziehungen werden. Die Frage drängt sich allerdings auf, ob überhaupt der Nationalstaat und die exklusive deutsch-französische Freundschaft in Zukunft nicht weiter an Bedeutung verlieren werden, und dies aus zwei Gründen. Zum einen zwingt heute die Globalisierung, in größeren weltpolitischen und ökonomischen Zusammenhängen zu denken, zum anderen könnte das deutsch-französische Paar sich bald zum Trio erweitert sehen, und zwar mit Großbritannien.⁴³⁹ Schröder hat vor einiger Zeit davon gesprochen, daß er das deutsch-französische Tandem erweitern und die Engländer mit dabei haben möchte. Joseph Rovon wiegelt allerdings ab: „Das hängt weniger von Herrn Schröder als von den Engländern ab. Sie müssen wissen, ob sie in die Eurozone eintreten wollen.“⁴⁴⁰

Was die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen betrifft – wenn man die Frage ihres künftigen Stellenwerts einmal außer acht läßt – so betrachte ich den sich

⁴³⁶ WITTKÉ, THOMAS, „Abschied von Achsen und Dreiecken“, in: *General-Anzeiger Bonn*, 30.10.1998; HAHN, DOROTHEA, „Fensterreden. Deutsch-französischer Gipfel ohne sozialdemokratische Einigkeit“, in: *die tageszeitung*, 02.12.1998

⁴³⁷ LEIBEL, JOCHEN, „Atom-Streit: Paris blickt besorgt nach Bonn“, in: *Die Welt*, 23.12.1998

⁴³⁸ Ebd.

⁴³⁹ Schild/Uterwedde

⁴⁴⁰ RHEINISCHER MERKUR, „Das Tandem ist intakt“, Interview mit Joseph Rovon, in: *Rheinischer Merkur*, 02.10.1998

abzeichnenden Pragmatismus sowie das neue deutsche Selbstbewußtsein als große Chance.

Natürlich ist es unabdingbar, die Greueltaten des Zweiten Weltkriegs und insbesondere den Holocaust nie zu vergessen, stets die Erinnerung wachzuhalten und auch die junge Generation immer wieder aufs Neue zu informieren: damit so etwas nie wieder passieren kann... Trotzdem halte ich es für positiv, daß sich langsam wieder so etwas wie ein deutsches Selbstverständnis der „Normalität“ herausbildet. Und – wie das Beispiel Brigitte Sauzays zeigt – hat dies durchaus auch Signalwirkung auf unseren Nachbarn. Vielleicht birgt der Aufbruch zu neuen Horizonten und der Abschied von ritualisierten Schulbekenntnissen mehr Chancen in sich für die deutsch-französischen Beziehungen, als dies auf den ersten Blick erkennbar ist. Denn das eigene Selbstverständnis hat immer auch Auswirkungen auf die Perzeption durch andere. Indem Deutschland zu seiner Normalität zurückfindet, verliert vielleicht die *mémoire collective* in Frankreich etwas von ihrem doch übermäßigen Einfluß, der – wie zuvor beschrieben – zu inadäquaten reflexartigen Reaktionen führt dadurch, daß historische Traumata, häufig inkorrekt, der aktuellen Situation übergestülpt werden.

Es ist so immerhin denkbar, daß die Angst vor Deutschland in Frankreich überwunden wird. Vielleicht hat auch das Angstgeschrei des Jahres 1989/90 dazu beigetragen. Ich halte viel von Ingo Kolbooms These, daß Ängste formuliert, ausgelebt, ausagiert werden müssen – auch in vielleicht übertriebener Weise – um schließlich überwunden werden zu können. Mit der erhitzten Deutschlanddiskussion in den Medien wird zumindest eine neue Etappe auf dem Weg zur Überwindung der Angst zurückgelegt worden sein.

Auf diese Weise können sachliche Überlegungen den Platz der französischen Angst vor Deutschland als Motor der europäischen Integration übernehmen. Und das ist gut so! Denn – wie zuvor erwähnt – ist das Fazit der europäischen Entwicklung seit der Wiedervereinigung eher bescheiden und der Entscheidungs- und Reformbedarf in der europäischen Union groß. Beispielsweise ist eine Stärkung der Institutionen, insbesondere des Europäischen Parlaments, dringend erforderlich. Es geht nicht an, daß die einzige wirklich demokratisch legitimierte weil direkt gewählte EU-Institution am wenigsten Entscheidungsbefugnisse hat. Die EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 bietet von deutscher Warte die Möglichkeit, Initiative zu zeigen...

Und vielleicht wird in hundert Jahren niemand mehr auf die Idee kommen, eine ähnliche Diplomarbeit zu schreiben. Es sei denn, es handelt sich um einen Studenten der Geschichtswissenschaft.

Bibliographie

NB: Zeitungs- und Zeitschriftenartikel ohne Autor sind unter dem Namen der Zeitung bzw. Zeitschrift und nach Datum sortiert aufgeführt.

ALBERTIN, LOTHAR, „Herausforderungen: Steht Frankreich sich selbst im Wege?“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1997*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1997, pp. 9 - 35

ARNOLD, WILHELM; HANS JÜRGEN EYSENCK, RICHARD MEILI (Hgg.), *Lexikon der Psychologie*, Bd. 1, Freiburg im Breisgau: Herder 1971

ASHOLT, WOLFGANG, „Frankreich, Deutschland und das Gleichgewichtsdenken. Rückblick auf einige Lehren der jüngsten Vergangenheit“, in: *Dokumente*, 3 (1992), pp. 199 - 204

AUDIBERT, DOMINIQUE, „L'envol de la nouvelle Allemagne“, in: *Le Point*, 01.10.1990, pp. 16 f.

BARIÉTY, JACQUES, „Rückblick - Deutschland und Frankreich 1789 bis 1945“, in: *Vis-à-vis: Deutschland und Frankreich*, hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bonn), Köln: DuMont 1998, pp. 39 - 52

BÉHAR, PIERRE, „Des Allemagnes à l'Allemagne“, in: *Géopolitique*, 44 (1993/94), pp. 4 - 9

BERSCHIN, HELMUT, „‘L'Allemagne m'inquiète'. Deutschland in der französischen Öffentlichkeit 1989/90: Weltbild oder Diskurswelt?“ in: *Deutschlandbilder in Dänemark und England, in Frankreich und den Niederlanden*, hg. von Hans Süßmuth, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1990, pp. 350 - 360

BIANCO, JEAN-LOUIS, „Arrimer l'Allemagne“, in: *L'Express*, 11.09.1992, p. 16

BIBLIOGRAPHISCHES INSTITUT MANNHEIM, LEXIKONREDAKTION (Hg.), *Meyers Großes Universallexikon in 15 Bänden*, Mannheim: Bibliographisches Institut 1983

BITTERLICH, JOACHIM, „In memoriam Werner Rouget: Frankreichs (und Europas) Weg nach Maastricht im Jahr der Deutschen Einheit“, in: Rouget, Werner, *Schwierige Nachbarschaft am Rhein: Frankreich-Deutschland*, hg. von Joachim Bitterlich und Ernst Weisenfeld, Bonn: Bouvier 1998, pp. 112 - 123

BOCK, HANS MANFRED, „Frankreich 1991/92: Europäische Herausforderung und nationale Ungewißheiten“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1992*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1992, pp. 9 - 33

BOCK, HANS-MANFRED, „Wechselseitige Wahrnehmung als Problem der deutsch-französischen Beziehungen“, in: *Frankreich Jahrbuch 1995*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1996, pp. 35 - 56

BÖLTE, EMIL, „Er nannte ihn nicht mehr ‘Laionel’“, in: *General-Anzeiger Bonn*, 01.10.1998

- BOUREL, DOMINIQUE, „La grande illusion d'Alain Minc“, in: *Documents*, 1 (1989), pp. 122 f.
- BRARD, JEAN-PIERRE, „La menace du IV^e Reich“, in: *Le Monde*, 07.03.1990
- BREMER, HANS-HAGEN, „Deutsche Einheit: Frankreichs plötzliche Eile“, in: *Frankfurter Rundschau*, 22.03.1990
- BREMER, HANS-HAGEN, „Sie sprechen wohl Englisch miteinander. Kleines Protokoll mit großen Gesten für den künftigen Kanzler Schröder in Paris“, in: *Frankfurter Rundschau*, 01.10.1998
- BROCKHAUS-VERLAG, *Brockhaus - die Enzyklopädie in 24 Bänden*, Mannheim: Brockhaus 1997
- BRUCK, ELKE, „Französische Deutschlandbilder und deutsche Frage: Perzeptionen vor, während und seit der Vereinigung“, in: *Revue d'Allemagne*, 4 (1996), pp. 605 - 618
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hg.), *Der Weg zur Europäischen Union*, Berlin: Möller Druck und Verlag 1995
- BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (Hg.), *Informationen zur politischen Bildung*, Nr. 186: *Frankreich*, Bonn: 1994
- CARROUÉ, LAURENT, „Naissance d'une nouvelle hégémonie? Conquérante Allemagne“, in: *Le Monde diplomatique*, 8 (1990), p. 1
- CASANOVA, JEAN-CLAUDE, „Saute de vent“, in: *L'Express*, 26.06.1992, p. 17
- CASDORFF, STEPHAN-ANDREAS, „34 Stunden zwischen Angst und Anspruch“, in: *Stuttgarter Zeitung*, 31.10.1998
- CHRISTADLER, MARIELUISE, „Résistance - Kollaboration“, in: *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert*, hg. von Robert Picht, Vincent Hoffmann-Martinot, René Lasserre und Peter Theiner, München: Piper Verlag 1997, pp. 45 - 49
- CLAUSS, GÜNTER (Hg.), *Wörterbuch der Psychologie*, Köln: Pahl-Rugenstein Verlag 1986
- COLARD, DANIEL, „Föderalisten und Konföderalisten. Frankreichs Parteien vor den Fragen europäischer Politik“, in: *Dokumente*, 3 (1991), pp. 186 - 191
- COLARD, DANIEL, „L'Allemagne unie et le couple franco-allemand“, in: *Défense nationale*, 5 (1991), pp. 99 - 114
- COLARD, DANIEL, „Le partenariat Paris-Bonn: un couple modulable“, in: *Défense nationale*, 12 (1996), pp. 61 - 71
- COLE, ALISTAIR, „Looking on: France and the New Germany“, in: *German Politics*, 3 (1993), pp. 358 - 376

- DANIEL, JEAN, „Le Prince devant la force des choses“, in: *Le Nouvel Observateur*, 29.03.1990, pp. 30 f.
- DAUVERGNE, ALAIN, „Le risque d'implosion“, in: *Le Point*, 25.09.1989, p. 38
- DEBRÉ, MICHEL, „Quand Rapallo peut remplacer Yalta“, in: *Le Monde*, 14.11.1989
- DELATTRE, LUCAS, „Deutschland und Frankreich - ein europäischer Dialog“, in: *Vis-à-vis: Deutschland und Frankreich*, hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bonn), Köln: DuMont 1998, pp. 187 - 192
- DELAVERNAT, CHRISTINE, „Union monétaire: le suspense allemand“, in: *L'Express*, 17.11.1989, p. 15
- DOHNANYI, KLAUS VON, „Die Normalisierung der deutschen Nation in Europa“, in: *Deutschland und Frankreich im neuen Europa*, hg. von Ingo Kolboom, Bonn: Europa Union Verlag 1991, pp. 113 - 119
- DOKUMENTE, „Krise der deutsch-französischen Beziehungen? Eine Umfrage in Frankreich“ (Antwort von Joseph Hours), in: *Dokumente*, 3 (1953), p. 168 (nicht eingesehen)
- DOKUMENTE, „'Keine Furcht vor der Wiedervereinigung'. Was sagte Staatspräsident Mitterrand zur deutschen Frage?“, in: *Dokumente*, 6 (1989), pp. 518 - 522
- DORSCH, FRIEDRICH (Hg.), *Psychologisches Wörterbuch*, Bern: Huber 1987
- DREYFUS, FRANÇOIS-GEORGES, „Le rêve de l'unification allemande“, in: *Revue politique et parlementaire*, 952 (1991), pp. 5 - 11
- DUDENREDAKTION, WISSENSCHAFTLICHER RAT (Hg.), *Der Duden. Das Standardwerk zur deutschen Sprache in 10 Bänden*, Bd. 7 „Etymologie“, Mannheim: Dudenverlag 1989
- DUHAMEL, ALAIN, *Les peurs françaises*, Paris: Flammarion 1993
- ECKER-ERTLE, HEIDEMARIE, „Der Elysée-Vertrag und seine Folgen“, in: *Vis-à-vis: Deutschland und Frankreich*, hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bonn), Köln: DuMont 1998, pp. 121 - 130
- ÉCOTAIS, YANN DE L', „Europe: si la France dit non“, in: *L'Express*, pp. 10 f.
- ÉCOTAIS, YANN DE L', „Union politique“, in: *L'Express*, 24.11.1989, p. 7
- ENGELKES, HEIKO, „Das gegenwärtige Deutschlandbild in Frankreich“, in: *Deutschlandbilder in Dänemark und England, in Frankreich und den Niederlanden*, hg. von Hans Süssmuth, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1990, pp. 374 - 381
- ENGELKES, HEIKO, „Frankreich und die deutsche Wiedervereinigung“, in: *Vis-à-vis: Deutschland und Frankreich*, hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bonn), Köln: DuMont 1998, pp. 193 - 200

- EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hg.), *Comment fonctionne l'Union européenne?*, Luxemburg/Brüssel: 1996
- L'EXPRESS, „Faut-il craindre une Europe dominée par l'Allemagne?“, in: *L'Express*, 04.09.1992, p. 20
- FAßBENDER, BARDO, „Zur staatlichen Ordnung Europas nach der deutschen Einigung“, in: *Europa-Archiv*, 13 (1991), pp. 395 - 403
- FAVIER, PIERRE; MICHEL MARTIN-ROLAND, *La décennie Méditerranée*, Bd. 3: *Les défis*, Paris: Editions du Seuil 1996
- FONTAINE, ANDRÉ, „Un avenir commun pour l'Europe“, in: *Deutschland und Frankreich im neuen Europa*, hg. von Ingo Kolboom, Bonn: Europa Union Verlag 1991, pp. 10 - 17
- FOUSSIER, GÉRARD, *Ein glückliches (W)Ehepaar. Deutsche und Franzosen*, Stuttgart/Bonn: Burg Verlag 1991
- FRANÇOIS-PONCET, JEAN, „Dégager un consensus“, in: *Le Monde*, 06.10.1990
- FRANÇOIS-PONCET, JEAN, „L'heure de vérité“, *Le Figaro*, 02.11.1989
- FRANÇOIS-PONCET, JEAN, „Peut-on dire 'non' à Maastricht?“, in: *Le Figaro*, 01.09.1992
- FRISCH, ALFRED, „Bilanz eines ungewöhnlichen Jahres“, in: *Dokumente*, 6 (1990), pp. 462 - 468
- FRISCH, ALFRED, „Nach dem Erdbeben im Osten. Frankreichs Verhältnis zum deutschen Partner“, in: *Dokumente*, 1 (1990), pp. 9 - 14
- FRITSCH-BOURNAZEL, RENATA, *Das Land in der Mitte. Die Deutschen im europäischen Kräftefeld*, München: iudicium verlag 1986
- FRITSCH-BOURNAZEL, RENATA, *L'Allemagne unie dans la nouvelle Europe*, Brüssel: Editions Complexe 1991
- FRITSCH-BOURNAZEL, RENATA, „Paris und Bonn: eine fruchtbare Spannung“, in: *Europa-Archiv*, 12 (1994), pp. 343 - 348
- FRITSCH-BOURNAZEL, RENATA, „Rapallo - eine hartnäckige Erinnerung an einen unvergleichbaren Augenblick“, in: *Dokumente*, 3 (1982), pp. 247 - 253
- FRITZLER, MARC; GÜNTHER UNSER, *Die Europäische Union*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1998
- FROSSARD, ANDRÉ, „Gravitation“, in: *Le Figaro*, 03.10.1990
- GADDUM, ECKART, „Europäisches Währungssystem“, in: *Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, hg. von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: Europa Union Verlag 1995, pp. 200 - 203

- GARCIN, THIERRY, „Paris-Bonn: le temps des malentendus“, in: *Politique internationale*, 59 (1993), pp. 211 - 223
- GAULLE, CHARLES DE, *Mémoires de guerre*, Bd. 3: *Le salut*, Paris: Plon 1959 (nicht eingesehen)
- GAURON, ANDRÉ, *Le malentendu européen*, Paris: Hachette Littératures 1998
- GEIGER, WOLFGANG, „Die Konturen des neuen Deutschland sind alles andere als klar...“, in: *Die Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte*, 3 (1991), pp. 210 - 215
- GHERARDI, SOPHIE, „Un surcroît de puissance économique“, in: *Le Monde*, 06.10.1990
- GOETHE-INSTITUT PARIS (Hg.), *Komische Nachbarn. Deutsch-französische Beziehungen im Spiegel der Karikatur (1945 - 1985)*, Paris: Goethe-Institut 1988
- GONIN, JEAN-MARC, „Paris-Bonn: fin de bail“, in: *L'Express*, 16.03.1990, pp. 44 - 46
- GOUGEON, JACQUES-PIERRE, „Frankreichs neuer Selbstbehauptungswille“, in: *Internationale Politik*, 9 (1998), pp. 13 - 20
- GROSSER, ALFRED, „Aspects franco-allemands de la question allemande“, in: *Deutschland und Frankreich im neuen Europa*, hg. von Ingo Kolboom, Bonn: Europa Union Verlag 1991, pp. 42 - 46
- GROSSER, ALFRED, „France-Allemagne: 1936-1986“, in: *politique étrangère*, 1 (1986), pp. 247 - 255
- GROSSER, ALFRED, *Affaires extérieures. La politique de la France 1944/1984*, Paris: Flammarion 1984
- GROSSER, ALFRED, *Mein Deutschland*, Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag 1993
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998
- GÜNSCHE, KARL-LUDWIG, „Die Aufgabe erzwingt die Sprache“, in: *Die Welt*, 31.10.1998
- GUÉRIN-SENDELBACH, VALÉRIE, „‘Incertitudes françaises’? Die Entwicklung der Europäischen Union aus französischer Sicht“, in: *Dokumente*, 4 (1994), pp. 203 - 302
- GUÉROT, ULRIKE, „Deutschland, Frankreich und die Währungsunion - über Diskussionen und Metadiskussionen“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1997*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1997, pp. 223 - 240
- GUILBERT, PAUL, „Marie-France Garaud: «La France risque d’être marginalisée»“, in: *Le Figaro*, 11.11.1989
- GUILLEN, PIERRE, *La question allemande (1945 - 1995)*, Paris: Imprimerie nationale Editions 1996

- HAHN, DOROTHEA, „Fensterreden. Deutsch-französischer Gipfel ohne sozialdemokratische Einigkeit“, in: *die tageszeitung*, 02.12.1998
- HANKE, THOMAS; WOLFGANG PROISSL, „Die Dolchstoßlegende“, in: *Die Zeit*, 07.05.1998
- HARPPRECHT, KLAUS, „Europa oder das Glück“, in: *Der Spiegel*, 30.11.1998, pp. 162 - 177
- HARBRECHT, WOLFGANG, *Die Europäische Gemeinschaft*, Stuttgart: Fischer Verlag 1978
- HAUS DER GESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (Hg.), *Vis-à-vis: Deutschland und Frankreich*, Köln: DuMont 1998
- HÉNARD, JACQUELINE, „Abschied vom Ersten Weltkrieg. Wie in Frankreich aus der Geschichte eine Erinnerung an die Erinnerung wird“, in: *Die Zeit*, 05.11.1998
- HÉNARD, JACQUELINE, „Ein Lob der Ungehemmtheit“, in: *Die Zeit*, 01.10.1998
- HOAGLAND, JIM, „L'Allemagne d'abord de Bush“, in: *L'Express*, 06.07.1990, p. 24 (nicht eingesehen)
- HOFFMANN, STANLEY, „Dilemmes et stratégies de la France dans la nouvelle Europe (1989-1991)“, in: *politique étrangère*, 4 (1992), pp. 879 - 892
- HOFFMANN, STANLEY, „La France dans le nouvel ordre européen“, in: *politique étrangère*, 3 (1990), pp. 503 - 512
- HÖHNE, ROLAND, „Frankreich und die deutsche Einheit - Die Reaktion der Öffentlichkeit auf den Wiedervereinigungsprozeß im Jahre 1989/90“, in: *Lendemains*, 62 (1991), pp. 106 - 119
- HOWORTH, JOHN, „France Since the Berlin Wall: Defence and Diplomacy“, in: *The World Today*, 7 (1990), pp. 126 - 130
- HUBEL, HELMUT, *Das vereinte Deutschland aus internationaler Sicht. Eine Zwischenbilanz*, Bonn: Europa Union Verlag 1993
- HUDEMANN, RAINER, „Besatzung“, in: *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert*, hg. von Robert Picht, Vincent Hoffmann-Martinot, René Lasserre und Peter Theiner, München: Piper Verlag 1997, pp. 50 - 56
- IMBERT, CLAUDE, „Le vertige européen“, in *Le Point*, 18.09.1989, p. 3
- ISNARD, JACQUES, „Un entretien avec M. Chevènement“, in: *Le Monde*, 13.07.1990
- JEAMBAR, DENIS; CHRISTIAN MAKARIAN, „Quelle Allemagne va naître?“, in: *Le Point*, 01.10.1990, pp. 10 - 13
- JOPP, MATHIAS, „Sicherheit - NATO“, in: *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert*, hg. von Robert Picht, Vincent Hoffmann-Martinot, René Lasserre und Peter Theiner, München: Piper Verlag 1997, pp. 321 - 326

- JULLIARD, JACQUES, „Europe: les difficultés commencent“, in: *Le Nouvel Observateur*, 22.02.1990, p. 33
- JULLIARD, JACQUES, „Lettre à un Français qui hésite encore“, in: *Le Nouvel Observateur*, 10.09.1992, pp. 5 - 13
- JULLIARD, JACQUES, „Vite, vite l'Europe!“, in: *Le Nouvel Observateur*, 25.01.1990, p. 33
- JURT, JOSEPH, „Deutsch-französische Fremd- und Selbstbilder in der Literatur und Publizistik der Gegenwart“, in: *Frankreich Jahrbuch 1995*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1996, pp. 57 - 80
- KIMMEL, ADOLF, „Frankreich im Europa nach Jalta: Welche Rolle, welcher Rang?“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1992*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1992, pp. 37 - 46
- KLOTZ, SWANTJE, *Les réactions françaises face à la réunification allemande*“, Diplomarbeit im europäischen Studiengang „Angewandte Sprachen“, angefertigt an der Fachhochschule Köln - Fachbereich Sprachen, Köln: 1994
- KNIPPING, FRANZ, „Que faire de l'Allemagne? Die französische Deutschlandpolitik 1945 - 1950“, in: *Eine ungewöhnliche Geschichte: Deutschland - Frankreich seit 1870*, hg.von Franz Knipping und Ernst Weisenfeld, Bonn: Europa Union Verlag 1988, pp. 141 - 155
- KOCH, URSULA E., „Michel und Marianne nach dem Fall der Berliner Mauer: Wechselseitige Wahrnehmung in den Medien“, in: *Frankreich Jahrbuch 1995*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1996, pp. 81 - 96
- KOLBOOM, INGO, „A la chasse aux vieux démons: la France et l'Allemagne unie“, in: *politique étrangère*, 3 (1991), pp. 715 - 721
- KOLBOOM, INGO, „Charles de Gaulle und ein deutsch-französisches Mißverständnis über Nation und Europa“, in: *De Gaulle, Deutschland und Europa*, hg. von Wilfried Loth und Robert Picht, Opladen: Leske und Budrich 1991, pp. 135 - 150
- KOLBOOM, INGO, *Das Problem der Franzosen mit der deutschen Identität*, Occasional Papers No. 12 des Fachbereichs Politische Wissenschaft der FU Berlin, Berlin 1985 (nicht eingesehen)
- KOLBOOM, INGO, „Deutsche Frage und Europäisches Gleichgewicht - Anmerkung zu den Grenzen eines historischen Paradigmas“, in: *Deutschland und Frankreich im neuen Europa*, hg. von Ingo Kolboom, Bonn: Europa Union Verlag 1991, pp. 47 - 53
- KOLBOOM, INGO, „Dialog mit Bauchgrimmern? Die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen“, in: *Europa-Archiv*, 9 (1994), pp. 257 - 264
- KOLBOOM, INGO, „Europa denken - Frankreich in Europa“, in: *Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rundblick*, hg. von Ingo Kolboom und Ernst Weisenfeld, Bonn: Europa Union Verlag 1993, pp. 19 - 50

- KOLBOOM, INGO, „Frankreich 1992/93. Ein Versuch über die Befindlichkeit oder Das Ende der Gewißeiten“, in: *Frankreich Jahrbuch 1993*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1993, pp. 11 - 33
- KOLBOOM, INGO, „Frankreich und die staatliche Neuordnung Deutschlands 1945 - 1949“, in: *Frankreich - ein unverstandener Nachbar*, hg. von Wolfgang Asholt und Heinz Thoma, Bonn: Romanistischer Verlag 1990, pp. 51 - 86
- KOLBOOM, INGO, „La France et l'unité allemande au-delà des préjugés“, in: *Revue politique et parlementaire*, 952 (1991), pp. 33 - 42
- KOLBOOM, INGO, „Pensées hérétiques sur la politique étrangère et européenne de la France“, in: *Documents*, 4 (1993), pp. 32 - 37
- KOLBOOM, INGO, *Vom geteilten zum vereinten Deutschland: Deutschland-Bilder in Frankreich*, Bonn: Europa Union Verlag 1991
- KOLBOOM, INGO, „Von der heillosen zur heilsamen Verstrickung. Deutsche und Franzosen in der gegenseitigen Wahrnehmung“, in: *Deutschlandbilder in Dänemark und England, in Frankreich und den Niederlanden*, hg. von Hans Süssmuth, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1990, pp. 287 - 302
- KRAMER, STEVEN PHILIP, „La question française“, in: *politique étrangère*, 4 (1991), pp. 959 - 974
- KRUMEICH, GERD, „Die Weltkriege“, in: *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert*, hg. von Robert Picht, Vincent Hoffmann-Martinot, René Lasserre und Peter Theiner, München: Piper Verlag 1997, pp. 33 - 39
- LALLEMENT, RÉMI, „Außenwirtschaftliche Verflechtung/Globalisierung“, in: *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert*, hg. von Robert Picht, Vincent Hoffmann-Martinot, René Lasserre und Peter Theiner, München: Piper Verlag 1997, pp. 258 - 265
- LALOY, JEAN, „Noch ein Mythos: Jalta - Was ging dort vor?“, in: *Dokumente*, 3 (1982), pp. 254 - 256
- LAPPENKÜPER, ULRICH, „Auf dem Weg zur «Erbfreundschaft»: Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich von 1949 bis 1963“, in: *Vis-à-vis: Deutschland und Frankreich*, hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bonn), Köln: DuMont 1998, pp. 111 -120
- LASSERRE, RENÉ, „Währungsunion“, in: *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert*, hg. von Robert Picht, Vincent Hoffmann-Martinot, René Lasserre und Peter Theiner, München: Piper Verlag 1997, pp. 296 - 303
- LE FIGARO, „Le 9 novembre, une date lourde de souvenirs“, in: *Le Figaro*, 14.11.1989
- LE MONDE, „La réunification de l'Allemagne ne peut pas être un problème d'actualité, déclare M. Dumas“, in: *Le Monde*, 17.11.1989
- LE MONDE, „M. Mitterrand se rendra en RDA du 20 au 22 décembre“, in: *Le Monde*, 23.11.1989

- LE MONDE, „M. Marchais affirme que «la grande Allemagne, c'est la France écrasée»“, in: *Le Monde*, 16.02.1990
- LE MONDE, „La logique voudra que l'armée française stationnée en Allemagne regagne son pays“, in: *Le Monde*, 08.07.1990
- LE MONDE, „‘Si le ‘non’ l'emportait, l'Allemagne retrouverait ses penchants historiques et géographiques’ affirme M. Michel Rocard“, in: *Le Monde*, 01.09.1992
- LE MONDE, „M. Mitterrand dialogue à la télévision avec MM. Séguin et Kohl“, in: *Le Monde*, 04.09.1992
- LE MONDE, „Les archives de la réunification allemande“, in: *Le Monde*, 30.06.1998
- LEBLOND, LAURENT, *Le couple franco-allemand depuis 1945*, Paris: Le Monde-Éditions 1997
- LELLOUCHE, PIERRE, „Cette grande Allemagne qui inquiète“, in: *Le Point*, 05.03.1990, pp. 44 f.
- LEHMANN, INES, *Die deutsche Vereinigung von außen gesehen: Angst, Bedenken und Erwartungen in der ausländischen Presse*, Bd. 1, Frankfurt am Main: Europäischer Verlag der Wissenschaften 1996
- LEIBEL, JOCHEN, „Atom-Streit: Paris blickt besorgt nach Bonn“, in: *Die Welt*, 23.12.1998
- LENTZ, JEAN-JACQUES, „Le couple France-Allemagne“, in: *Commentaire*, 33 (1986), pp. 36 - 41
- LEQUESNE, CHRISTIAN, „Europäische Union“, in: *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert*, hg. von Robert Picht, Vincent Hoffmann-Martinot, René Lasserre und Peter Theiner, München: Piper Verlag 1997, pp. 307 - 314
- LIEHR, GÜNTER, „Die französische Presselandschaft“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1990*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1990, pp. 173 - 191
- LOHSE, ECKART, „Die Zeit der Symbole in den deutsch-französischen Beziehungen soll vorbei sein“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30.11.1998
- LOTH, WILFRIED, „Die zweite Chance. Die deutsch-französischen Beziehungen nach der deutschen Einheit“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1992*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1992, pp. 47 - 54
- MANFRASS, KLAUS, „Das deutsch-französische Verhältnis nach der historischen Zäsur des Jahres 1989“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 30 (1995), pp. 11 - 27
- MARCUSE, ELIE, „Un pactole pour un pacte“, in: *L'Express*, 27.07.1990, pp. 4 f.
- MARHOLD, HARTMUT, „Erweiterung“, in: *Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, hg. von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: Europa Union Verlag 1995, pp. 126 - 133

- MARIENFELD, WOLFGANG, *Die Geschichte des Deutschlandproblems im Spiegel der politischen Karikatur*, Hannover: Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung 1989
- MATERN, MICHAEL; MARTIN SCHULTZ, „Zeittafel der europäischen Integration“, in: *Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, hg. von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: Europa Union Verlag 1995, pp. 393 - 402
- MÉNUDIÉ, HENRI, „Deutsch-französische Beziehungen und europäische Integration“, in: *Das Bündnis im Bündnis: Deutsch-französische Beziehungen im internationalen Spannungsfeld*, hg. von Robert Picht, Berlin: Severin und Siedler 1982, pp. 140 - 168
- MÉNUDIÉ, HENRI, „Die Deutschlandbilder der Franzosen 1974-1985“, in: *Deutschlandbilder in Dänemark und England, in Frankreich und den Niederlanden*, hg. von Hans Süßmuth, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1990, pp. 303 - 336
- MÉNUDIÉ, HENRI, „La France et le problème allemand“, in: *Revue française de science politique*, 1 (1987), pp. 358 - 370
- MINC, ALAIN, *La grande illusion*, Paris: Grasset & Fasquelle 1989
- MINC, ALAIN, „Une seule civilisation de Brest à Brest-Litovsk“, in: *Le Figaro*, 13.11.1989
- MINDER, ROBERT, *Allemagnes et Allemands. Essai d'histoire culturelle*. Bd. 1, Paris: NN 1948 (nicht eingesehen)
- MITTERRAND, FRANÇOIS, *De l'Allemagne, de la France*, Paris: Odile Jacob 1996
- MITTERRAND, FRANÇOIS, „L'Allemagne, la France et l'Europe“, in: *Revue politique et parlementaire*, 952 (1993), pp. 45 - 52
- MÖLLER, HORST, „Lieux de mémoire - Orte der Erinnerung“, in: *Vis-à-vis: Deutschland und Frankreich*, hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bonn), Köln: DuMont 1998, pp. 53 - 64
- MOHR, REINHARD, „Total normal?“, in: *Der Spiegel*, 30.11.1998, pp. 40 - 48
- MOÏSI, DOMINIQUE, „La réunification: pourquoi pas?“, in: *L'Express*, 29.09.1989, p. 20
- MOÏSI, DOMINIQUE, „The French Answer to the German Question“, in: *European Affairs*, 1 (1990), pp. 30 - 35
- MOLL, NICOLAS, „L'Allemagne de nos obsessions“, in: *Documents*, 2 (1990), pp.11 - 16
- MOMMSEN, WOLFGANG, „Auf der Suche nach nationaler Identität: zur Diskontinuität deutscher Staatlichkeit“, in: *Das Bündnis im Bündnis: Deutsch-französische Beziehungen im internationalen Spannungsfeld*, hg. von Robert Picht, Berlin: Severin und Siedler 1982, pp. 40 - 66

- MONAR, JÖRG, „Maastricht“, in: *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert*, hg. von Robert Picht, Vincent Hoffmann-Martinot, René Lasserre und Peter Theiner, München: Piper Verlag 1997, pp. 315 -321
- MONTBRIAL, THIERRY DE, „La France et l'Allemagne dans l'Europe nouvelle“, in: *Deutschland und Frankreich im neuen Europa*, hg. von Ingo Kolboom, Bonn: Europa Union Verlag 1991, pp. 132 - 134
- MONTVALON, DOMINIQUE DE, SYLVIE PIERRE-BROSSOLETTE, „Histoire secrète d'un référendum“, in: *L'Express*, 18.09.1992, pp. 30 - 37
- MONTVALON, DOMINIQUE DE, SYLVIE PIERRE-BROSSOLETTE, „De la griserie au doute“, in: *L'Express*, 26.06.1992, pp. 12 - 16
- MOREAU DÉFARGES, PHILIPPE, „France, Allemagne, Royaume Uni. Vers un nouvel équilibre communautaire?“, in: *Revue d'intégration européenne*, 2-3 (1991), pp. 153 - 160
- MOREAU DÉFARGES, PHILIPPE, „La France et l'Europe: le rêve ambigu ou la mesure du rang“, in: *politique étrangère*, 1 (1986), pp. 199 - 218
- MOREAU DÉFARGES, PHILIPPE, „Le couple franco-allemand: quel avenir?“, in: *Défense nationale*, 8 (1995), pp. 109 - 116
- MORIZET, JACQUES, „Le problème allemand vu de France“, in: *Défense nationale*, 2 (1990), pp. 11 - 23
- MÜLLER, CHRISTIAN, „Aus dem Tritt geraten. Belastungen des deutsch-französischen Tandems“, in: *Internationale Politik*, 9 (1998), pp. 7 - 12
- NERLICH, UWE, „Europa zwischen alten Ängsten und neuen Hoffnungen“, in: *Europa-Archiv*, 16 (1990), pp. 481 - 492
- NICOLAS, FRANÇOISE; HANS STARK, *L'Allemagne. Une nouvelle hégémonie?*, Paris: Dunod-IFRI 1992
- NOHLEN, DIETER (Hg.), *Wörterbuch Staat und Politik*, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1998
- NONNENMACHER, GÜNTHER, „Eine Mehrheit für Europa“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.05.1998
- OLSSON, MICHAEL; DIRK PIEKENBROCK, *Kompakt Lexikon Umwelt- und Wirtschaftspolitik*, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden: Betriebswirtschaftlicher Verlag Dr. Th. Gabler 1996
- PFROMM, RÜDIGER, *Und Europa wächst zusammen: Karikaturen, Lieder, Gedichte und Texte für Fremdsprachenunterricht und Schüleraustausch*, Rheinbach: CMZ-Verlag 1995
- PICHT, ROBERT, „Deutsch-französische Beziehungen nach dem Fall der Mauer: Angst vor 'Großdeutschland'?“, in: *Integration*, 2 (1990), pp. 47 - 58

- PICHT, ROBERT, „Frankreich 1990/91: Rolle und Rang in einer veränderten Welt“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1991*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1991, pp. 9 - 31
- PICHT, ROBERT, „Pour une psychanalyse des relations franco-allemandes“, in: *Géopolitique*, 44 (1993/94), pp. 70 - 72
- PICHT, ROBERT, „Welches Europa soll es sein? Unterschiedliche Wahrnehmungsmuster deutscher und französischer Europapolitik“, in: *Frankreich Jahrbuch 1995*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1996, pp. 175 - 185
- PIERRE-BROSSOLETTE, SYLVIE, „A chacun son Allemagne“, in: *L'Express*, 22.12.1989, p. 10
- PIERRE-BROSSOLETTE, SYLVIE, „Mitterrand: Maastricht à quitte ou double“, in: *L'Express*, 19.06.1992, pp. 14 f.
- PORTE, GUY, „Le RECOURS appelle à „sanctionner“ le pouvoir socialiste“, in: *Le Monde*, 03.09.1992
- RÉMOND, RENÉ, „Die verweigerte Integration: nationalstaatliche Autonomie als Prinzip der französischen Geschichte“, in: *Das Bündnis im Bündnis: Deutsch-französische Beziehungen im internationalen Spannungsfeld*, hg. von Robert Picht, Berlin: Severin und Siedler 1982
- RHEINISCHER MERKUR, „Das Tandem ist intakt“, Interview mit Joseph Rován, in: *Rheinischer Merkur*, 02.10.1998
- ROBERT, PAUL, *Le grand Robert de la langue française. Dictionnaire alphabétique et analogue de la langue française*, zweite Auflage, überarbeitet von Alain Rey, Paris: Le Robert 1985
- ROSENZWEIG, LUC, „Un pays achevé, riche et stable, à moins que...“, in: *Le Monde*, 04.10.1990
- ROUGET, WERNER, *Schwierige Nachbarschaft am Rhein: Frankreich-Deutschland*, hg. von Joachim Bitterlich und Ernst Weisenfeld, Bonn: Bouvier 1998
- ROVAN, JOSEPH, „Bismarck - von Frankreich aus gesehen“, in: *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert*, hg. von Robert Picht, Vincent Hoffmann-Martinot, René Lasserre und Peter Theiner, München: Piper Verlag 1997, pp. 30 - 33
- ROVAN, JOSEPH, „Die Grundlagen des Neubeginns. Eindrücke aus Jahren der Wirrnis und der Klärung (1945-1955)“, in: *Eine ungewöhnliche Geschichte: Deutschland - Frankreich seit 1870*, hg. von Franz Knipping und Ernst Weisenfeld, Bonn: Europa Union Verlag 1988, pp. 156 - 163
- ROVAN, JOSEPH, „L'Allemagne libre dans l'Europe unie“, in: *Le Monde*, 14.11.1989
- ROVAN, JOSEPH, *Zwei Völker - eine Zukunft. Deutsche und Franzosen an der Schwelle des 21. Jahrhunderts*, München: Piper 1986

- RUGE, PETER, „Wieder amitié“, in: *Die Welt*, 27.04.1990
- SCHILD, JOACHIM, „Frankreich und die Europäische Union: Außen- und Sicherheitspolitik im EG-Rahmen?“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1992*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1992, pp. 79 - 99
- SCHILD, JOACHIM; HENRIK UTERWEDDE, „Einen anderen Ton werden beide Seiten finden müssen“, in: *Frankfurter Rundschau*, 30.11.1998
- SCHLÖTZER-SCOTLAND, CHRISTIANE, „Filmreifes Gipfelerlebnis“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 02.12.1998
- SCHLOSSER, FRANÇOIS, „L'Allemagne contre l'Europe?“, in: *Le Nouvel Observateur*, 22.02.1990, pp. 30 - 32
- SCHLOSSER, FRANÇOIS, „Si l'Allemagne se retrouve seule“, in: *Le Nouvel Observateur*, 03.09.1992, pp. 30 f.
- SCHRADER, LUTZ, „Miterrands Europapolitik oder der lange Abschied vom Gaullismus“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 32 (1993), pp. 33 - 39
- SCHUMAN, ROBERT, „Gestaltung mit Kohle und Stahl. Aus der Regierungserklärung vom 9.5.1950“, in: *Eine ungewöhnliche Geschichte: Deutschland - Frankreich seit 1870*, hg. von Franz Knipping und Ernst Weisenfeld, Bonn: Europa Union Verlag 1988, p. 167
- SCHÜTZE, WALTER, „Es geht um einen gemeinsamen Neubeginn. Deutschland und Frankreich zu Beginn der neunziger Jahre“, in: *Dokumente*, 1 (1991), pp. 4 - 9
- SCHÜTZE, WALTER, „Frankreich angesichts der deutschen Einheit“, in: *Europa-Archiv*, 4 (1990), pp. 133 - 138
- SÉGUIN, PHILIPPE, Rede vor der *Assemblée nationale* im Mai 1992, in: *Journal officiel. Débats parlementaires*, 1992 (nicht eingesehen)
- SOUTOU, GEORGES-HENRI, *Deutsche Einheit - Europäische Einigung. Französische Perspektiven*, hg. von der Universität Augsburg, Augsburg 1990
- SOUTOU, GEORGES-HENRI, „Die Opposition gegen Maastricht - Beweggründe und Argumente nach den Erfahrungen von 1993“, in: *Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rundblick*, hg. von Ingo Kolboom und Ernst Weisenfeld, Bonn: Europa Union Verlag 1993, pp. 87 - 97
- SOUTOU, GEORGES-HENRI, *L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands, 1954-1996*, Paris: Arthème Fayard 1996
- DER SPIEGEL, „Euro: Wehret den Anfängen“, in: *Der Spiegel*, 19.01.1998, p. 40
- DER SPIEGEL, „Die Europäische Union. Streitfragen: Der kleinste Nenner gilt“, in: *Der Spiegel*, 30.11.1998, pp. 182 f.
- STANDOP, EWALD, *Die Form der wissenschaftlichen Arbeit*, Heidelberg, Wiesbaden: Quelle und Meyer 1994

- STARK, HANS, „Dissonances franco-allemandes sur fond de guerre serbo-croate“, in: *politique étrangère*, 2 (1992), pp. 339 - 347
- STARK, HANS, „France-Allemagne: entente et mésententes“, in: *politique étrangère*, 4 (1993), pp. 989 - 999
- STIRKEN, ANGELA, „«Vis-à-vis»: nebeneinander, miteinander, gegeneinander“, in: *Vis-à-vis: Deutschland und Frankreich*, hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bonn), Köln: DuMont 1998, pp. 13 - 19
- STÜRMER, MICHAEL, „L'Allemagne et l'Europe“, in *Revue française de science politique*, 1 (1987), pp. 377 - 370
- SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, „Franzosen über Deutsche gespalten. Öffentliche und veröffentlichte Meinung widersprechen sich“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 10.02.1990
- SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, „Schlußdokument des deutsch-französischen Gipfels: 'EU braucht neuen Schwung'“, in: *Süddeutsche Zeitung*, 02.12.1998
- TATU, MICHEL, „Außenpolitik zwischen Ost und West“, in: *Das Bündnis im Bündnis: Deutsch-französische Beziehungen im internationalen Spannungsfeld*, hg. von Robert Picht, Berlin: Severin und Siedler 1982, pp. 69 - 92
- THATCHER, MARGARET, *10, Downing Street, Mémoires*, Paris: Albin Michel 1993 (nicht eingesehen)
- TRÉAN, CLAIRE, „La France, l'Allemagne et l'autruche“, in: *Le Monde*, 04.10.1989
- TRÉAN, CLAIRE, „Paris voudrait accélérer l'intégration européenne“, in: *Le Monde*, 21.03.1990
- TRÉAN, CLAIRE, „La France et le nouvel ordre européen“, in: *politique étrangère*, 1 (1991), pp. 81 - 90
- TRÉAN, CLAIRE; LUC ROSENZWEIG, „«Écoutez bien la réponse du président, elle est très importante»“, in: *Le Monde*, 05.11.1989
- ULLMANN, MARC, „Zwischen Skepsis und Vertrauen. Vom Zwiespalt der französischen Deutschlandpolitik 1950-88“, in: *Dokumente*, 6 (1988), pp. 456 - 462
- UTERWEDDE, HENRIK, „Frankreich 1993-1994: Bruchlinien und Ungewißeheiten am Ende der Ära Mitterrand“, in: *Frankreich Jahrbuch 1994*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1995, pp. 11 - 32
- UTERWEDDE, HENRIK, „Wirtschaft“, in: *Fremde Freunde. Deutsche und Franzosen vor dem 21. Jahrhundert*, hg. von Robert Picht, Vincent Hoffmann-Martinot, René Lasserre und Peter Theiner, München: Piper Verlag 1997, pp. 253 - 258
- VAILLANT, JÉRÔME, „Puissance sans servitudes pour la Grande Allemagne“, in: *Le Monde diplomatique*, 10 (1990), p. 1
- VALANCE, GEORGES, *France-Allemagne. Le retour de Bismarck*, Paris: Flammarion 1990

- VALANCE, GEORGES, „Une sacrée prise de poids“, in: *Le Point*, 25.09.1989, pp. 36 f.
- VÉDRINE, HUBERT, *Les mondes de François Mitterrand. A l'Élysée (1981-1995)*, Paris: Arthème Fayard 1996
- VERNET, DANIEL, „Aujourd'hui l'Allemagne. Présentation“, in: *Défense nationale*, 3 (1993), pp. 25 - 29
- VERNET, DANIEL, „Die französische Europapolitik“, in: *Europäische Rundschau*, 4 (1994), pp. 45 - 52
- VERNET, DANIEL, „Divergences entre Paris et Bonn sur la monnaie unique, tensions sur la Pologne“, in: *Le Monde*, 30.07.1990
- VERNET, DANIEL, „L'Allemagne par-dessus tout“, in: *Le Monde*, 23.05.1992
- VERNET, DANIEL, *La renaissance allemande*, Paris: Flammarion 1992
- VERNET, DANIEL, „Un choix stratégique“, in: *Le Monde*, 17.09.1992
- VERNET, DANIEL, „Ungewißheiten in der Europapolitik. Neue deutsch-französische Entscheidungsträger“, in: *Internationale Politik*, 9 (1998), pp. 1 - 6
- VINCENT, JEAN-MARIE, „L'espoir à deux vitesses“, in: *Le Monde diplomatique*, 4 (1990), p. 1
- WALLACE, WILLIAM, „Bilateralismus und Europäische Integration: die deutsch-französischen Beziehungen nach dem Kalten Krieg“, in: *Frankreich-Jahrbuch 1992*, hg. vom Deutsch-Französischen Institut, Opladen: Leske und Budrich 1992, pp. 55 - 65
- WEHRSCHÜTZ, CHRISTIAN, „La révolution en République Démocratique Allemande et l'équilibre européen“, in: *Défense nationale*, 2 (1990), pp. 35 - 42
- WEIDENFELD, WERNER, „Europäische Einigung im historischen Überblick“, in: *Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, hg. von Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: Europa Union Verlag 1995, pp. 11 - 62
- WEIDENFELD, WERNER; WOLFGANG WESSELS (Hgg.), *Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: Europa Union Verlag 1995
- WEISENFELD, ERNST, „Deutschland, Frankreich und der Osten Europas. Pariser Sorgen um ein neues europäisches Gleichgewicht“, in: *Dokumente*, 3 (1992), pp. 192 - 198
- WEISENFELD, ERNST, „Frankreich und die deutsche Ostpolitik“, in: *Eine ungewöhnliche Geschichte: Deutschland - Frankreich seit 1870*, hg. von Franz Knipping und Ernst Weisenfeld, Bonn: Europa Union Verlag 1988, pp. 177 - 186
- WEISENFELD, ERNST, *Welches Deutschland soll es sein? Frankreich und die deutsche Einheit seit 1945*, München: Beck 1945

- DIE WELT, „Bonn und Paris sind der Motor für den Aufbau Europas“, in: *Die Welt*, 02.12.1998
- WESSELS, WOLFGANG; UDO DIEDRICHS, „Europäische Union“, in: Weidenfeld, Werner; Wolfgang Wessels (Hgg.), *Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: Europa Union Verlag 1995, pp. 172 - 178
- WICKERT, ULRICH, „Hilfe - Europa wird deutsch! Was die Maastricht-Diskussion enthüllte“, in: *Frankreich in Europa. Ein deutsch-französischer Rundblick*, hg. von Ingo Kolboom und Ernst Weisenfeld, Bonn: Europa Union Verlag 1993, pp. 75 - 86
- WIRTGEN, KLAUS, „Weg ohne Wiederkehr“, in: *Der Spiegel*, 02.03.1998
- WITKE, THOMAS, „Abschied von Achsen und Dreiecken“, in: *General-Anzeiger Bonn*, 30.10.1998
- WOLFRUM, EDGAR, „Not und Neubeginn - die französische Besatzungszeit“, in: *Vis-à-vis: Deutschland und Frankreich*, hg. vom Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bonn), Köln: DuMont 1998, pp. 81 - 92
- WOYKE, WICHARD (Hg.), *Handwörterbuch Internationale Politik*, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Opladen: Leske und Budrich 1998
- YOST, DAVID S., „Frankreich in einem neuen Umfeld“, in: *Europa-Archiv*, 23 (1990), pp. 691 - 703
- ZAGON, ELIZABETH S. DE, *L'Europe des Poètes. Anthologie multilingue*, Paris: le cherche midi éditeur 1980 (nicht eingesehen)
- ZIEBURA, GILBERT, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Pfullingen: Verlag Günther Neske 1970